



Infiziert von einem Virus, das uns mehr Angst zu machen scheint als alles zuvor Dagewesene. Mit Lichtgeschwindigkeit verändert sich unsere Welt. Die Vorzimmerperle konnte ihrem Bürgermeister zur gewonnenen Wiederwahl nicht die Hand schütteln. Und trotzdem: Diese Krise macht uns stärker, da ist sich der Chef sicher. S. 15

BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Bayern rüstet sich im Kampf gegen das Corona-Virus:

Umsichtiges Handeln als Gebot der Stunde

Mit Umsicht und Entschlossenheit rüstet sich der Freistaat gegen die Ausbreitung des neuartigen Corona-Virus. Erstmals in seiner Geschichte ruft er vorerst für zwei Wochen landesweit einen Katastrophenfall aus, um insbesondere Entscheidungen zu beschleunigen und einen direkten Durchgriff auf alle Behörden zu haben. Wie Ministerpräsident Dr. Markus Söder feststellte, bestehe kein Anlass zur Panik, aber zu sehr ernsthafter Sorge. Da es derzeit noch keinen Impfstoff oder ein Medikament zur Behandlung des Corona-Virus gibt, gelte es, Maßnahmen zu ergreifen, um die Verbreitung zu verlangsamen. Söder: „Es ist uns klar, dass das für die gesamte Gesellschaft eine Belastung ist, aber sie ist notwendig zum Schutz der Menschen. Die Gesundheit hat Vorrang!“

Aufgrund der weiteren Verbreitung des Corona-Virus werden Veranstaltungen bis zum 19. April verboten, mit Ausnahme privater Feiern in kleinem Rahmen und Wohnräumen. Eine Ausgangssperre plant der Freistaat nach Söders Worten nicht. Zu kontrollieren, ob all diese Verbote eingehalten werden, ist Sache der Kommunen. Bei Verstößen drohen Geldstrafen von bis zu 25.000 Euro, im Extremfall sogar Freiheitsstrafen.

Regelungen für Gastronomie und Einzelhandel

Bis zum 19. April sind nun auch alle Freizeiteinrichtungen und kulturellen Einrichtungen in Bayern geschlossen. Von den gastronomischen Betrieben dürfen nur noch Speiselokale und Kantinen geöffnet bleiben, jedoch nur von 6 bis 15 Uhr. Danach gibt es von dort allenfalls Essen-to-go, Drive-in-Restaurants oder eine Lieferung nach Hause. In Lokalen gilt ein Mindestabstand von 1,50 Meter zwischen den Gästen und maximal 30 Personen in einem Lokal. Dies gilt bis zum 30. März. Ebenfalls bis zum 30. März sind nunmehr auch alle Geschäfte geschlossen. Um die Versorgung mit dem alltäglichen Bedarf sicherzustellen, gilt das aber nicht für Lebensmittelläden, Getränkemärkte, Banken, Apotheken, Tankstellen und Autowerkstätten, Drogeriemärkte, Reini-

gungen, Sanitätshäuser, Optiker, Hörgeräteakustiker, Geschäfte mit Tierbedarf sowie Bau- und Gartenmärkte. Für diese Zwecke dürfen auch Einkaufszentren und Kaufhäuser öffnen. Werktags können all diese Geschäfte nun sogar von 6 bis 22 Uhr und auch an Sonntagen von 12 bis 18 Uhr öffnen. Söders Appell: „Überlegen Sie genau, was sie einkaufen wollen oder nicht.“ Für Hamsterkäufe gebe es keinen Anlass. Post und Onlinehandel werden nicht eingeschränkt. Betriebe, auch Handwerksbetriebe werden nicht geschlossen, auch der öffentliche Nahverkehr bleibt erhalten.

Kindergärten, Schulen und Hochschulen

Schulen, Kindergärten und Krippen bleiben bis zum Ende der Osterferien geschlossen. Auch die Vorlesungszeiten an den Universitäten, Hochschulen für Angewandte Wissenschaften sowie Kunst- und Musikhochschulen werden auf den 20. April 2020 verschoben. Für Schüler soll es digitale Lernangebote geben. Wer vor Abschlussprüfungen steht, soll keine Nachteile haben. Dringend empfohlen wird, die Kinderbetreuung nicht über die Großeltern zu organisieren. Notfallbetreuungen werden eingerichtet. Um die Kinderbetreu-



V.l.: Dr. Eberhard Sasse, Ministerpräsident Dr. Markus Söder, BHT-Präsident Franz Xaver Peteranderl und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger bei der PK zum Spitzengespräch der bayerischen Wirtschaft. Bild: Schuhmann

ung in Bayern während der Kita-Schließungen wegen der Corona-Epidemie zu gewährleisten, appelliert die Staatsregierung an die Arbeitgeber. Arbeitszeiten sollten flexibel gestaltet werden, betonte Arbeitsministerin Carolina Trautner. Wo es möglich ist, solle im Homeoffice gearbeitet werden. Wenn dies nicht machbar ist, solle zunächst Urlaub in Betracht gezogen werden. Der Bund müsse prüfen, welche Regelungen hierzu greifen könnten. Deutlich schränkt Bayern auch das Besuchsrecht in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und Altenheimen ein. Krankenhäuser werden unter einen Schutzschirm gestellt. Operationen, die nicht notwendig sind, werden verschoben, um zusätzliche Intensivbetten zu schaffen.

Umbau in der Gesundheitsversorgung

Die Kapazitäten an Notfall-Telefonen, in den Gesundheitsämtern und auch in Testlabors sollen ausgebaut werden. Die Krankenhäuser werden darauf ausgerichtet, freie Kapazitäten für Coronavirus-Patienten vorzuhalten, insbesondere in den Intensivstationen, wo es bislang etwa 4.000 Betten gibt. An den Uni-Kliniken wird jetzt alles auf die Versorgung der Bevölkerung umgestellt. Die Staatsregierung will auch Medizinstudenten zur Mitarbeit gewinnen, zudem sollen Mediziner im Ruhestand oder in Elternzeit aktiviert werden. Auch bereitet man sich darauf vor, zur Not Behelfskliniken in Messehallen oder dergleichen einzurichten.

Für kommende Stichwahlen bei der Kommunalwahl wird die Briefwahl deutlich erleichtert, indem automatisch Briefwahlunterlagen verschickt werden. Ein Antrag ist nicht mehr erforderlich.

Vereinbarung mit der Kreditwirtschaft

Um die negativen Auswirkungen des Corona-Virus in Bayern zu begrenzen, haben der Freistaat und die bayerische Kreditwirtschaft ein Bündnis vereinbart. Die gemeinsame Erklärung unterzeichneten Wirtschaftsminister (Fortsetzung auf Seite 4)

Kommunalwahl 2020:

Zahlreiche Stichwahlen

Nach den Kommunalwahlen in Bayern stehen noch zahlreiche Stichwahlen an. Insgesamt wurden in 24 von 25 kreisfreien Städten Oberbürgermeisterwahlen durchgeführt. In acht wurden die Amtsinhaber wiedergewählt, in 16 Städten fällt die Entscheidung erst in einer Stichwahl. Allein in den fünf größten Städten Bayerns kommt es jeweils zu Stichwahlen – alle zwischen Kandidaten von CSU und SPD. Erfreulich war die Wahlbeteiligung: Sie stieg – trotz Coronavirus – im Vergleich zu den Kommunalwahlen 2014 um 4 Prozentpunkte auf 58,5 Prozent. Vor allem die Zahl der Briefwähler stieg deutlich.

Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder bedankte sich bei allen Wahlhelfern im Freistaat und auch bei den Bürgern, die trotz der besonderen Lage wegen des grassierenden Coronavirus gewählt hätten. Das Abschneiden der CSU nannte Söder ordentlich, vielerorts sei den Kandidaten seiner Partei ein erfolgreiches Abschneiden gelungen.

40.000 Mandate

Aus Sicht von Generalsekretär Markus Blume liegt die CSU in den Städten und auf dem Land insgesamt sehr gut im Rennen.

„Es zeigt sich: Die CSU ist die Kommunalpartei und steht für Stabilität in schwierigen Zeiten.“ Jetzt sei schon klar: „Die grüne Welle ist gebrochen, gerade auch in den Städten. Starke Kandidaten vor Ort und der engagierte Wahlkampf von Markus Söder quer durch Bayern haben die CSU gepusht.“

Bayernweit waren ca. 40.000 Mandate zu besetzen. In München kommt es zwischen Oberbürgermeister Dieter Reiter von der SPD, der auf 47,9 Prozent der Stimmen kam, und seiner Herausforderer von der CSU, Kristi-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Flüchtlinge vor Ort unterstützen

Der Deutsche Landkreistag betrachtet den Krieg in Syrien und die sich zuspitzende humanitäre Lage an der griechisch-türkischen Grenze mit großer Sorge. Präsident Landrat Reinhard Sager sprach von einer alarmierenden Gesamtsituation, die Bilder von vor fünf Jahren wieder in Erinnerung rufe. Er forderte ein abgestimmtes europäisches Vorgehen und klare Absprachen mit der Türkei. „2015 darf sich nicht wiederholen. Das Abkommen mit der Türkei sollte reaktiviert werden, damit sich die betroffenen Menschen nicht auf eine lebensgefährliche Reise in eine ungewisse Zukunft begeben, sondern vor Ort wirksam unterstützt werden können.“

Sollte dies nicht gelingen, müsse der Schutz der europäischen Außengrenzen intensiviert und die Schutzbedürftigkeit der Flüchtlinge in Transitregionen geprüft werden. Darüber hinaus bedürfe es eines fairen Mechanismus zur Verteilung aufzunehmender Flüchtlinge in ganz Europa.

Präsident Sager warnte vor einem einseitigen Vorpreschen Deutschlands bei der Flüchtlingsaufnahme. Die Integration der in den letzten Jahren zu uns gekom-

menen Menschen sei alles andere als abgeschlossen. Es dürfe keinesfalls zu einer erneuten Flüchtlingswelle im größeren Stil kommen. „Leider ist die EU in der Frage, wie Schutzbedürftige solidarisch auf die Mitgliedstaaten verteilt werden können, seit 2015 keinen Millimeter vorangekommen. Das ist ein Armutszeugnis. Umso wichtiger ist in diesen Tagen und Wochen ein einheitliches Vorgehen der EU-Länder und eine Unterstützung der griechischen Regierung.“

Sollte es dazu kommen, dass Deutschland im Rahmen einer europäischen Lösung binnen kurzer Zeit wieder viele Menschen aufnehmen, müsse dies geord-

ter von statten gehen als in den Jahren 2015/2016: „Dazu gehören Identitätsfeststellungen an der deutschen Grenze, eine zügige Abwicklung des Asylverfahrens sowie die Unterbringung in zentralen Landeseinrichtungen. Erst nach einem positiven Abschluss des Asylverfahrens darf eine Verteilung der Flüchtlinge auf die Landkreise und Gemeinden erfolgen. Wir sollten für den Fall der Fälle aus der Vergangenheit lernen und uns richtig und rechtzeitig aufstellen“, so Sager.

Kein Abbau von Unterkünften

Vor diesem Hintergrund erscheine es „widersinnig, wenn Flüchtlingsunterkünfte zur vorläufigen Unterbringung in den Bundesländern abgebaut werden, die gegebenenfalls schon bald wieder teuer aufgebaut werden müssen. Wir sollten in Anbetracht der Situation im Kriegsgebiet und in Griechenland nicht naiv sein, sondern vorbereitet“, sagte der DLT-Präsident abschließend. □

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische GemeindeZeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Der Freistaat und die bayerische Kreditwirtschaft haben ein Bündnis zur Begrenzung der negativen Auswirkungen des Coronavirus in Bayern vereinbart. Die gemeinsame Erklärung unterzeichneten v. l.: Dr. Otto Beierl (Vorstandsvorsitzender LfA Förderbank Bayern), Dr. Jürgen Gros (Präsident Genossenschaftsverband Bayern), Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, Roland Schmautz (Vizepräsident Sparkassenverband Bayern) und Dr. Michael Diederich (Präsident des Bayerischen Bankenverbands). Bild: Bayerische Staatskanzlei

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Gemeinsame Kabinettsitzung von Bayern und Sachsen	2
Kriminalstatistik Bayern 2019	2
100 Jahre Bayerische Verwaltungsschule	3
GZ-Kolumne Anne-Marie von Hassel: Neues Personal, neue Prioritäten.	
Corona: Gut gerüstete Versorgungsunternehmen	4
Kommunale Finanzthemen	5 - 9
Sicherheit - Katastrophenschutz	10
Wasser - Abwasser	11
Kommunale Bauthemen.	12 - 13
Aus den bayerischen Kommunen.	14 - 16

Gemeinsame Kabinettsitzung von Bayern und Sachsen in Hof:

Starke Partner

Unter Leitung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Ministerpräsident Michael Kretschmer tagten Bayerisches und Sächsisches Kabinett im Rathaus der Stadt Hof. Thematisch standen die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit bei Innovation und Forschung sowie der Ausbau der Infrastruktur und Extremismusbekämpfung im Vordergrund.

Künstliche Intelligenz (KI) bildet die Basis für eine grundlegende technische und industrielle Revolution. Bayern und Sachsen streben bei dieser Entwicklung eine Führungsrolle an. Dabei ist auch die verständliche Vermittlung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Gesellschaft von zunehmender Bedeutung. Bayern und Sachsen werden deshalb im Jahr 2021 einen gemeinsamen bayerisch-sächsischen Wissenschaftskommunikationspreis für die Künstliche Intelligenz ausloben.

Zwei nationale Kompetenzzentren

Neben eigenen Initiativen und Maßnahmen auf dem Gebiet der KI forcieren beide Länder eine Partizipation und enge Verzahnung mit der KI-Strategie der Bundesregierung. Mit dem „Munich Center for Machine Learning“ (MCML) sowie dem „Center for Scalable Data Analytics and Artificial Intelligence (ScADS.AI)“ Dresden/Leipzig werden seit 2014 bzw. 2018 über das Bundesministerium für Bildung und Forschung zwei nationale Kompetenzzentren gefördert, für die der Bund ab 2023 eine Verstärkung anstrebt. Bayern und Sachsen werden in gemeinsamer Anstrengung gegenüber dem Bund auf eine länderübergreifende Befassung in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz hinwirken.

Die beiden Bundesländer werden das zukunftsweisende Forschungsfeld des 2018 als Verbundantrag der Universität Würz-

burg und der TU Dresden zum Erfolg in der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern geführten Exzellenzclustern „Complexity and Topology in Quantum Matter (ct. QMAT)“ auch künftig weiter stärken. Hierzu wird seitens des Freistaats Bayern angestrebt, an der Universität Würzburg einen Lehrstuhl für Topological Quantum Information and Quantum Optics mit Brückenfunktion zur TU Dresden zur thematischen Erweiterung und Unterstützung des Clusters aufzubauen.

Vor dem Hintergrund der Notwendigkeit einer bezahlbaren und sicheren Energieversorgung wird die Bundesregierung dazu aufgerufen, umgehend Maßnahmen zur Senkung der Steuern, Abgaben und Umlagen einzuleiten, um die privaten und gewerblichen Stromverbraucher zu entlasten und stärkere Anreize für die Sektorenkopplung zu setzen. Zudem wird die Bundesregierung aufgefordert, die im Entwurf des Kohleausstiegsgesetzes vorgesehenen Maßnahmen zur Sicherung der Versorgungssicherheit zügig einzuleiten und zeitnah abzuschließen, um im Zuge des Kernkraft- und Kohleausstiegs die Versorgungssicherheit auf heutigem Niveau zu erhalten. Insbesondere das weiterentwickelte Versorgungssicherheits-Monitoring, das nach den Vorgaben der europäischen Elektrizitätsbinnenmarkt-Verordnung die sog. Abschätzung der Angemessenheit der Ressourcen enthalten muss, sollte umgehend durchgeführt werden.

Sicherheit im Stromnetz

Der Bund soll weiterhin umgehend seine Zusage für eine vollumfängliche Realisierung der sogenannten besonderen netztechnischen Betriebsmittel in Höhe von 1.200 MW umsetzen. Diese sollen als Sicherheitspuffer besondere Notfallsituationen im Stromnetz absichern und so dazu beitragen, die Versorgungssicherheit bzw. Systemstabilität Süd- und Mitteldeutschlands zu gewährleisten.

Für eine sichere Energieversorgung im Zuge des Kohleausstiegs fordern Bayern und Sachsen von der Bundesregierung, umgehend den Empfehlungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung folgend die jährlichen Zubau-Mengen für erneuerbare Energien im Einklang mit dem 65-Prozent-Ziel bis 2030 anzupassen, den 52 Gigawatt-Deckel abzuschaffen und damit verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen in erneuerbare Energien zu schaffen.

Vor dem Hintergrund des Kernkraft- und Kohleausstiegs sollen stärkere Investitionsanreize für den Bau gesicherter Leistung in Deutschland geschaffen werden. Um die Potenziale der hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) als flexibel einsetzbarer Partner der erneuerbaren Energien verstärkt zu nutzen, wird im Interesse der langfristigen Planungssicherheit für Investoren die Verlängerung der KWKG-Förderung bis mindestens 2030 gefordert. Mit einer verbesserten Förderung für Wärmespeicher sollten außerdem mehr Anreize für einen möglichst flexiblen, stromgeführten Betrieb der KWK-Anlagen gesetzt werden.

Bayern und Sachsen sehen im Energieträger Wasserstoff große Potenziale für die Zukunft und verfügen über das technologische Know-how und die industriellen Voraussetzungen für

eine erfolgreiche Wasserstoffwirtschaft. Beide Länder werden daher die länderübergreifende Zusammenarbeit im Bereich Wasserstoff stärken und die Durchführung gemeinsamer grenzüberschreitender Wasserstoffmobilitätsprojekte prüfen.



Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (links) und Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MDL (rechts), tragen sich im Beisein des Oberbürgermeisters der Stadt Hof, Dr. Harald Fichtner (Mitte), in das Gästebuch der Stadt Hof ein.

Bild: Bayerische Staatskanzlei

Sie begrüßen die Initiative des Bundes für eine Nationale Wasserstoffstrategie und fordern eine enge Abstimmung mit den Ländern bei der weiteren Ausgestaltung und anschließenden Umsetzung.

Schnellstmöglich geschlossen werden müssen nach Ansicht der beiden Länder die Lücken in der Mobilfunkversorgung von Grenzgebieten. Die Mobilfunkbetreiber müssten den gestiegenen Erwartungen der Nutzer an eine leistungsfähige Mobilfunkversorgung nachkommen. Damit sie noch zügiger Mobilfunkstandorte realisieren können, fordern die Betreiber unter anderem Änderungen des Baurechts auf Landes- und Bundesebene. Die Bauministerkonferenz hat auch vor diesem Hintergrund auf Bayerns Initiative hin eine Änderung der Musterbauordnung beschlossen.

Danach können Funkmasten bis zur Höhe von 15 Metern auf Mobilfunkstandorten im Außenbereich verfahrensfrei gestellt werden. Die Bayerische Staatsregierung hat eine entsprechende Änderung der Bauordnung auf den Weg gebracht. Beide Länder fordern den Bund auf, die Forderungen der Betreiber zum Bundesrecht zu prüfen und die Baunutzungsverordnung im Interesse des Mobilfunkausbaus anzupassen. Bayern und Sachsen starten hierzu eine Bundesratsinitiative.

Beide Länder heben die Bedeutung der Nutzung staatlicher Liegenschaften für den Mobilfunkausbau hervor. Die Länder stellen ihre staatlichen Liegenschaften den Betreibern zur Verfügung. Bayern und Sachsen wollen sich zur Prüfung weiterer Optimierungsmöglichkeiten der jeweils geschlossenen Verträge im Sinne eines „best practice“-Ansatzes austauschen. Sie setzen sich dafür ein, dass auch der Bund seine Liegenschaften für den Mobilfunkausbau noch aktiver zur Verfügung stellt. Dies betrifft besonders Autobahnen und Eisenbahnstrecken.

Extremismusbekämpfung

Höchste Priorität hat für die beiden Landesregierungen die Bekämpfung von Extremismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit. Daneben ist die Gesellschaft gleichermaßen gefordert, demokratische Werte zu stärken und jeglicher Form von Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entschieden entgegenzutreten.

Die Bayerische Staatsregierung und die Sächsische Staatsregierung stehen fest an der Seite der jüdischen Gemeinden und der jüdischen Bürgerinnen und Bürger. Bayern und Sachsen treffen weiterhin umfangreiche präventive Maßnahmen zum Schutz jüdischer Einrichtungen

und Bürgerinnen und Bürger.

Die beiden Staatsregierungen begrüßen, dass die Sicherheitsbehörden und die Strafverfolgungsbehörden alle rechtlich und tatsächlich möglichen Maßnahmen zur Bekämpfung von Extremismus, Antisemitismus und

Kriminalstatistik Bayern 2019:

Sicherheitslage auf Top-Niveau

Die Kriminalität in Bayern verzeichnet einen spürbaren Rückgang. Wie aus der neuen polizeilichen Kriminalstatistik für das Jahr 2019 hervorgeht, gibt es – umgerechnet auf die Einwohnerzahl – so wenig Straftaten wie zuletzt im Jahr 1979. Damit einher geht die höchste Aufklärungsquote seit 25 Jahren. „Unsere Sicherheitslage in Bayern ist auf einem Top-Niveau!“, stellte Innenminister Joachim Herrmann fest.

Herrmann zufolge ging die um rein ausländerrechtliche Delikte wie illegale Einreise oder illegaler Aufenthalt bereinigte Kriminalitätsbelastung im vergangenen Jahr um fünf Prozent auf 4.343 Straftaten pro 100.000 Einwohner zurück. Das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, war damit in Bayern sehr gering. Gleichzeitig konnte die Bayerische Polizei die Aufklärungsquote (ohne ausländerrechtliche Delikte) um 0,5 Prozentpunkte auf 65 Prozent steigern.

Die Zahl der registrierten Straftaten ohne ausländerrechtliche Delikte reduzierte sich um 4,4 Prozent auf 567.961 Fälle. Ebenfalls rückläufig (-14 Prozent) war die Zahl der ausländerrechtlichen Delikte wie illegale Einreise oder illegaler Aufenthalt mit 35.503 Fällen.

259.884 Tatverdächtige

Bei den um ausländerrechtliche Delikte bereinigten Straftaten waren 2019 von den insgesamt 259.884 registrierten Tatverdächtigen 167.638 Deutsche und 92.246 Nichtdeutsche. Der Anteil der Nichtdeutschen an der Gesamtzahl der Tatverdächtigen blieb mit 35,5 Prozent konstant, obwohl sie nur einen Anteil von 13,2 Prozent an der bayerischen Bevölkerung haben. Der Anteil tatverdächtiger Zuwanderer sank leicht auf 10,3 Prozent.

Im Bereich der Gewaltkriminalität war 2019 ein Rückgang um vier Prozent auf 19.953 Fälle zu verzeichnen. Die Aufklärungsquote lag bei 85,9 Prozent (2018: 85,1 Prozent). Die Zahl der registrierten Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung stieg um 4,9 Prozent auf 9.050 Delikte, die Aufklärungsquote um 1,6 Prozentpunkte auf 84,2 Prozent.

Mehr Rauschgiftdelikte

Mit 55.888 Rauschgiftdelikten wurden im vergangenen Jahr 1,6 Prozent mehr als im Jahr zuvor erfasst. Nach wie vor ist Cannabis die meist konsumierte Droge im Freistaat. Sorge bereiten den Behörden jedoch vor allem hohe Zuwächse bei Delikten mit sog. Neuen psychoaktiven Stoffen.

Mit 110.598 Delikten mach-

ten Betrug, Vermögens- und Fälschungsdelikte rund ein Fünftel aller erfassten Straftaten im Freistaat aus, wobei die Zahl 2019 um 7,2 Prozent sank. Beim Betrug mit „falschen Polizeibeamten“ und „Enkeltrick“-Betrügern stiegen zwar die Fallzahlen, der Schaden ging aber in beiden Bereichen zurück.

Insgesamt starke Anstiege (2019: 29.717 Fälle, +12,4 Prozent) gab es im Bereich der Straftaten mit „Tatmittel Internet“. Wie Herrmann erläuterte, verlagere sich das kriminelle Unwesen zunehmend in die digitale Welt. Umso wichtiger sei, dass auch diese Straftaten konsequent angezeigt werden. Nur dann könne die Polizei die Täter auch im virtuellen Raum verfolgen.

Weniger Wohnungseinbrüche

Starke Rückgänge gab es dagegen bei der Zahl der Wohnungseinbrüche, die 2019 um 17,1 Prozent auf 4.342 Fälle zurückging – der niedrigste Wert seit neun Jahren. Außerdem konnte die Bayerische Polizei mehr Einbrüche aufklären (21,8 Prozent, +1,2 Prozentpunkte).

Ein Blick auf die bayerischen Regierungsbezirke zeigt einen durchgehenden Rückgang der Kriminalitätsbelastung, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß. Gemessen an der Häufigkeitszahl (Straftaten je 100.000 Einwohner) war die Abnahme in Unterfranken mit 9,9 Prozent (Häufigkeitszahl 3.622) am deutlichsten. Signifikant war der Rückgang auch in den Präsidiumsbezirken Schwaben Süd/West mit 9,6 Prozent und München (9,1 Prozent). Weniger Entlastung weisen Oberfranken, Oberbayern-Süd, Schwaben-Nord und Niederbayern auf. Insgesamt wartet Niederbayern mit der niedrigsten Kriminalitätsbelastung auf (3.515 Straftaten je 100.000 Einwohner), während der Präsidiumsbezirk München hier mit 5.331 Straftaten an der Spitze liegt.

Höhere Häufigkeitszahlen wurden aus Erlangen, Aschaffenburg und Augsburg gemeldet, niedrigere aus Bamberg (-16,5 Prozent), Würzburg, München, Nürnberg und Regensburg. **DK**

Sorge um die Wälder

Mit großer Sorge sehen Bayern und Sachsen dagegen die zunehmenden Schäden im Wald, die vor allem in den Hitze- und Trockenjahren 2018 und 2019 entstanden sind. Ein geregeltes, in bisher bewohnten Bahnen laufendes, waldbauliches Vorgehen wird durch Klimaänderung und Extremwetterereignisse immer schwieriger. Ausgerechnet der Wald, der durch Bindung von Treibhausgasen eine besonders wichtige Funktion beim Klimaschutz hat, wird nun in großem Maßstab selbst zum Opfer von Klimaveränderungen.

Um dem entgegenzuwirken und den Wald zu erhalten, richten Bayern und Sachsen den Waldumbau verstärkt auf den Klimaschutz aus und machen die Wälder fit für die Zukunft im Klimawandel. Zudem liegt das Augenmerk auf mehr Anreizen für den Privat- und Körperschaftwald, die Eindämmung der Borkenkäferschäden und auf einer größeren Menge Holz für den Klimaschutz. **DK**

Regionalbewegung und Solidarische Landwirtschaft:

Wertschöpfungscentren und Notfallprogramm Nahversorger

Feuchtwangen, Bad Belzig, Hofgeismar. Das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft und der Bundesverband der Regionalbewegung e.V. sind sich einig: Um bäuerliche Betriebe, regionale Versorgungsstrukturen und eine nachhaltige Landwirtschaft zu sichern, muss jetzt gehandelt werden! Was zu tun ist, stellen die Akteure in ihrem aktuellen 6-Punkte-Papier zur Regionalisierung in der Ernährungswirtschaft zum Abschluss ihres Vernetzungsworkshops in Hofgeismar vor.

Die zunehmende Konzentration wirtschaftlicher Aktivitäten auf immer weniger Akteure führt zu einer ungesunden Marktstruktur mit mannigfaltigen negativen Auswirkungen.

Wenn Politik und Gesellschaft den Wert einer regionalverankerten und vielfältigen Lebensmittelproduktion und deren Mehrfachbeitrag für lokale wirtschaftliche Resilienz, sowie den Arten- und Klimaschutz anerkennt, muss sie für Chancengleichheit von Klein- und Großstrukturen sorgen, die der Markt von alleine nicht gewährleisten kann.

Diese Chancengleichheit muss durch landes-, bundes- und EU-rechtliche Rahmenbedingungen hergestellt werden. Zentrale Forderungen des 6-Punkte-Plans sind die Einrichtung von regionalen Wertschöpfungscentren sowie die Entwicklung von Notfallprogrammen zum unbürokratischen und schnellen Erhalt bäuerlicher und handwerklicher KKMUs.

Solidarische Landwirtschaft

Um systematisch regionale Wirtschaftskreisläufe wieder zu

unterstützen und aufzubauen sollen Regionale Wertschöpfungscentren Serviceleister für Landwirtschaft, Verarbeitung, Handwerk, Gastronomie, Verbraucherschäft und Kommunen sein. Ziel ist es, die regionale Vermarktung von Lebensmitteln zu gewährleisten und gemeinschaftliche Vermarktungsmodelle wie die Solidarische Landwirtschaft zu vervielfältigen.

Überregionale Vernetzung

Mithilfe von Wertschöpfungscentren können Wertschöpfungsketten neu aufgebaut und Verarbeitungsstrukturen wie z.B. Schlachthöfe, Mühlen, Brauereien oder Gemüseverarbeitung verdichtet werden. Eine überregionale Vernetzung von Wertschöpfungscentren ermöglicht zudem eine größere Handlungsbreite. So profitieren nicht nur die Betriebe von diesen Centren, sondern ganz besonders Verbraucher und Umwelt.

www.regionalbewegung.de **□**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stephan Unglaub
95493 Bischofsgrün
am 20.3.

Bürgermeister
Max-Dieter Schneider
96157 Ebrach
am 23.3.

Bürgermeister Eduard Walz
91080 Marloffstein
am 24.3.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Rupert Monn
82335 Berg
am 25.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Schöffler
82272 Moorenweis
am 19.3.

Bürgermeister Franz Schlögel
86678 Ehingen
am 29.3.

Bürgermeister Karl Malz
86660 Tapheim
am 29.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Martin Hinterbrandner
86975 Bernbeuren
am 20.3.

Bürgermeister Bernd Drummer
91369 Wiesentau
AM 20:3:

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Franken
85084 Reichertshofen
am 25.3.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



In ganz Bayern wird die BVS-LKW im Jubiläumsjahr mit Bildungsangeboten rund um den öffentlichen Dienst unterwegs sein.
Bild: Bayerische Verwaltungsschule (BVS)

Bayerische Verwaltungsschule:

100 Jahre und kein bisschen leise ...

Von Monika Weinl, BVS-Vorstand

Warum auch? Die Bayerische Verwaltungsschule blickt gemeinsam mit ihren Trägern – also dem Freistaat Bayern und allen bayerischen Kommunen – auch nach hundert Jahren unverändert dynamisch nach vorne. Und zeigt allen: „Wir bilden Bayern.“

1920, nach dem ersten Weltkrieg, musste sich Bayern in vielerlei Hinsicht neu aufstellen. Das betraf auch die Verwaltung. Dazu mussten Menschen ausgebildet werden – die Geburtsstunde der Bayerischen Verwaltungsschule (BVS), seit 1926 unter diesem Namen als Bildungsdienstleister für

den öffentlichen Dienst unterwegs.

„Unterwegs“ ist ein gutes Stichwort: Im Jubiläumsjahr wird die BVS mit einem ganzen Lkw voller Informationen und unterhaltsamen Angeboten rund um den öffentlichen Dienst in ganz Bayern unterwegs sein. Von Mai bis September werden etwa fünfzig Orte besucht. Ob Ausbildungsmesse, Stadtfest oder ganz einfach der schönste Marktplatz weit und breit – die örtlichen Partner der BVS haben die besten Rahmenbedingungen geschaffen, damit gemeinsam ein realistisches Bild des öffentlichen Dienstes gezeichnet werden kann: interessant, vielfältig, abwechslungsreich, spannend, voller Chancen.

Für ein lebenswertes und vielfältiges Bayern

Angesprochen werden einfach alle: Schüler, die vor der Berufswahl stehen; Eltern, die nur das Beste für ihre Kinder wollen und das Richtige suchen; Menschen,

die schon einen Beruf haben und sich eine Veränderung vorstellen könnten; Menschen, die etwas für die Allgemeinheit tun wollen und noch nicht so recht wissen, wie. Menschen, die vielleicht noch keine so rechte Vorstellung haben, was der öffentliche Dienst eigentlich ist. Alle sollen einen Eindruck bekommen, was den öffentlichen Dienst ausmacht: nämlich die Menschen, die sich täglich an den unterschiedlichsten Stellen mit den unterschiedlichsten Aufgaben darum kümmern, dass das Leben in Bayern so lebenswert ist, wie wir es kennen.

Verständnisvolle und kompetente Ansprechpartner

Die BVS hat sich auf die Fahnen geschrieben, die Teilnehmer an ihren Bildungsangeboten so aus- und fortzubilden, dass sie den Bürgerinnen und Bürgern als verständnisvolle und kompetente Ansprechpartner gegenüber treten. „Aus der Praxis, für die Praxis“ ist das Motto, und das heißt: Kollegen und Kolleginnen, die im öffentlichen Dienst tätig sind und wissen, worauf es ankommt, vermitteln ihr Wissen, ihr Können und ihre Erfahrung. Davon profitieren die Auszubildenden zum Verwaltungsfachangestellten genauso wie die Experten, die sich mit Kollegen in einem Fachseminar zu allerneuesten Entwicklungen austauschen wollen. Und die nebenamtlichen Dozenten und ihre Arbeitgeber profitieren auch durch stete Anregungen und fachliche Fortentwicklung. Unterstützt werden sie dabei durch fachlich und didaktisch

te Schulung von privaten Instrumentallehrkräften zwecks Anstellung an Musikschulen, die stetige Erhöhung des Staatszuschusses und die Ausstattung der Schulen mit Instrumenten. Der überschaubare Haushalt des Jahres 1970 betrug 50.000 DM.

Mit der Gründungsversammlung wurden die Mitglieder des Singschulverbandes und des bisherigen Musikschulverbandes in die Mitgliedschaft des Verbandes deutscher Musikschulen (VdM) überführt. Ende des Jahres 1970 waren 67 bayerische Musikschulen zu verzeichnen. Heute vertritt der VBSM als Fachverband der Träger die fachpolitischen Interessen der bayerischen Sing- und Musikschulen. Der Verband zählt mittlerweile 219 Mitgliedsschulen, an denen über 200.000 Schüler durch qualifiziertes Lehrpersonal an Instrument oder Stimme ausgebildet werden.

Feierlich begangen wird das Jubiläum im Rahmen des 43. Bayerischen Musikschultags vom 22. bis 24. Oktober 2020 in Kaufbeuren. Zu diesem Anlass wird der Verband auch eine umfassende Festschrift herausgeben, die sich mit der Verbandsgeschichte beschäftigt. **DK**



Monika Weinl, BVS-Vorstand. □

50 Jahre Verband Bayerischer Sing- und Musikschulen:

Beeindruckende Erfolgsgeschichte

Am 7. März beging der Verband Bayerischer Sing- und Musikschulen (VBSM) sein 50-jähriges Gründungsjubiläum. 1970 kamen 20 Mitgliedsschulen des „Verbandes deutscher Musikschulen“ in Bayern und 23 Singschulen des Verbandes der Singschulen e.V. in der Musikhochschule München zur Gründungsversammlung des „Verbandes bayerischer Sing- und Musikschulen e.V.“ zusammen. Damit begann eine beeindruckende Erfolgsgeschichte des bayerischen Musikschulwesens. „Zahlreiche wichtige verbands- und landespolitische Ziele wurden erreicht“, heißt es in einer Pressemitteilung des VBSM.

Im Juni 1952 vereinigten sich 92 Singschulvertreter und -förderer zum neuen, bundesweit offenen Verband der Singschulen. Im Juli 1961 hoben Singschulen und Musikschulen die Landesarbeitsgemeinschaft der Sing- und Musikschulen in Bayern (LAG) aus der Taufe. Ein Jahr später veröffentlichte das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus seine erste Bekanntmachung über Ordnung und Förderung des Sing- und Musikschulwesens in Bayern mit Aussagen u. a. zum Auftrag von Singschulen und Musikschulen, zu Flächendeckung, gemeindlicher Aufgabe und staatlicher Mitverantwortung, zur Institutsbezeichnung, zum fachlichen Angebot und zur Qualifikation des Lehrpersonals.

1963 legte die Landesarbeitsgemeinschaft der Sing- und Musikschulen in Bayern (LAG) eine umfangreiche „Denkschrift zur musischen Erziehung der Jugend in Bayern“ vor. In ihr wurden 14 Musikschulen und 54 Singschulen, davon 35 mit angeschlossenen Instrumentalklassen, aufgezählt. Im Jahr 1968 veröffentlichte das Bayerische Staatsministe-

rium für Unterricht und Kultus seine 2. Bekanntmachung über Ordnung und Förderung des Sing- und Musikschulwesens in Bayern mit Satzungsmuster für Musikschulen, Lehrplänen und Zeugnisvorlagen.

Langwierige Vorverhandlungen zwischen den beiden Lagern der Singschulen einerseits und der Musikschulen andererseits waren notwendig, um fachliche Vorbehalte auszuräumen und Bedenken hinsichtlich des Verlustes von Bildungsinhalten zu zerstreuen. Die zweite Hälfte des Jahres 1969 war geprägt von dem Bemühen um eine Einigung. Das Ergebnis ist bekannt.

219 Mitgliedsschulen, über 200.000 Schüler

Bei der Gründungsversammlung des „Verbandes bayerischer Sing- und Musikschulen e.V.“ wurde Fritz Büchtger zum ersten und Karl Zeller zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Themen der ersten Vorstandssitzung waren Lehrgänge zur Intensivierung der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte an Singschulen, die geziel-

GZ

KOLUMNE

Anne-Marie von Hassel

Liebe Leserinnen und Leser!

Mit der Ankunft der Europäer in der „Neuen Welt“, die sie dann Amerika nannten, verbreiteten sich auf dem eroberten Kontinent Krankheiten, die für die Konquistadoren relativ harmlos, für die Urbevölkerung aber oftmals tödlich waren. Die indigene Bevölkerung hatte keine körpereigenen Abwehrkräfte dagegen.

In einer vergleichbaren Situation befinden wir uns derzeit. Weltweit breitet sich ein Erreger aus, über den wir noch längst nicht genug wissen. Die Meinungen über das Gefährdungspotenzial reichen von „wesentlich harmloser als die meisten Grippefälle“ bis zu „große Todesgefahr“ für viele von uns.

Den politisch Verantwortlichen blieb gar nichts anderes übrig, als schnell, umfassend und besonnen zu handeln. Aus meiner Sicht hat



jene, mit denen wir oftmals recht sorglos viele Jahrzehnte lebten.

In meiner Kindheit hatte unser Freistaat keine zehn Millionen Einwohner – einschließlich der zwei Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge, die wir im Jahrzehnt davor aufgenommen und integrierten. Bis in die 1970er Jahre erlebten wir ein Wirtschaftswunder sondergleichen. Gezielt mussten Mitarbeiter aus dem Ausland angeworben werden. Conni sang „Zwei kleine Italiener ...“

„Größer, schneller, mehr und weiter“ waren unsere Schlagworte. Die sogenannte Aufbaugeneration war am Ruder. Aus dem bayerischen Agrarstaat – dem Armenhaus Deutschlands – wurde der stärkste Nettozahler der Bundesrepublik. Dann kam die Wiedervereinigung mit dem anderen Teil unserer Republik. An den Kassen der Supermärkte wurde vor allem sächsisch gesprochen und die Menschen, die – erneut in großer Zahl – bei uns heimisch wurden, wollten endlich auch die Güter genießen dürfen, die für sie bis dahin Luxusartikel waren.

30 Jahre später ist es kaum anders. Es gibt wohl kein Krankenhaus, in dem nicht der Großteil des Pflegepersonals mit ausländischem Akzent spricht. Bei unseren jüngsten Veranstaltungen zur Fachkräftegewinnung zeigte sich erneut, dass Handwerk und Industrie gleichermaßen händeringend auf der Suche nach weiterem Personal sind. Hoffen wir, dass Sars-CoV-2 mit überschaubaren Folgen für unser Land bleibt!

Neues Personal kommt jetzt also. In der Kommunalpolitik, in der Wirtschaft – und auch bei der Bayerischen Gemeindezeitung.

Mit sofortiger Wirkung tritt meine Tochter Constanze von Hassel meine Nachfolge als Chefredakteurin an. Ihr wünsche ich eine glückliche Hand bei der weiteren Entwicklung unserer kommunalen Fachzeitung, in der mehr als sieben Jahrzehnte verantwortungsbewusste Journalisten die kommunalen Entscheider im Freistaat sorgsam mit Informationen unterstützen.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich, dass Ihr politisches Wirken allzeit erfolgreich dem Wohl der Ihnen anvertrauten Mitmenschen dient – vorausgesetzt, diese Politik fördert in einer subsidiären Solidargemeinschaft mündige und freie Bürgerinnen und Bürger.

Blieben Sie gesund und leben Sie wohl!

Ihre Anne-Marie von Hassel

Ehemalige Chefredakteurin
der Bayerischen Gemeindezeitung

Neues Personal, neue Prioritäten

Ministerpräsident Dr. Markus Söder hierfür genau den richtigen Weg eingeschlagen. Ihn bei den jüngsten Pressekonferenzen zu erleben, hat mich beeindruckt und berührt. Ruhig, klug und umsichtig erläuterte er Entscheidungen, die jetzt nötig sind und die er immer mit Blick auf langfristige Schadensbegrenzung getroffen hat. Dass die Beschlüsse richtig sind, zeigte sich auch daran, dass die meisten Länder dem bayerischen Beispiel schnell folgten.

Es scheint, als würden alle politisch und gesellschaftlich verantwortlichen Kräfte in dieser Notsituation sehr bewusst zusammenstehen. Deshalb nimmt es auch nicht Wunder, dass Söder auf die Frage nach einer Beurteilung der bayerischen Kommunalwahlen darauf verwies, dass er sich darum aufgrund der aktuellen Notlage gar nicht habe kümmern können.

Tatsächlich waren diese Wahlen trotzdem sehr besondere Wahlen; nicht nur, weil sie ganz im Zeichen des Coronavirus standen, sondern auch, weil dieses Mal ein großer Wechsel anstand. Eine neue Generation von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern tritt unter schwierigen Vorzeichen ihr Mandat an.

Heute leben in Bayern mehr als 13 Millionen Menschen. Die Prioritäten sind ganz andere als

versierte hauptamtliche Dozenten der BVS.

Die Bandbreite der Bildungsangebote ist schier endlos, wie ein Blick in das Seminarangebot der Bayerischen Verwaltungsschule zeigt. Von fachlichen Inhalten über Kommunikations- und Organisationsfragen bis hin zu Führungsthemen, von klassischer Verwaltung bis zu Bädern, Umwelt und Technik. Vermittelt werden diese Angebote in modernen Bildungszentren und bei externen Partnern in ganz Bayern.

Persönlicher Austausch auch in der digitalen Arbeitswelt

Die BVS ist unterwegs in Bayern und unterwegs in die Zukunft. Der persönliche Austausch wird immer wichtig bleiben. Die zunehmend digitale Arbeitswelt erfordert aber andere Fähigkeiten und geänderte Arbeitsweisen. Das medienpädagogische Konzept der BVS unterstützt die Entwicklung der Kompetenzen in einer digitalen Welt; umgesetzt wird es mit den Unterricht begleitenden digitalen Medien

wie Podcasts und Videos sowie neuen Lehr- und Lernmethoden. Auch die Kommunen werden den Weg in die digitale Welt mit Hilfe ihres Digitallotsen leichter finden – natürlich geschult durch die BVS.

Vielleicht haben Sie Zeit und Lust, zu einer Veranstaltung in Ihrer Nähe zu kommen. Den Tourplan finden Sie auf www.100jahre-bvs.de. Dort können Sie auch die bewegte Geschichte der BVS und viele weitere Informationen rund um das Jubiläum verfolgen. Für alles andere: www.bvs.de □



Intrakommuna

Ihr digitales Netz für Verwaltung, Bürger, Unternehmen und Verbände:

- Sicherer Messenger
- Austausch- und Wissensplattform
- Interaktion und Dialog
- Direkt, schnell und präzise

Überzeugen Sie sich selbst:

www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

GDK mbH | Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
08171 9307-0, info@gdk-mbh.de, www.gdk-mbh.de

Ein Unternehmen des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH und United Grid UG

www.gdk-mbh.de



Coronavirus:

Versorgungsunternehmen sind für Krisensituationen gut gerüstet

Strom-, Erdgas-, Wärme- und Wasserversorgung ist in Bayern weiterhin gesichert

Mit der weltweiten Verbreitung des Coronavirus (Sars-CoV-2) und täglich steigender Fallzahlen auch in Bayern wächst die Verunsicherung in der Bevölkerung. Eine weiterhin sichere und zuverlässige Versorgung der Bevölkerung, der Behörden, der Industrie, des Gewerbes und aller in dieser Lage besonders wichtigen Dienstleister mit Energie und Wasser steht für die Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft im Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft – VBEW e.V. an oberster Stelle und ist rund um die Uhr gewährleistet.

Als Betreiber kritischer Infrastrukturen sind die Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft mit ihrem Krisen- und Notfallmanagement professionell aufgestellt.

Die Energie- und Wasserwirtschaft hat im Rahmen dessen Prozesse aufgesetzt, die regelmäßig getestet, geprüft und evaluiert werden und die auch im Fall einer Pandemie greifen. Neben Vorsorgemaßnahmen zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist die Sicherstellung der Versorgung mit Strom, Erdgas, Wärme und Wasser sowie die zuverlässige Abwasserentsorgung das oberste Ziel. Derzeit sehen die Unterneh-

men kein Risiko für die Versorgungssicherheit. Sie führen regelmäßig Risikobewertungen durch, da sich die Lage national und international als sehr dynamisch darstellt.

„Wir sehen die Energie- und Wasserwirtschaft daher auf die aktuellen Ereignisse sehr gut vorbereitet. Die Unternehmen treffen weitreichende organisatorische Maßnahmen und überprüfen die für den Eintritt größerer Störungen ohnehin immer vorhandenen technischen Redundanzkonzepte, um die Versorgungssicherheit auch bei einer länger andauernden Pandemie zu gewährleisten“, sagt Detlef Fischer, Geschäftsführer des Ver-

bands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft – VBEW e.V.

Personalkapazitäten aufrechterhalten

Die wichtigste Aufgabe ist dabei, die erforderlichen Personalkapazitäten verfügbar zu halten. Alle Versorger achten darauf, dass ihr Personal keinen unnötigen Ansteckungsrisiken ausgesetzt wird (z. B. durch verstärkte Hygienemaßnahmen und Einschränkung der Dienstreisetätigkeit). Im Vergleich zu anderen externen Einflüssen wie Hochwasser oder Erdbeben sind die Anlagen der Versorgungsunternehmen von der „Corona-Krise“ glücklicherweise nicht unmittelbar betroffen oder in ihrer Funktion gefährdet. Sie müssen lediglich weiter betrieben werden.

Nicht nur die Versorgung mit Energie und Wasser läuft in Bayern zuverlässig weiter, auch die Servicedienstleistungen der Unternehmen für ihre Kunden werden gewährleistet. Kundencenter bleiben so gut es die aktuelle Lage erlaubt unter Beachtung der einschlägigen Hygienevorgaben geöffnet, in abweichenden Fällen informiert der Versorger (z. B. über seine Homepage). Wir empfehlen den Kunden, Telefon, E-Mail und das Internet als weitere Kommunikationsmittel verstärkt zu nutzen.

Jetzt profitiert der Freistaat davon, dass er bei den VBEW-Mitgliedern leistungsfähige Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft vorfindet, die mit hohem Verantwortungsbewusstsein auch diese Lage meistern.

Keine Übertragung durch Trinkwasser zu befürchten

Trinkwasser wird in Bayern vorwiegend aus Grundwasser gewonnen. Das gewährleistet quasi von Natur aus eine hohe Sicherheit gegenüber allen denkbaren Einträgen. Dem VBEW liegen keinerlei Kenntnisse vor, dass sich das Coronavirus über das Trinkwasser verbreitet.

Umsichtiges Handeln ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Hubert Aiwanger, Dr. Michael Diederich (Präsident des Bayerischen Bankenverbands), Dr. Jürgen Gros (Präsident Genossenschaftsverband Bayern), Roland Schmautz (Vizepräsident Sparkassenverband Bayern) und Dr. Otto Beierl (Vorstandsvorsitzender LfA Förderbank Bayern).

Vereinbart wurde, dass der Freistaat Bayern und die Kreditwirtschaft alle bankmäßigen Mittel nutzen, damit wirtschaftlich gesunde Unternehmen in Bayern durch die gegenwärtige Coronakrise nicht in ernsthafte Liquiditätsschwierigkeiten geraten. Konkret stellt der Freistaat Bayern über die LfA Förderbank Bayern betroffenen Unternehmen bankmäßige Unterstützungsangebote zur Verfügung. Der aktivierte Mittelstandsschirm erweitert die Handlungsmöglichkeiten der LfA, um bedrängten Unternehmen kurzfristig zu helfen. Die Bayerische Staatsregierung stellt 100 Millionen Euro für eine globale Rückbürgschaft gegenüber der LfA bereit. Zur Umsetzung der Maßnahmen hat die LfA eine Taskforce eingerichtet.

Entscheidende Rolle der Hausbanken

Bei der Umsetzung dieser Unterstützungsmaßnahmen kommt aufgrund des Hausbankenprinzips den Sparkassen, Genossenschaftsbanken und privaten Banken in Bayern eine entscheidende Rolle zu. Der Weg zu den Finanzierungshilfen der LfA führt über die Hausbanken der Unternehmen – sie beraten die Unternehmen und beantragen die finanziellen Hilfen bei der LfA. Die Ausreichung der zur Verfügung gestellten Hilfen der LfA an die Betriebe erfolgt ebenfalls über die Hausbanken der Unternehmen.

Die bayerische Kreditwirtschaft sichert zu, den bayerischen Mittelstand rasch und lageangepasst zu unterstützen. Die LfA wird nach eigenem Bekunden alles unternehmen, um den Hausbanken die Kreditvergabe in dieser schwierigen Situation zu erleichtern. Dazu stellt sie Darlehen sowie Risikoentlastungen in Form von Haftungsfreistellungen und Bürgschaften zur Verfügung.

„Whatever it takes - was immer auch notwendig ist: Wir spannen einen großen Schuttschirm für unsere Unternehmen auf“, betonte Markus Söder nach einem Spitzengespräch mit der bayeri-

schen Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger und die Präsidenten der Handwerkskammer für München und Oberbayern, Franz Xaver Peteranderl, der IHK Oberbayern, Eberhard Sasse, und der vbw Bayern, Wolfram Hatz, teilnahmen. Söder bekräftigte, dass die Staatsregierung alles tun werde, um einen Stillstand der Wirtschaft zu verhindern. Man arbeite u.a. an einem „Bayernfonds“, der Unternehmen in Zahlungsschwierigkeiten helfen könnte.

Liquidität sicherstellen

Aiwanger zufolge „müssen wir jetzt zeitnah die Liquidität der Betriebe sicherstellen und gleichzeitig bereits die Förderung von Zukunftsinvestitionen vorbereiten, um nach Ende der Pandemie die Geschäfte rasch wieder anzukurbeln“. Mit Blick auf die 100-Millionen-Bürgschaft, die die Staatsregierung zur Verfügung stellt, appellierte der Minister an die bayerischen Hausbanken, „nun so unbürokratisch wie möglich Kredite an Betroffene zu vergeben und auch flexible Laufzeiten anzubieten“. Für kleinere Betriebe und Selbstständige in Zahlungsnöten soll schon in den kommenden Tagen über die Bezirksregierungen eine Soforthilfe von jeweils 5.000 bis 30.000 Euro abrufbar sein.

Aussetzung der Schuldenbremse

Für alle Hilfen für die Wirtschaft und das Gesundheitssystem will der Freistaat bis zu zehn Milliarden Euro bereitstellen. Eine davon aus laufenden Mitteln, den Rest aus Krediten. Dafür wird die Schuldenbremse für den Staatshaushalt ausgesetzt, wenn der Landtag zustimmt.

Die Bundesregierung forderte Wirtschaftsminister Aiwanger erneut auf, zusätzliche Maßnahmen zur Stabilisierung der Betriebe zu ergreifen: „Wir brauchen jetzt für das produzierende Gewerbe eine Reduzierung des Industriestrompreises auf 4 Cent pro Kilowattstunde. Zur Unterstützung der schon jetzt schwer getroffenen Tourismuswirtschaft ist eine Absenkung der Mehrwertsteuer auf sieben Prozent nötig.“

Söders Fazit: „Es ist die größte Bewährungsprobe seit 70 Jahren, aber wir sind entschlossen, diese Bewährungsprobe zu meistern.“ **DK**



V. l.: Danielle Rodarius, Leiterin d. Zentrums f. nachhaltige Kommunalentwicklung, Julia Stanger, Mitarbeiterin im Zentrum f. nachhaltige Kommunalentwicklung, Thorsten Glauber, Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz, MdL, Dr. Uwe Brandl, Präsident d. Bayerischen Gemeindetags, Claus Kumutat, Präsident des Bayerischen Landesamts f. Umwelt und Gabi Schmidt, MdL. Unser Bild entstand während der „Kommunale“ in Nürnberg. □

Kommunal nachhaltig! Aber wie?

Nachhaltigkeit – wichtiger denn je

Von Thorsten Glauber, Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz

Klimaschutz, Artenvielfalt, der Erhalt unsere Lebensgrundlagen wie Boden, Wasser, Luft – eine nachhaltige Entwicklung in allen Wirtschafts- und Lebensbereichen ist heute wichtiger denn je. Die Vereinbarungen der Klimakonferenz von Paris und die Agenda 2030 der Vereinten Nationen fordern tiefgreifende Anstrengungen um global die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung umzusetzen. Dabei kommt den Kommunen eine ganz besondere Schlüsselrolle zu.

Kommunen – Motor für eine nachhaltige Entwicklung

Die Bedeutung der Kommunen, der Gemeinden, Städte, Bezirke und der Landkreise konnte bei der Umsetzung nachhaltiger Entwicklung größer nicht sein: hier werden lokal Prozesse angestoßen, Entwicklungen geplant, werden Projekte umgesetzt und Entscheidungen getroffen, die das zukünftige Leben der Menschen direkt betreffen. Klar ist: Kommunen werden die Herausforderungen der Zukunft nur meistern können, wenn sie die ökologischen, ökonomischen und sozialen Folgen ihrer Entscheidungen gleichermaßen im Blick haben, aufeinander abstimmen und Bürgerinnen und Bürger von Anfang an miteinbeziehen. Dabei will das Zentrum für nachhaltige Kommunalentwicklung mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Das Zentrum für nachhaltige Kommunalentwicklung

Das Zentrum ist zunächst Anlaufstelle zu allen Fragen nach-

haltiger Kommunalentwicklung.

Gegründet im Jahr 2015 und gefördert vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, ist es am Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern e. V. mit Sitz in Nürnberg angesiedelt.

Das Zentrum für nachhaltige Kommunalentwicklung hat den Anspruch, Kommunen dabei zu unterstützen,

- Bewusstsein für das Thema Nachhaltigkeit zu fördern
- Wissen und praxisnahe Informationen zu vermitteln
- Austausch zu ermöglichen

Es bietet eine Plattform für den Erfahrungsaustausch zwischen Kommunen und liefert praxisorientierte Informationen zu Fragestellungen kommunaler Nachhaltigkeit wie z. B. Biodiversität, Klimaschutz und Klimaanpassung, Beteiligungskultur, Bürgerschaftliches Engagement, Mobilität und Nahversorgung.

In regionalen und bayernweiten Tagungen werden aktuelle Themen der Nachhaltigkeit aufgegriffen und Fragestellungen mit einem großen und offenen

Adressatenkreis diskutiert. Dazu arbeitet das Zentrum mit Kooperationspartnern wie dem Bayerischen Gemeindetag, Verbänden und Universitäten zusammen. Die Tagungen ermöglichen – neben fachlichem Input – einen landesweiten Austausch kommunaler Akteure. Ein Beispiel ist die **bayerweite Nachhaltigkeitstagung**, die im Oktober 2020 zum vierten Mal stattfinden soll.

Außerdem bietet das Zentrum für nachhaltige Kommunalentwicklung sog. Kommunalkreis an.

Grundgedanke für dieses Format ist, eine Lerngemeinschaft auf- und auszubauen. Die teilnehmenden Kommunen sagen zu, über einen bestimmten Zeitraum hinweg an mehreren Treffen teilzunehmen, um verschiedene Aspekte eines Dach-Themas zu bearbeiten. Der relativ feste Teilnehmer-Kreis ermöglicht eine Arbeitsatmosphäre, in der Ideen und Erfahrungen – positive wie negative – offen ausgetauscht werden können. Bislang wurden drei solcher Kommunalkreise konzipiert: Ein Zirkel griff den demografischen Wandel auf, ein weiterer Kommunalkreis bearbeitete das Dachthema „Ehrenamt und Beteiligung“. Im August 2019 startete der aktuell laufende Kommunalkreis mit dem Titel „Kommunen for future. Wandel vor Ort gestalten“. Er beschäftigt sich mit der Frage nach Handlungsspielräumen und strategischen Ansätzen, um Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene zu stärken.

Zielgruppen des Zentrums sind Bürgermeister, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen, Entscheidungsträger wie beispielsweise Vereinsvorstände, Agenda-Sprecher oder Ortssprecher und interessierte Bürgerinnen und Bürger.

Mehr Informationen unter www.kommunal-nachhaltig.de und im Newsletter „Aktuelles aus dem Zentrum für nachhaltige Kommunalentwicklung“. □

Neue Förderrunde:

Modellprojekte im kommunalen Klimaschutz

Das Bundesumweltministerium fördert Kommunen bei investiven Klimaschutzprojekten mit modellhaftem Charakter. Bis zum 30. April 2020 können Projektskizzen eingereicht werden.

Es werden Vorhaben gefördert, die durch ihre direkten Treibhausgasminderungen einen wesentlichen Beitrag zur schrittweisen Erreichung der Treibhausgasneutralität von Kommunen leisten und durch ihre Konzeption zur Nachahmung und Umsetzung weiterer Klimaschutzprojekte anregen.

Infos: www.klimaschutz.de/projekte/modellprojekte **DK**

Zahlreiche Stichwahlen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

na Frank, zur Stichwahl. Sie verteilte 21,4 Prozent der Stimmen auf sich.

Auch in Nürnberg wird in zwei Wochen noch einmal abgestimmt, dann haben die Bürgerinnen und Bürger die Wahl zwischen Marcus König (CSU) und Thorsten Brehm (SPD). König kam auf 36,5 Prozent, Brehm auf 34,9 Prozent. In Augsburg kommt es zu einer Stichwahl zwischen Eva Weber (CSU) und Dirk Wurm (SPD). Weber verteilte 43,1 Prozent der Stimmen auf sich, für Wurm votierten 18,8 Prozent.

In zwei Wochen treten in Regensburg CSU-Kandidatin Astrid Freudenstein und SPD-Politikerin Gertrud Maltz-Schwarzfischer gegeneinander an. Freudenstein kam auf 29,5 Prozent der Stimmen und ihre SPD-Herausforderin auf 22,15 Prozent. In Ingolstadt erreichte CSU-Oberbürgermeister Christian Lösel 33,8 Prozent und muss in der Stichwahl gegen SPD-Herausforderer Christian Scharpf antreten, der auf 33,6 Prozent kam.

Weitere Stichwahlen werden am 29. März in Hof, Aschaffenburg, Bayreuth, Bamberg, Erlangen, Schwabach, Coburg, Ansbach, Landshut, Kempten, Rosenheim und Weiden stattfinden. Bereits im ersten Anlauf mit

überwältigender Mehrheit bestätigt wurde in Straubing der amtierende CSU-Oberbürgermeister Markus Pannermayr. Er erhielt 73,25 Prozent der Stimmen. Dr. Thomas Jung von der SPD wurde mit 72,9 Prozent erneut zum Oberbürgermeister der Stadt Fürth gewählt. Der neue und alte OB von Schweinfurt heißt Sebastian Remelé (CSU). Er setzte sich im ersten Wahlgang mit 58,4 Prozent der Stimmen durch.

Christian Schuchardt (CDU) heißt der alte und neue Rathauschef von Würzburg. Der Amtsinhaber erreichte 51,95 Prozent der Stimmen. Auch in Kaufbeuren behielt der Amtsinhaber die Oberhand: Stefan Bosse siegte mit 54,5 Prozent der Stimmen. Und in Amberg darf Michael Cerny (CSU) weitere sechs Jahre die Geschicke der Stadt als Oberbürgermeister leiten. Sein Ergebnis: 56,4 Prozent. Jürgen Dupper (SPD) bleibt Oberbürgermeister in der Dreiflüssestadt Passau und wird seine dritte Amtszeit antreten. Er holte 54,6 Prozent der Stimmen.

In 64 der 71 bayerischen Landkreise wurden die Landräte neu gewählt. Dabei gingen bereits im ersten Wahlgang 34 Landratsposten an die CSU – beispielsweise im Kreis Donau-Ries (Stefan Röble, 58,4 Prozent), im Landkreis Deggendorf (Christi-

an Bernreiter, 67,3 Prozent), im Kreis Passau (Raimund Kneidinger, 56,2 Prozent), im Landkreis Dingolfing-Landau (Werner Bumberger, 69,1 Prozent), im Landkreis Freyung-Grafenau (Sebastian Gruber, 69,2 Prozent), im Kreis Kelheim (Martin Neumeyer, 70,9 Prozent), im Landkreis Günzburg (Hans Reichhart, 55,6 Prozent), im Landkreis Augsburg (Martin Sailer, 55,0 Prozent), im Kreis Fürstentfeldbruck (Thomas Karmasin, 52,4 Prozent), im Kreis Bad Kissingen (Thomas Bold, 60,5 Prozent) sowie im Landkreis Aschaffenburg (Alexander Legler, 58,1 Prozent).

Dagegen stehen u.a. in den Landkreisen München, Freising, Miesbach, Bad Tölz-Wolfratshausen, Main-Spessart, Weilheim-Schongau, Oberallgäu, Starnberg, Pfaffenhofen a. d. Ilm, Bamberg und Würzburg Stichwahlen an.

Die Stimmung in Bayerns Kommunen vor der Wahl war sehr gut. Laut einer Umfrage von infratest dimap zeigte sich eine sehr deutliche Mehrheit von 92 Prozent mit der Situation in ihren Kommunen zufrieden oder sehr zufrieden. Das Interesse an der Kommunalwahl war seit Jahresanfang nochmal gestiegen. 79 Prozent der Befragten interessierten sich für die Wahl – ein Plus von drei Punkten. **DK**

Landeshauptstadt München begibt eine „Münchner Stadtanleihe“

BayernLB und Stadtparkasse begleiten bei der Emission des Social Bonds

Der Münchner Stadtrat hat sich mit breiter Mehrheit für die Emission einer „Münchner Stadtanleihe“ ausgesprochen. Das geplante Volumen der Stadtanleihe soll 100 bis 120 Millionen Euro bei einer Laufzeit von zehn Jahren betragen. Nach aktueller Marktlage würde sich voraussichtlich ein Zinskupon mit einer positiven Rendite von ca. 0,20 bis 0,30 Prozent ergeben. Die tatsächliche Rendite der Emission hängt sehr stark von der Nachfrage und der aktuellen Zinssituation am Emissionstag der Anleihe ab. Während der notwendigen Vorbereitungsarbeiten können sich die Verhältnisse am Kapitalmarkt durch Marktveränderungen bis zum geplanten Tag der Emission stark verändern.

Die Transaktion wird von der BayernLB (technische Federführung) und der UniCredit (Strukturierung der Nachhaltigkeitskomponente) als mandatierte Konsortialführer geführt sowie von der Stadtparkasse München als sogenannter Co-Lead begleitet.

Die Stadtanleihe soll an der Börse München gehandelt werden. Der genaue Emissionszeitpunkt wird im Laufe des ersten Quartals 2020 rechtzeitig bekannt gegeben.

Neben institutionellen Anlegern sollen über das Filialnetz der HypoVereinsbank und der Stadtparkasse München auch Privat-anleger und damit die Münchner Bürgerinnen und Bürger die Anleihe erwerben können. Dabei werden sowohl der Kauf der Anleihe während der Vermarktungsphase als auch ihre Depotverwahrung bei der HypoVereinsbank und der Stadtparkasse München gebührenfrei sein. Details können An-

leger zum Emissionszeitpunkt in den Filialen der Institute in Erfahrung bringen.

„Social Bond“

Die Mittel aus der Emission der „Münchner Stadtanleihe“ werden im Rahmen der Gesamtdeckung des Haushaltes vor allem zur Finanzierung der Ausübung von Vorkaufsrechten und damit zum Schutz von Mieterinnen und Mietern in München verwendet. Dazu soll die Anleihe als so genannter Social Bond ausgestaltet werden.

„Das Instrument einer Stadtanleihe, die sich zusätzlich auch als „Social Bond“ oder „Nachhaltigkeitsanleihe“ qualifiziert, stellt gerade im Hinblick auf das überdurchschnittliche Investitionsvolumen eine gute zusätzliche Finanzierungsquelle für die Stadt dar. Die Stadtanleihe bietet

gleichzeitig den Bürgerinnen und Bürgern eine gute Gelegenheit, sich für die Stadtgesellschaft zu engagieren“, so Stadtkämmerer Christoph Frey.

„Mit dem ersten Social Bond einer europäischen Großstadt geht München als Vorreiter bei sozialer und nachhaltiger Kommunalfinanzierung voran“, sagt Dr. Michael Diederich, Sprecher des Vorstands der HypoVereinsbank. „Zugleich haben die Münchner die Möglichkeit, eine Rendite zu erwirtschaften und ihrer Stadt dabei etwas Gutes zu tun.“

Neue Standards für die Finanzierung kommunaler Investitionen

„München setzt mit der Stadtanleihe neue Standards für die Finanzierung sozialer und nachhaltiger Investitionen von Kommunen“, sagt Michael Bucker, Mitglied des Vorstands der BayernLB. „Davon profitieren nicht nur Anleger, sondern alle Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt. Wir sind stolz darauf, dieses Leuchtturmprojekt in unserer Heimatstadt zu begleiten.“

„Wir begrüßen den Schritt der bayerischen Landeshauptstadt, einen „Social Bond“ mit der Selbstverpflichtung aufzulegen und die Mittel vor allem für den Kauf von Wohnungen und damit den Schutz von Mieterinnen und Mietern zu verwenden. Dieses Projekt wird nach unserer Überzeugung als Vorbildcharakter für viele weitere Kommunen dienen und zugleich Anlegern eine Verzinsung bei einem erstklassigen Emittenten bieten“, begrüßt der Vorstandsvorsitzende der Stadtparkasse München, Ralf Fleischer, diese Finanzierungsmaßnahme der Stadt München. □

Spitzenrating für bayerische Finanzpolitik

Standard & Poor's zeichnet Haushaltspolitik des Freistaats aus

Der Freistaat erhält für seine Finanz- und Haushaltspolitik wieder Top-Noten. „Dieses Rating ist eine Auszeichnung für unsere erstklassige bayerische Haushaltspolitik. Unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik ist damit international Spitze“, kommentierte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker die erneute Auszeichnung des Freistaats mit der Bestnote AAA mit stabilem Ausblick von Standard & Poor's.

„Trotz ökonomisch anspruchsvoller Zeiten überzeugt Bayern mit einer nachhaltigen Kombination aus zukunftsweisenden Investitionen und solider Budgetplanung“, führte Füracker weiter aus.

Positiver Finanzierungssaldo

Mit der Höchstnote würdigt die international renommierte Ratingagentur die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit sowie die positive Finanzsituation des Freistaats. Sie hebt auch die Leistungsfähigkeit der breit diversifizierten bayerischen Wirtschaft samt anhaltender Vollbeschäftigung hervor und berücksichtigt, dass der Fre-

staat trotz bedeutsamer Ausgabeprogramme erneut einen positiven Finanzierungssaldo aufweisen konnte.

Weiterhin geht sie davon aus, dass sich diese Entwicklung auch in Zukunft so fortführen wird. „Angesichts kommender Herausforderungen, die sich bereits abzeichnen, nutzen wir den finanziellen Spielraum, den wir in den letzten Jahren erwirtschaftet haben, um sinnvolle und zukunftsweisende Investitionen zu tätigen“, hob Füracker hervor. Mit Blick auf eine generationengerechte Finanzplanung komme auch der allgemeine Staatshaushalt im Jahr 2020 ohne die Aufnahme neuer Kredite aus – zum 15. Mal in Folge. □

Seniorenwohnheim August-Meier-Haus in Nürnberg:

BayernLB finanziert Neubau

Die BayernLB finanziert im Rahmen einer Öffentlich-Privaten Partnerschaft (ÖPP) den Neubau des Seniorenwohnheims August-Meier-Haus in Nürnberg.

Während der Bauphase stellt die BayernLB einer Projektgesellschaft der Georg Reisch GmbH & Co. KG, die den Neubau im Auftrag des städtischen NürnbergStift errichtet, eine Baufinanzierung zur Verfügung. Im Anschluss übernimmt sie die Langfristfinanzierung mit einer

Laufzeit von 25 Jahren, die nach der Bauabnahme über einen kommunalen Forderungsankauf dargestellt wird: Die BayernLB kauft die Forderungen der Bau-Projektgesellschaft aus dem Projektvertrag mit NürnbergStift an. Das Projektvolumen liegt bei 33,8 Mio. Euro.

Das August-Meier-Haus wird im Nürnberger Naherholungsgebiet Valznerweiher/Dutzendteich errichtet und insgesamt 158 stationäre Pflegeplätze bieten. □

Goldener Bulle für Versicherungsinnovation 2020

Künstliche Intelligenz in der Versicherung von Photovoltaikanlagen

Die Versicherungskammer Bayern hat den Goldenen Bullen in der Kategorie Versicherungsinnovation des Jahres 2020 gewonnen. Ausgezeichnet wird der größte öffentliche Versicherer für den Einsatz von künstlicher Intelligenz bei der Vorbereitung und Umsetzung einer Angebotserstellung für einen zielgenauen Schutz von Immobilien mit einer Photovoltaikanlage.

Ein zunehmendes Bewusstsein der Bevölkerung für Klimaschutz und die Aussicht auf eine nachhaltige Rendite, sind für Immobilienbesitzer zwei mögliche Gründe, sich eine Photovoltaikanlage auf dem eigenen Hausdach zu installieren. Jedoch sind zwi-

schen 80 und 90 Prozent aller Besitzer einer Photovoltaikanlage nach Marktschätzung nicht oder nur unzureichend versichert. So wird weder die Wertsteigerung des Objekts in laufenden Versicherungsverträgen angepasst, noch werden neue Risiken, etwa

durch technischen Defekt oder Ertragsausfall der Anlage, in die Wohngebäudeversicherung eingeschlossen. Um ihre Kunden vor einer Unterdeckung zu schützen und auf einen geeigneten Versicherungsschutz ansprechen zu können, nutzt die Versicherungskammer Bayern künstliche Intelligenz.

Photovoltaikanlagen adressgenau identifizieren

„Eine eigens entwickelte künstliche Intelligenz, die mit Satellitenbildern von Google Maps trainiert wurde, erkennt mittels Deep Learning, auf welchen Dächern eine Photovoltaikanlage installiert ist“, erklärt Ludwig Bothmann aus dem Bereich Big Data & Analytics der Versicherungskammer Bayern. So wurden für das Geschäftsgebiet Bayern und die Pfalz mehr als 1.300.000 Bilder ausgewertet und durch einen intelligenten Algorithmus Wahrscheinlichkeiten für das Vorhandensein einer Photovoltaik-Anlage ermittelt. Diese Wahrscheinlichkeiten werden genutzt, um Photovoltaikanlagen adressgenau zu identifizieren.

Versicherungslücke schließen

„Unsere Auswertungen stellen wir dem betreuenden Vertriebspartner ebenso zur Verfügung“, sagt Markus Maier vom Produktmanagement der Versicherungskammer Bayern, „wie ein passendes Anschreiben, mit dem der Kontakt zum Kunden aufgenommen werden kann.“ In einem nachfolgenden Beratungsgespräch kann dann mit der geeigneten Versicherungslösung eine bestehende Versicherungslücke einfach geschlossen werden.

Nach Ansicht der Jury des Goldenen Bullen kommt das Vorgehen der Versicherungskammer Bayern direkt den Kunden zugute. Preiswürdig sei zudem die innovative Art und Weise, um den Versicherungsbedarf festzustellen.

Die Goldenen Bullen wurden im Rahmen der Finanzen-Nacht 2020 des Finanzen Verlags überreicht. Sie wurden zum 27. Mal für herausragende Leistungen in der Finanzwirtschaft verliehen. Insgesamt wurden die Auszeichnungen, auch Oscars der Finanzbranche genannt, in zwölf Kategorien vergeben. □

Heilpädagogische Tagesstätten und Kinderwohnheime:

Kosten steigen deutlich

Neue Vorschriften und die Folgen für das Personal beschäftigen den Sozialausschuss des Bezirks

Im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe ist die Regierung von Niederbayern laut Gesetz die zuständige Fachstelle für Pflege, Behinderteneinrichtungen, Qualitätsentwicklung und Aufsicht als Nachfolgeeinrichtung der Heimaufsicht. Diese Zuständigkeit beinhaltet die Beratung über eine bauliche sowie funktionale Planung und Ausstattung von Einrichtungen für Kinder und Jugendliche; außerdem die Erteilung einer Betriebserlaubnis. Anhand gesetzlicher Vorgaben sowie der vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration herausgegebenen Richtlinie für Heilpädagogische Tagesstätten, Heime und sonstige Einrichtungen für Kinder und Jugendliche sowie junge Volljährige mit Behinderung prüft die Regierung von Niederbayern Zug um Zug alle Kinderwohnheime und Heilpädagogischen Tagesstätten in Niederbayern. Im Nachgang sollen die erforderlichen Anpassungen vorgenommen werden. Hierbei steht die strukturelle, räumliche und personelle Ausstattung auf dem Prüfstand.

Der Sozialausschuss des Bezirks Niederbayern unter dem Vorsitz von Bezirksratspräsident Dr. Olaf Heinrich wurde bei seiner jüngsten Sitzung über den aktuellen Sachstand in Kenntnis gesetzt. Vor diesem Hintergrund zeichnet sich ein deutlicher Zuwachs an Planstellen im Gruppen- und Fachdienst ab. Damit verbunden ist ein drastischer Kostenanstieg.

Das Beispiel einer Heilpädagogischen Tagesstätte mit 160 Kindern veranschaulicht dies ganz konkret: Bis dato refinanzierte der Bezirk Niederbayern 18,8 Planstellen im Gruppen- und Fachdienst für 140 Kinder mit jährlich rund 1,2 Millionen Euro. Die im Entwurf vorliegende Betriebserlaubnis weist nun eine Erhöhung um 9,45 Planstellen für 160 Kinder auf 28,25 und damit eine Erhöhung des Budgets um etwa 54 Prozent auf rund 1,85 Millionen Euro aus. Im Ergebnis bedeutet diese Entwicklung in der Hochrechnung für die derzeit 1.470 heilpädagogisch betreuten Kinder in Niederbayern eine Steigerung der Refinanzierung von

Gruppen- und Fachpersonal von etwa 5,9 Millionen Euro.

Steigende Personalausgaben

Bei den Kinderwohnheimen ergab die Hochrechnung eine Steigerung des Personalbudgets von rund 24 Prozent. Das in 2019 errechnete Budget für das im Gruppen- und Fachdienst beschäftigte Personal umfasste in einem konkreten Heim mit 80 Kindern 4,04 Millionen Euro. Für das aufgrund der neuen Betriebserlaubnis um 14,31 Planstellen erhöhte Personal umfasst das Budget nun rund 5 Millionen Euro. Bei 80 Kindern errechnet sich eine Pro-Platz-Erhöpfung von rund 11.900 Euro. Das Gesamtvolumen der Refinanzierung für die 200 derzeit in Kinderwohnheimen betreuten Kinder wird sich voraussichtlich um rund 2,4 Millionen Euro erhöhen.

Insgesamt ist durch die Umsetzung der Richtlinie eine Steigerung an Personalausgaben von rund 30 Prozent im Kinder- und Jugendlicherbereich zu erwarten. □



Wir machen uns stark für die Kommunen.

Intelligente Lösungen für Kommunkunden

Gemeinsam mit den bayerischen Sparkassen bieten wir Kommunkunden in Bayern ein lückenloses Leistungsspektrum – von der Finanzierung bis zur Energieberatung. Die BayernLabo ergänzt diese Leistungen durch zinsgünstige Kommunalkredite und spezielle kommunale Förderprogramme. ▶ www.bayernlb.de/oeffentliche_hand

Finanzgruppe

Bayern LB

Investieren für den Klimaschutz:

Landkreis und Kommunen beschäftigen sich mit Divestment

Um Umwelt- und Klimaschutz erfolgreich und nachhaltig umzusetzen, sind viele Akteure aus verschiedensten Bereichen gefragt – auf lokaler wie auf nationaler Ebene. Insbesondere auch den Kommunen kommt dabei eine zentrale Rolle zu, die über den Ausbau erneuerbarer Energien, die Steigerung der Energieeffizienz oder neue Mobilitätsformen hinausgeht. Klimaschutz betrifft auch den Finanzsektor. Denn letztlich sind auch Kommunen Investoren. Aus diesem Anlass luden der Landkreis München und die Energieagentur Ebersberg-München kürzlich Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Kreis- und Gemeinderäte, Kammereien, Umwelt- und Klimaschutzbeauftragte sowie Vertreter kommunaler Unternehmen in den Festsaal des Landratsamts München am Mariahilfplatz zum Fachdialog „Klimafreundlich investieren – Kommunales Divestment und Reinvestment“.

Was zunächst sperrig klingt, ist eine wirksame und risikoarme Methode, Gelder aus fossilen Energieträgern abzugeben und klimafreundlich zu reinvestieren, um zu einer CO₂-ärmeren Wirtschaft beizutragen. Weltweit haben bereits mehr als 1.000 Institutionen eine klimafreundliche Investmentstrategie beschlossen. Auf Bundesebene wurde ein Sustainable-Finance-Beirat etabliert, der die Bundesregierung dabei unterstützen soll, Deutschland zu einem nachhaltigen und zukunftsfähigen Finanzstandort zu entwickeln. Auf internationaler Ebene unterstreicht ein neuer EU-Aktionsplan die Relevanz der Thematik, indem vorgegeben wird, dass Assetberater ab sofort auch auf nachhaltige Geldanlagen hinweisen und dazu beraten müssen.

Die Umlenkung bestehender Geldanlagen in kommunaler Hand in nachhaltigere Portfolios wird allerdings bislang noch kaum als innovative, klimafreundliche Strategie wahrgenommen. Dabei sind diese Gelder in Aktien, Anleihen, Beteiligungen, Fonds und weiteren Anlagen investiert, die meist einer Dekarbonisierung und damit

sowohl dem Schutz des Klimas als auch der treuhänderischen Verantwortung einer Kommune widersprechen. Mehrere Studien kamen zu dem Ergebnis, dass die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien sich nicht negativ auf die Rendite auswirkt und diese unter Umständen sogar verbessere.

Nachhaltiger Umgang mit kommunalen Finanzen

Im Rahmen der gemeinsamen Veranstaltung von Landkreis und Energieagentur brachten Experten des Projekts „Klimafreundlich investieren – Kommunales Divestment und Reinvestment“ den Kommunen die Möglichkeiten von Divestment und Reinvestment näher und zeigten anhand von Praxisbeispielen aus anderen Kommunen auf, wie nachhaltiges Wirtschaften für kommunale Finanzen aussehen kann. In Deutschland waren hier beispielsweise die Städte Münster, Berlin und Bonn oder der Landkreis Osnabrück Vorreiter. Auch grundsätzliche Chancen und Wege für den Landkreis München sowie mögliche erste Schritte wurden erörtert.

Bisher gibt es im Landkreis München – und auch in ganz Deutschland – noch keine Kommune, die divestiert hat. Die teilnehmenden Kommunen und Kommunalunternehmen konnten sich aber grundsätzlich vorstellen, Divestment und Reinvestment als Teil eines kommunalen bzw. betrieblichen Nachhaltigkeitskonzepts aufzunehmen. Dabei sollten, so auch die Empfehlung der Experten, die sogenannten „ESG-Kriterien“ (Environment (E), Social (S), Governance (G)) angewendet werden, die als Standard nachhaltiger Anlagen inzwischen allgemein anerkannt sind.

Außerhalb Bayerns besteht in zahlreichen Bundesländern die Möglichkeit, insbesondere über die Neustrukturierung der Versorgungsrücklagen zu divestieren. In Bayern übernimmt diese Aufgabe bis zu einer gewissen Größe der Kommunen die Bayerische Versorgungskammer (Bayerischer Versorgungsverband). Als Mitglieder zahlen die Kommunen für die beschäftigten Beamtinnen und Beamten sowie für die aktuellen Versorgungsempfänger eine jährliche Umlage. Der Bayerische Versorgungsverband finanziert aus dieser Umlage dann die Pensionszahlungen. Daher halten die kreisangehörigen Kommunen wie auch der Landkreis München selbst keine eigene Versorgungsrücklage vor. Entsprechend müsste hier vorwiegend der Versorgungsverband selbst umlenkend aktiv werden.

Ein weiterer Punkt, der kommunales Divestment in Bayern erschwert, ist die Tatsache, dass im Gegensatz zum Vorgehen in anderen Bundesländern bayerische Kommunen ihre Gelder sicher und Ertrag bringend anzulegen haben. Dies schließt eine Anlage in Aktien aus. Dennoch bestärkten die Experten die Teilnehmer darin, künftig verstärkt nachhaltige kommunale Investitionen zu prüfen. Wenn etwa zehn Prozent der Investoren Divestment in ihre Wirtschaftsstrategie aufnehmen würden, könnte eine Studie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung zufolge bereits ein Wandel des Finanzmarkts angestoßen werden.

Landrat Christoph Göbel begrüßte die intensive Auseinandersetzung der Kommunen mit möglichen finanziellen Stellschrauben für nachhaltigen Klimaschutz: „Den Kreislauf des Geldes zu erhalten und nachhaltig zu investieren, ist so aktuell wie nie. Ich freue mich sehr, dass wir diese Herausforderung im Landkreis München angehen und gemeinsam mit Experten Ideen und Strategien für langfristige, klimafreundliche Investitionen entwickeln.“

Prof. Ulrich Reuter neuer SVB-Präsident ab 2021

Der Verbandsverwaltungsrat des Sparkassenverbands Bayern hat die Nachfolge von Präsident Dr. Ulrich Netzer geregelt, dessen Amtszeit am 31.12.2020 endet. Als neuer Präsident wird zum 1.1.2021 Prof. Dr. Ulrich Reuter, ehemaliger Aschaffener Landrat, den Vorsitz im Vorstand des Sparkassenverbands Bayern übernehmen.

Als 1. Vorstandsvorsitzender des Sparkassenverbands Bayern, Mitglied in mehreren Beiräten und Stiftungsräten des Sparkassenverbands, langjähriges Mitglied bzw. Vorsitzender des Verwaltungsrats der Sparkasse Aschaffenburg-Alzenau und des Sparkassen-Betriebsverbands Unterfranken sowie als Mitglied in mehreren Aufsichtsorganen von Verbundunternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe Bayern ist der promovierte Jurist und Professor für öffentliches Recht und Europäisches Wirtschaftsrecht an der Hoch-

schule Aschaffenburg Reuter bereits seit vielen Jahren intensiv in die Entscheidungen der Sparkassen-Organisation eingebunden.

„Weichenstellungen für die Sparkassen müssen in immer schnellerer Taktung vorgenommen werden. Als regional- und sparkassenpolitisch äußerst erfahrener Entscheider mit Weitblick ist Ulrich Reuter dafür der richtige Mann an der Spitze der 64 kommunal verankerten bayerischen Sparkassen“, gratulierte der amtierende SVB-Präsident Netzer zum Wahlergebnis. **DK**

Förderprogramm: Energiekredit Kommunal Bayern

Erhöhte Tilgungszuschüsse und geänderte Fördervoraussetzungen

Als Kommunal- und Förderbank des Freistaates Bayern unterstützt die BayernLabo mit ihrem klassischen Kommunalkredit und ihren kommunalen Förderkrediten bei der Projektfinanzierung. Speziell bei der Realisierung der Energieeffizienz werden Investitionen in die Energieeffizienz mit dem Förderprogramm Energiekredit Kommunal Bayern in Zusammenarbeit mit der KfW gefördert.

Aktuell haben sich folgende Änderungen ergeben:

Erhöhte Tilgungszuschüsse ab 24.01.2020: Bei Zusagen ab dem 24.01.2020 bieten wir Ihnen eine erweiterte Förderung in unserem Energiekredit Kommunal Bayern an. Die Tilgungszuschüsse werden im Bereich Sanierung Einzelmaßnahmen um 10 % erhöht. Es bestehen folgende Maximalförderungen pro Quadratmeter:

- 1. Sanierung:**
 - a) KfW-Effizienzgebäude 70: 27,5 % des Zusagebetrages, maximal 275 Euro pro m²
 - b) KfW-Effizienzgebäude 100: 20,0 % des Zusagebetrages, maximal 200 Euro pro m²
 - c) KfW-Effizienzgebäude Denkmal: 17,5 % des Zusagebetrages, maximal 175 Euro pro m²
 - 2. Einzelmaßnahmen, die keinen KfW-Effizienzhaus-Standard anstreben:** 20,0 % des Zusagebetrages, maximal 200 Euro pro m²
- Geänderte Fördervoraussetzungen bereits ab 01.01.2020**

Die KfW hat auf Basis der durch die Bundesregierung im September 2019 auf den Weg gebrachten, gesetzlich verbindlichen Klimaziele zum 01.01.2020 Produktänderungen in Kraft gesetzt.

Um die Förderung im darauf basierenden Energiekredit Kommunal Bayern der BayernLabo zu erhalten, sind bei den Antragstellungen ab dem 01.01.2020 folgende, neue technische Mindestanforderungen zu erfüllen:

1. Bei Sanierung zum KfW Effizienzgebäude/ Einzelmaßnahmen

Die Kosten für Wärmeerzeuger auf Basis der Energieträger Öl oder Gas (z. B. Öl-/ Gas-Brennwertkessel oder Niedertemperatur-Kessel), sowie KWK- und BHKW-Anlagen auf Grundlage von Öl werden nicht mehr von der KfW gefördert. Wärmeerzeugung in Form von Strahlungsheizungen, Warmluft- Erzeuger und wärmegeführten KWK- und BHKW-Anlagen auf Grundlage von Erdgas, sowie der Anschluss an Nah- und Fernwärme werden weiterhin von der KfW gefördert.

KfW-Effizienzgebäude:

Bei Sanierungen zum KfW-Effizienzgebäude werden Wärmeerzeuger auf Basis des Energieträgers Öl (z. B. Öl-Brennwertkessel, ölbetriebene Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen), sowie Niedertemperatur-Kessel (auf Basis von Öl oder Gas)

nicht mehr gefördert. Erfolgt die Wärmeversorgung über einen nicht förderfähigen Wärmeerzeuger, kann dieser dennoch bei der energetischen Berechnung eines KfW-Effizienzgebäudes berücksichtigt werden.

2. Bei Neubau/Ersterwerb

Planen Sie den Neubau / Ersterwerb eines KfW-Effizienzgebäudes, darf generell kein Wärmeerzeuger auf Basis des Energieträgers Öl (z. B. Öl-Brennwertkessel) ab 01.01.2020 eingesetzt werden. Der Ausschluss für den Einsatz gilt auch für Kombinationen, z. B. von Öl-Brennwertkessel mit Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien (Hybridsysteme), im Einsatz von Nahwärmesystemen für die Versorgung von Effizienzgebäuden (z. B. Öl-Brennwertkessel als Spitzenlastkessel) oder vergleichbaren Anwendungen.

Diese Änderungen betreffen auch Folgeanträge bereits beantragter Mehrjahresvorhaben. **□**



Direktor Wolfgang Schmidt, BayernLabo.

Aiwanger drängt auf Unternehmenssteuerreform 2020

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat angesichts der verhaltenen Konjunkturaussichten die Bundesregierung aufgefordert, endlich mit der Reform der Unternehmenssteuern zu beginnen: „Unsere Wirtschaft braucht bessere Bedingungen im Wettbewerb – gerade vor dem Hintergrund der außenwirtschaftlichen Risiken, Bre-

xit und Coronavirus“, betont Aiwanger. Eine Senkung der Unternehmenssteuern auf 25 Prozent würde zudem der Industrie die Möglichkeit geben, früher mit dringenden Investitionen in den Klimaschutz zu beginnen.

Deutschland sei mittlerweile zum Hochsteuerland geworden. Die hohe Steuerlast sei geradezu Gift für Branchen in der Transfor-

mation wie zum Beispiel die Automobilindustrie und ihre Zulieferer.

Arbeitsplätze beibehalten

„Wir warten schon über zehn Jahre auf diese Unternehmenssteuerreform. Zwischenzeitlich haben konkurrierende Industrienationen wie die USA, Großbritannien, Frankreich und Belgien umfangreiche Steuerreformen und Steuersatzsenkungen vorgenommen. Die Zeit drängt!“, kritisiert Aiwanger. Es gehe nur um die Schaffung adäquater Rahmenbedingungen, die Investitionen zum Beispiel in die Digitalisierung erleichterten. So könnten Arbeitsplätze im Inland gehalten werden.

„International wettbewerbsfähig sind 25 Prozent Gesamtsteuerbelastung, nicht 30 Prozent für Kapitalgesellschaften wie derzeit“, so Aiwanger weiter. „Es leuchtet doch ein, die entrichtete Gewerbesteuer teilweise auf die Körperschaftsteuer anzurechnen.“ Für Personenunternehmen fordert Aiwanger die Schaffung einer Option zur Körperschaftsteuer. „Solidaritätszuschlag und Erbschaftsteuer müssen jetzt endlich abgeschafft werden, das wäre ein Befreiungsschlag für unseren Mittelstand!“, hebt Aiwanger hervor. **□**

Augsburger Grundschüler werden zu Hirnforschern

Stiftung AUFWIND unterstützt Unterrichtsreihe

Sehen, fühlen, hören: Was haben die Sinne mit unserem Gehirn zu tun? – Gemeinsam mit dem Roboter „Herr Tie“ können Augsburger Schülerinnen und Schüler in der Unterrichtsreihe „Wir sind Hirnforscher!“ entdecken, wie das Gehirn die menschlichen Sinneswahrnehmungen steuert. Denn ab dem 2. März steht das umfassende Unterrichtsmaterial für die 3. und 4. Klassen mit anschaulichen Experimenten, Gruppenaufgaben und Versuchsaufbauten im Augsburger Medienzentrum zur Ausleihe.

Die Hirnforscherboxen bestehen aus dem kleinen Roboter (siehe Foto), Material und Arbeitsblättern für 5-8 Schulschulstunden beispielsweise zum Thema „Warum hat das Gehirn Falten?“ oder „Wie kommunizieren Nervenzellen?“. Um Kinder schon frühzeitig für die Naturwissenschaften zu interessieren, hat die Gemeinnützige Hertie-Stiftung diese Unterrichtsmaterialien mit Experten entwickelt.

Stiftung AUFWIND übernimmt Finanzierung

Initiiert von der Hertie-Stiftung übernimmt die Stiftung AUFWIND die Finanzierung für die Hirnforscherboxen in Augsburg. „Die Förderung moderner Un-

terrichtsmethoden liegt unserer Kinder- und Jugendstiftung besonders am Herzen“, so die Stiftungsvorstandsvorsitzende Ursula Brandhorst-Burk.

Handlungsorientiertes Lernen wird gestärkt

An weiteren sieben bayrischen Standorten stellt die Hertie-Stiftung aus Eigenmitteln Hirnforscherboxen zur Verfügung – diese sind Ansbach, Bamberg, Füssen, Passau, Rosenheim, Saal an der Donau und Schwandorf. „Heute lernen Kinder schon im Grundschulalter, wie sie Neues selbst entdecken und sich Wissen aneignen können. Mit den Experimenten und Materialien der Hirnforscherboxen – vor allem

von dem Roboter Herr Tie – werden sie angeregt, die komplexen Funktionen des Gehirns zu erforschen. Dies stärkt das handlungsorientierte Lernen und vielleicht auch ihre Begeisterung für die Naturwissenschaften“, erläutert Anne Christine Mündlich, Projektleiterin der Hertie-Stiftung. **□**



Wussten Sie schon?

Wir bauen auch Ihren Kindergarten.



Bayern Grund
IHR STARKER PARTNER
RUND UM DIE KOMMUNALE
IMMOBILIENENTWICKLUNG

- ✓ Zeitnahe und wirtschaftliche Umsetzung Ihrer Projekte und Ideen
- ✓ Umfangreiche Entlastung der Verwaltung und Spielräume in ihrem Haushalt
- ✓ Wir sind Ihr „Bauamt auf Zeit“ bei allen kommunalen Hoch- und Tiefbauprojekten (inkl. Wohnungsbau)



Bayern Grund

www.bayerngrund.de

Jahrespressekonferenz der bayerischen Sparkassen:

Starkes Kundengeschäft bei hohem Ergebnisdruck

Die Folgen aus zehn Jahren Niedrigzinsen kommen bei den Kunden der bayerischen Sparkassen und in ihrem Geschäftsbetrieb immer deutlicher zum Vorschein. Wie Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, bei der Jahrespressekonferenz in München feststellte, „müssen die Sparkassen jetzt neue Wege suchen, um damit so umzugehen, dass weder ihre Kunden noch sie selbst zu stark belastet werden. In einer starken Kundenbeziehung finden wir auch gemeinsame Wege und sinnvolle Anlageprodukte.“

So konnten die bayerischen Sparkassen auch im Geschäftsjahr 2019 ihr Kundengeschäft wieder stark ausbauen: Sowohl bei Privat- als auch bei Unternehmenskunden sind Kredit- und Einlagevolumen überdurchschnittlich gestiegen. Das Kreditvolumen lag am Jahresende bei insgesamt 142,3 Mrd. Euro. Überdurchschnittlich wuchs dabei der Bestand an Unternehmenskrediten: Er stieg um 5,9 Prozent auf 76,3 Mrd. Euro. Das Kreditvolumen von Unternehmen und Selbstständigen nimmt seit Jahren besonders stark zu, so dass der Anteil der Mittelstandskredite an den Gesamtausleihungen wuchs.

Im Jahr 2019 wurden neue Darlehen in Höhe von 16,9 Mrd. Euro an Unternehmen und Selbstständige zugesagt – 4,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Netzer zufolge wachsen die Darlehenszusagen weiterhin stetig, doch sei inzwischen eine Entschleunigung des Wachstums zu beobachten. Die bayerischen Unternehmen seien nach wie vor hochdynamisch, die Zeichen stünden auf Expansion. Am langsameren Wachstum lasse sich aber ablesen, dass sich die konjunkturellen Aussichten perspektivisch weiter eintrüben.

Mittelstandsfinanzierung

Vor diesem Hintergrund betonte der Verbandspräsident, dass die Bedingungen für die Mittelstandsfinanzierung nicht erschwert werden dürften. Auch angesichts des harten, zum Teil internationalen Wettbewerbs benötigten kleine und mittlere Unternehmen zuverlässige Finanzierungsbedingungen.

Während die Sparkassenkunden bei Finanzierungen von der aktuellen Nullzinslage profitieren, gestaltet sich die Situation bei den Einlagen mit einem gestiegenen Gesamtvolumen von 175 Mrd. Euro schwierig. Mit der EZB-Geldpolitik der vergangenen Jahre sind renditebringende Anlagen ohne Risiko faktisch nicht mehr möglich – sehr viele Kunden „parken“ ihr Geld daher in Sichteinlagen. Damit verzichten sie laut Netzer auf Ertragschancen, die sie bei gutem Risikomanagement über Wertpapiere erzielen könnten.

Fast 90 Prozent der 2019 ausgereichten Kredite der Sparkassen an Privatpersonen waren Immobilienkredite (52,8 Mrd. Euro; +4,8 Prozent). Dieser Bestand wächst seit einiger Zeit langsamer als der von Bauträgern und anderen Wohnungsunternehmen (2019: +8,4 Prozent). Der Markt für private Immobilien hat sich zusehends verengt und Private stehen so vor allem in Ballungsgebieten immer öfter vor Hürden beim Immobilienerwerb. 2019 wuchs das Neugeschäft mit Privaten allerdings erstmals wieder überdurchschnittlich.

Auch im Bauspargeschäft verzeichneten die bayerischen Sparkassen 2019 eine gute Entwicklung. Nach einem besonders erfolgreichen Jahr 2018 blieben die Sparkassen 2019 auf Niveau und vermittelten eine Bausparsumme von insgesamt 6,67 Mrd. Euro. Netzer begrüßte, dass die staatliche Förderung für Bausparer mit der Wohnungsbauprämie ab 2021 angehoben wird (Einkommensgrenze von 25.600 auf 35.000 Euro, Prämienhöhe 10 Prozent). Dies helfe für den Vermögensaufbau in der Breite.

Nach einem guten Börsenjahr

ist der Wertpapierumsatz nach einem Rückgang 2018 um 5,5 Prozent gewachsen. Dabei übersteigen zum siebten Mal in Folge die Wertpapierkäufe wieder deutlich die -verkäufe. Mit 11,3 Prozent deutlich zugenommen haben 2019 die Käufe von Investmentfonds. Noch mehr Kunden als im Vorjahr haben sich inzwischen auch dem regelmäßigen Wertpapiersparen zugewandt. Die Zahl der Fondspartpläne mit dem Verbundpartner Deka stieg 2019 um 15 Prozent, 2018 waren es 11 Prozent.

2019 war dabei insgesamt wieder ein Jahr der Geldvermögensbildung: Die Privatkunden der Sparkassen legten wie im Vorjahr insgesamt knapp 8,8 Mrd. Euro neu auf ihren Konten, Depots, in Bausparverträgen und Lebensversicherungen an. „Die Menschen denken an die Zukunft, geben nicht alles in den Konsum, sondern sparen“, hob der Sparkassenpräsident hervor. „Wir dürfen aber nicht vergessen, dass nicht alle Einkommensgruppen diese Möglichkeiten haben.“

Netzer forderte deshalb flankierende staatliche Fördermaßnahmen, um Aktien und Wertpapiere als weitere Säule der Altersvorsorge zu stärken. Als perspektivisch hilfreich bezeichnete er den Vorschlag, die Spekulationsfrist für Aktien wieder einzuführen. Wer eine Aktie oder Anleihe länger als fünf Jahre hält, soll laut diesem Vorschlag von der Steuer auf Kursgewinne befreit werden.

Eine massive Behinderung für den Aufbau von privatem Vermögen zur Altersvorsorge sieht Netzer hingegen in einer Finanztransaktionssteuer, wie sie bereits seit mehreren Jahren in der Diskussion steht: „Ursprünglich gedacht für den Hochfrequenzhandel, würde sie der breiten Aktienkultur schaden – gerade in der jetzigen Situation ist das absolut widersinnig. Der Plan sollte deshalb möglichst bald vom Tisch.“

Finanzielle Vorsorge stärken

Insgesamt entscheidend sei, dass die politische Diskussion über geeignete staatliche Fördermaßnahmen fortgesetzt wird, um die finanzielle Vorsorge zu stärken. In diesem Zusammenhang forderte Netzer erneut eine deutliche Anhebung des Sparerfreibetrags, damit auch Niedrigverdiener bessere Chancen zur Zukunftsvorsorge haben.

Im vergangenen Jahr erzielten die bayerischen Sparkassen ein Betriebsergebnis vor Bewertung von rund 1.621 Mio. Euro. Es liegt um 3,0 Prozent bzw. 50,2 Mio. Euro unter dem Vorjahresergebnis. Maßgeblich für diese Entwicklung war, dass der Rückgang des Zinsüberschusses (-56,6 Mio. Euro) auch durch eine deutliche Steigerung der Provisionsüberschüsse (+80,5 Mio. Euro) nicht kompensiert werden konnte. Denn die trotz Sparmaßnahmen gestiegenen Verwaltungsaufwendungen (ebenfalls +80,5 Mio. Euro) zehrten diese guten Erträge aus dem Vertrieb vollständig auf. Entsprechend hat sich auch die Cost-Income-Ratio der bayerischen Sparkassen von 64,3 Prozent im Jahr 2018 auf 65,6 Prozent in 2019 verschlechtert. Um einen Euro zu verdienen, mussten die bayerischen Sparkassen im vergangenen Jahr also fast 66 Cent einsetzen.

Der Trend in der Entwicklung

des operativen Ergebnisses zeigt, dass sich die Spielräume zur Gegensteuerung weiter verengt haben. Effizienzsteigerung, Kostenoptimierung und wachsender Vertriebs Erfolg können das Betriebsergebnis nicht auf dem alten Niveau halten. „Das Betriebsergebnis ist jetzt im Durchschnitt noch auskömmlich. Doch bei weiterem Anhalten der aktuellen Zinssituation müssen die Sparkassen tiefer eingreifen, um den Abwärtstrend abzufangen“, befürchtet Netzer.

Bei ihren Effizienzmaßnahmen stoßen die bayerischen Sparkassen inzwischen aber immer öfter an Grenzen. Es gibt bereits erste Institute, bei denen der Zinsüberschuss den Verwaltungsaufwand nicht mehr deckt. Sie sind also gehalten, neue Wege zu beschreiten. Nach Netzers Auffassung „stehen uns die betriebswirtschaftlich schwierigsten Zeiten noch bevor, weil sich die Auswirkungen der Niedrigzinssituation verschärfen und viele erfolgreiche Gegensteuerungspotenziale bereits ausgeschöpft sind. Wir müssen unsere Vertriebsanstrengungen weiter intensivieren, durchgehend Dienstleistungen bepreisen und unseren Zinsaufwand senken. Dazu gehört in Teilen auch, dass wir manche Altverträge kündigen und für große Einlagensummen Verwahrentgelte veranschlagen.“

Dank des guten Bewertungsergebnisses im Wertpapiergeschäft ist 2019 ein gutes Betriebsergebnis nach Bewertung von 1,076 Mio. Euro zu verzeichnen. Nach den noch vorläufigen Berechnungen (Ende der Jahresabschlussprüfungen: 31.05.2020) wird nach Steuern am Ende ein Jahresüberschuss von 441,4 Mio. Euro (2018: 332,5 Mio. Euro) stehen.

Sparkassen als Förderer

Ihrem öffentlichen Auftrag entsprechend übernehmen die Sparkassen auch eine besondere Rolle als Förderer in der Gesellschaft des Freistaats: Neben Sponsoring und Spenden haben die 64 bayerischen Sparkassen und der Sparkassenverband 2019 insgesamt 115 Stiftungen unterhalten, mit denen sie soziale Zwecke, Umwelt, Kultur und Sport in ihren Geschäftsgebieten fördern. Insgesamt wurden 2019 über 49 Mio. Euro für gemeinnützige Zwecke und Einrichtungen bereitgestellt – das ist fast 1 Million pro Woche. Die Sparkassen entlasten damit auch ihre Trägerkommunen. Davon profitieren alle im Geschäftsgebiet – Kunden genauso wie Nichtkunden der Sparkassen.

Mit Blick auf ein weiteres Megathema, nämlich die rapide zunehmende digitale Transformation, verwies Roland Schmutz, Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern, darauf, dass diese den Alltag der Sparkassen genauso wie den ihrer Kunden verändere. Die Finanzwirtschaft insgesamt stehe auch ohne Niedrigzinssituation vor einer der größten Herausforderungen ihrer Geschichte. Der Umbruch, der sich mit der digitalen Transformation vollzieht, umfasse alle Bereiche des traditionellen Bankwesens. Jeder Teil der Wertschöpfungskette sei betroffen: Digitale Lösungen für die Endkunden, digitalisierte Prozesse im Bankbetrieb, neue digitale Geschäftsmodelle im Bankenmarkt. All das bedeute Neuorientierung und Investition.

Ende 2019 nutzten bereits bundesweit mehr als 8 Mio. Kunden regelmäßig die Sparkassen-App, die wiederholt von der Stiftung Warentest als beste Banking-App ausgezeichnet wurde. Daneben wird kontaktloses Bezahlen zusehends zur Normalität. Insgesamt

3,79 Mrd. girocard-Transaktionen wurden 2019 durchgeführt, davon 1,74 Mrd. allein von Sparkassenkunden. 37,3 Prozent aller Transaktionen, d.h. 27 Prozent des Umsatzes, liefen sogar kontaktlos.

Immer mehr Kunden entdeckten diese schnelle und einfache Bezahlmöglichkeit für sich, wie Schmutz erläuterte: „Neue Lösungen brauchen immer ihre Zeit, bis die Kunden sie am Point of Sale tatsächlich einsetzen. Hier geht es erfahrungsgemäß nicht um Revolution, sondern um Evolution – die allerdings ist nicht aufzuhalten.“ 94,6 Prozent aller Sparkassengirocards seien heute schon bereit für kontaktlos-Zahlungen, die Vollausrüstung werde noch 2020 erreicht.

Kontaktloses Bezahlen

Mehr als die Hälfte der kontaktlos-Zahler interessiert sich dabei allerdings für die digitale Karte im Smartphone. Denn der Bezahlvorgang ist damit schnell, noch einfacher und das Smartphone ist ohnehin meist griffbereit. Seit Sommer 2018 bieten die meisten Sparkassen die digitale girocard für NFC-fähige Android-Smartphones an. Einsetzen können Kunden diese bei allen Händlern, an deren Terminals sie auch mit der physischen girocard kontaktlos bezahlen – allein in Deutschland an rund 725.000 Händlerkassen. Seit Dezember 2019 bieten die Sparkassen auch die Möglichkeit an, mit Apple Pay zu bezahlen. Aktuell wird dazu eine Sparkassen-Kreditkarte hinterlegt, im Laufe des Jahres folgt auch die Integration der girocard.

Mit der digitalen Transformation sind Standard-Bankgeschäfte zusehends in den Online-Bereich gewandert. Gleichzeitig ist das Personal in den Filialen weni-

ger häufig, dann aber für spezielle, anlassbezogene Beratung gefragt. Deshalb haben viele bayerische Sparkassen ihr Geschäftsstellennetz umgebaut. Nach Schmutz' Worten „erfordern die gestiegenen Kundenerwartungen an die Beratungsqualität meist ein Team von Fachleuten. Das können Kleinstfilialen nicht leisten.“

Starke Präsenz in der Fläche

Die 64 bayerischen Sparkassen haben außerdem in Kundenservicecenter und Digitale Beratungszentren investiert. Sie betreiben gleichwohl ein immer noch dichtes Netz von 2.195 Geschäftsstellen (2018: 2.260), 553 Selbstbedienungs-Geschäftsstellen (2018: 572) und 3.599 Geldautomaten (2018: 3.679). Damit bleiben sie nachhaltig stark präsent in der Fläche und sind auch für Kunden, die nicht online gehen, erreichbar. 90 Prozent der Menschen in Süddeutschland erreichen die nächste Sparkasse in weniger als 7 Minuten.

Fazit: Die deutsche Finanzwirtschaft steht derzeit vor einem strukturellen Herausforderungskatalog, wie es ihn noch nie gab – der Druck steigt. Für die Sparkassen geht es deshalb darum, sich abzuheben und ihre besondere Kundenbeziehung weiter zu vertiefen. Dazu müssen sie in ihren Backoffice-Aufgaben deutlich besser entlastet werden als in der Vergangenheit. Sparkassenpräsident Netzer forderte deshalb: „Die Sparkassen brauchen standardisierte Prozesse, klare Produktlandschaften und eindeutige Strukturen und auch eine bessere Arbeitsteilung in einer straffen, zielgerichteten Verbundorganisation, damit sie sich noch stärker auf ihre Kundenbeziehung kon-

zentrieren können. Kunden sollen deutlich spüren, warum sie am liebsten Sparkassenkunden sind.“

Einen wichtigen Baustein für den Prozess der Straffung und Verschlankeung der Gesamt-Sparkassenorganisation sieht Netzer dabei in der Schaffung eines sog. Zentralinstituts, wie es derzeit in der Diskussion steht. Dabei sieht er das Ziel der Risikoreduzierung als maßgebend: „Es ist Konsens in der Gruppe, dass vor allem die Risiken der Verbundorganisation deutlich reduziert werden müssen. Sie haben sich in der Vergangenheit immer wieder aufreißend zulasten der Sparkassen realisiert. Außerdem geht es nach wie vor darum, Redundanzen abzubauen und Produktangebote zu verbessern.“ Jetzt müsse ein professioneller Prozess aufgesetzt werden, mit dem bald Schritt für Schritt die komplexen Fragen abgearbeitet werden. „Denn das Zeitfenster, in dem wir das Heft des Handelns in der Hand haben, ist nicht unbegrenzt. Wir müssen bald vorankommen“, so Netzer.

Konzentration auf Kundenbindung

Alle Maßnahmen stünden letztlich immer unter der Maßgabe, dass die 378 deutschen und 64 bayerischen Sparkassen auch in Zukunft nachhaltig leistungsfähig bleiben wollen für die Menschen und die Wirtschaft in ihren jeweiligen Heimatregionen. Netzer zufolge bleibt deshalb immer die gesunde und gedeihliche Kundenbeziehung zentral, alles andere muss in vernünftiger Balance dazu beitragen. „Wir Sparkassen haben in den letzten 200 Jahren wiederholt gezeigt, dass wir schwierige Aufgaben lösen – damit wir unseren Kunden helfen, ihre Aufgaben zu lösen.“ DK



VER | SICHER | UNGS
KAMMER
BAYERN

Ein Stück Sicherheit.

Beschützen ist unsere Leidenschaft.

Seit König Max 1811 die Versicherung zum Schutz der Menschen gegründet hat.

Finanzgruppe

Volks- und Raiffeisenbanken ziehen Bilanz für 2019:

Trotz schwächelnder Konjunktur legen Wachstum und Ertrag zu

Für die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken war 2019 ein „ordentliches, von Wachstum geprägtes Jahr“. Daran habe auch die schwächelnde Konjunktur nichts geändert. Und trotz Corona-Epidemie könne auch das laufende Jahr wieder ordentlich werden, sagte Jürgen Gros, Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern (GVB) in der summarischen Bilanzpressekonferenz der 227 Volks- und Raiffeisenbanken im Freistaat voraus. Das Wachstum der vergangenen Jahre werde sich fortsetzen. Das Ergebnis vor Steuern nahm, auch dank Sondereffekten, im Berichtsjahr um 32,5 % auf 1,65 (1,24) Mrd. Euro zu.

Diese positiven Entwicklungen dürften aber nicht davon ablenken, dass die Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) die Banken vor gewaltige Herausforderungen stelle. Man müsse von einem langfristig niedrigen Zinsumfeld ausgehen, denn nach EZB-Prognosen werde das Inflationsziel von knapp unter 2 %, das als Voraussetzung für eine Zinswende gilt, noch bis mindestens zum Jahr 2024 verfehlt. Eine höhere Inflation als die derzeitige gilt aber der EZB als Voraussetzung für eine Zinsänderung.

Kreditgeschäft

Das Wachstum spiegelt sich in der (adiertierten) Bilanzsumme. Sie wuchs um 4,9 % auf 176 (168) Mrd. Euro. Dazu trugen die Kredite bei, die insgesamt um 6,3 % auf 109 Mrd. Euro zulegten. An Privatkunden wurden 48,5 Mrd. Euro (+5,7%) ausgereicht, an Firmenkunden, vor allem mittelständischen, 69,9 Mrd. Euro (+7,0 %). Treibende Kraft im Kreditgeschäft waren Immobilienkredite wegen des anhaltenden Baubooms. Kredite an die öffentliche Hand stagnierten auf niedrigem Niveau. Die schwächelnde Konjunktur des vergangenen Jahres war im Kreditgeschäft der Mitgliedsbanken nicht zu spüren, weil die Kreditkunden weniger vom volatilen Exportgeschäft abhängig waren, sondern von der stabilen Binnenkonjunktur profitierten.

Aber auch das Einlagengeschäft trug zum Wachstum bei, denn die Kundengelder legten um 5,0 % auf 137 Mrd. Euro zu. Fleißigste Einleger waren Privatkunden mit 90,4 Mrd. Euro (+5,1 %) vor den Firmenkunden mit 36,3 Mrd. Euro (+6,3 %). Öffentliche Haushalte legten nur 8 Mrd. Euro (+0,8 %) an.

Problem Einlagenüberschuss

Besonders stolz sind die Genossenschaftsbanken darauf, dass sie die zusätzlich erzielten Einlagen voll wieder als Kredite ausgeben konnten. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass sie insgesamt einen Passivüberhang (Überhang an Einlagen) von 28 Mrd. Euro zu bewältigen hatten. Sie konnten insgesamt also nicht alle Einlagen als Kredite wieder vergeben. Da auch sie nicht ausreichend Anlagemöglichkeiten zur Verfügung hatten, andererseits aber auch nicht immer die Kunden dazu bewegen konnten, Aktien und Fondsanteile zu kaufen oder Versicherungen und Bausparverträge abzuschließen statt einfach Geld aufs Konto einzuzahlen, mussten sie 4,5 Mio. Euro Strafzinsen auf ihre Einlagen bei der EZB zahlen. Und das, obwohl die Kunden im Finanzverbund bei Union Investment, bei den R+V-Versicherungen und der Bausparkasse Schwäbisch Hall Anlagen über 226,1 Mrd. Euro (+13,3 %) getätigt hatten. Gros: „Der Einlagenüberschuss wird in der Niedrigphase zum Problem.“ Staats- und Unternehmensanleihen aber seien so risikobehaftet, dass sie für eine Anlage ausschieden.

Was bei der EZB Strafzinsen heißt, nennt sich bei den Banken Negativzinsen. Davon seien

aber nur 0,5 % aller Privatkunden betroffen und nur 0,1 % des gesamten Zinsertrages. Zwei Drittel der Mitgliedsbanken hätten überhaupt keine Negativzinsen eingeführt, und das verbleibende Drittel lediglich für eine kleine, vermögende Kundengruppe. Entsprechende Konditionen für Neukunden dienten dazu, Bestandskunden zu schützen, sofern nur das Ziel verfolgt werde, Geld auf dem Konto zu parken. Neukunden, die mit dem Geld Geschäfte tätigen wollten, fielen nicht unter die Negativzins-Regelung.

Der durchschnittliche Privatkunde einer Volks- oder Raiffeisenbank habe weniger als 20.000 Euro auf dem Konto liegen, und das sei weit unterhalb der Grenze, bei der man anfangs, über Negativzinsen nachzudenken. Bei Firmenkunden und öffentlichen Anlegern gehörten Negativzinsen und Verwahrentgelte dagegen seit längerem schon zur gängigen Praxis. Das lasse sich mit den höheren Einlagensummen erklären.

Solides Wirtschaften

Vor diesem geschäftlichen Hintergrund ist das schon erwähnte Ergebnis vor Steuern zu sehen. Die Steigerung um 32,5 % sei, so Gros, auf zwei Effekte zurückzuführen. Den größten Einfluss hatte die Erholung an den Aktien- und Anleihemärkten, was eine Zuschreibung im eigenen Bestand von 154 Mio. Euro bewirkt habe. Im Vorjahr hatten noch Wertberichtigungen von minus 310 Mio. Euro zu Buche geschlagen. 2019 hätten die Mitgliedsbanken das wieder aufgeholt, was sie im Jahr zuvor an Abschreibungen hatten hinnehmen müssen. Zum Zweiten spielt das Provisionsergebnis aus dem Handel mit Wertpapieren und der Vermittlung von Versicherungen und Bausparverträgen eine wichtige Rolle, denn es legte um 10 % auf 1,645 (1,241) Mrd. Euro zu.

Dagegen ging der Zinsüberschuss auf Grund regulatorischer Vorgaben um 26 Mio. auf 2,930 (2956) Mrd. Euro zurück, weil im Kreditbuch auf Grund regulatorischer Vorgaben Wertberichtigungen von 34 Mio. Euro zu verkräften waren. Außerdem sank die Zinsspanne weiter auf 1,71 (1,81) %, wogegen die Provisionsspanne auf 0,70 (0,67) % zulegte. Zwar stiegen die Betriebskosten um 26 Mio. auf 2,639 Mrd. Euro, doch seien sie im Verhältnis zur Bilanzsumme gesunken, wie auch die Aufwand/Ertrag-Relation (CIR) mit 64,3 (64,7) % zeige. Dies sei im Bankenvergleich ein sehr gutes Ergebnis, betonte Gros, der als Beweis für solides Wirtschaften der Mitgliedsbanken auch auf die Kernkapitalquote von 15,64 % verwies. All dies gebe Grund zum Optimismus. Wie sich der momentane Einbruch an den Aktienmärkten generell auf die Wirtschaft und speziell das Geschäft und den Ertrag der Volks- und Raiffeisenbanken auswirkt, sei derzeit noch nicht zu sagen.

Wenig zufrieden sind die Genossenschaftsbanken mit den EU-Plänen für eine „Green-Finance-Wirtschaft“. Um Lenkungseffekte zum ökologischen Umbau

der Wirtschaft zu erzielen, sollten, so Gros, die Kreditinstitute als „Öko-Sheriffs“ missbraucht werden. Klimaschutz und Nachhaltigkeit seien zwar wichtige Ziele, aber es sei nötig, klar zu definieren, was als nachhaltig anzusehen sei. Auf die Kreditvergabe und das Geschäft des Mittelstandes kämen unter Umständen gewaltige Umwälzungen zu. Wenn es bei der Kreditvergabe ganz wesentlich auf Klima- und



GVB-Präsident Jürgen Gros (l.) gemeinsam mit GVB-Vorstand Alexander Büchel.

Umweltverträglichkeit der Kredite ankomme, würde die bisherige Praxis, Kredite anhand ihres Risikos zu bewerten, aufgeweicht. Dabei sei aber bisher unbeantwortet, ob grüne Investitionen per se ein geringeres Risiko in sich trügen als herkömmliche Kredite. Es sei nicht auszuschließen, dass auf diese Weise falsche Investitionsanreize im Finanzwesen gesetzt würden, was das Gegenteil von Finanzstabilität bewirke und zur Bildung neuer Blasen führen könne. Was jetzt eventuell bevorstehe, würde regulatorisch fast alles in den Schatten stellen, was man in den vergangenen Jahren gesehen habe, warnte Gros. Die Banken würden zu Handlangern der Politik. Es sei zu bezweifeln, dass allen Akteuren die Folgen der Nachhaltigkeitspolitik bewusst seien.

Kritik an Olaf Scholz

Kritik übte Gros auch an Bundesfinanzminister Olaf Scholz wegen dessen Eintreten für eine europäische Einlagensicherung als

Förderbilanz 2019:

Fast 2,4 Milliarden Euro für Zukunftsinvestitionen

Die LfA Förderbank Bayern hat 2019 die bayerischen Unternehmen und Kommunen mit Darlehen von fast 2,4 Milliarden Euro unterstützt. Damit liegt das Kreditvolumen im Durchschnitt des hohen Fördervolumens der letzten fünf Jahre und um 16 % unter dem Rekordförderjahr 2018.

Das Zusagevolumen bei den programmgebundenen Förderkrediten betrug rund 1,8 Milliarden Euro. Deutliche Nachfrage- und Innovationsvorhaben sowie insbesondere in den Bereichen Energie und Klimaschutz. Alleine die Nachfrage der kleinen und mittleren Betriebe in der Energieeffizienzförderung stieg um knapp 14 Prozent auf rund 300 Millionen Euro.

„Bayerns Wirtschaft verdankt seine Wettbewerbsfähigkeit vor allem den vielen kreativen und innovativen Unternehmen. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Deshalb setzen wir auf die LfA, die mit ihrem umfassenden und flexiblen Förderangebot Investitionen von Unternehmen und Kommunen unterstützt. Umwelt- und Energiemaßnahmen werden dabei ebenso finanziert wie Innovation und Digitalisierung oder

Baustein für die Bankenunion. Ein solcher Schritt gefährde die Bankenstabilität. Welche Bank, vor allem in Frankreich, Italien und Griechenland, verspüre noch den Anreiz, die eigenen Bilanzen zu bereinigen, wenn es eine europäische Einlagensicherung gebe? Diese Länder hätten immerhin 52 % aller europäischen Problemerkredite in ihren Büchern. Außerdem forderte Gros, dass Staatsanleihen wie Firmenkredite zu behandeln. Auch sie sollten mit Eigenkapital unterlegt werden müssen.

EZB-Maßnahmen

Was die EZB-Politik angeht, hält Gros nichts von einer weiteren Zinssenkung, also der Erhöhung

Genossenschaftsbanken:

Starker Partner im Fördergeschäft

575 Millionen Euro an Förderkrediten vergeben
Bayerischer Mittelstand profitiert vom attraktiven Angebot

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken haben 2019 über 575 Millionen Euro an Förderkrediten der LfA Förderbank Bayern vergeben. Mit über 2.400 Zusagen an den bayerischen Mittelstand und einem Anteil von rund einem Drittel am gesamten programmgebundenen Förderkreditvolumen ist die Partnerschaft mit den Genossenschaftsbanken ein Erfolgsmodell.

Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA, erläuterte: „Fördermittel lohnen sich – egal ob bei Unternehmensnachfolge, Digitalisierung oder Energieeffizienz. Günstige Zinssätze, lange Laufzeiten und in bestimmten Bereichen zusätzliche Investitionsanreize durch unsere Tilgungszuschüsse sind nur einige Vorteile. Insbesondere die hohe Fördernachfrage im Bereich Energie und Klimaschutz zeigt, dass unsere Förderung beim bayerischen Mittelstand gefragt ist.“

Produktoptimierungen im Visier

„Damit das so bleibt, entwickeln wir unser Angebot laufend weiter“, fuhr Beierl fort. „Mit dem Innovationskredit 4.0 mit Tilgungszuschuss haben wir im vergangenen Jahr unter anderem unsere Innovations- und Digitalisierungsförderung komplett neu aufgestellt. Für dieses Jahr sind weitere Produktoptimierungen geplant. Gemeinsam mit den bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken unterstützen wir die Betriebe im Freistaat dabei, in innovative, umweltschonende und effiziente Technologien zu investieren. So können die Unternehmen langfristig Kosten senken und Wachstum sichern.“

Bundesrats-Entscheidung über die Umsetzung der finalen Basel III-Standards:

Für EU-Bankenregulierung mit Augenmaß

Der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) begrüßt die Entscheidung des Bundesrats zur Entlastung kleiner und mittlerer Banken. Im Rahmen der Umsetzung der Basel-III-Finalisierung fordert der Bundesrat in einer Resolution an die EU-Kommission Erleichterungen für kleinere Banken zum Nutzen der mittelständischen Wirtschaft.

Ausdrücklich erkennt der Bundesrat an, dass insbesondere kleinere und mittlere Banken eine unverzichtbare Rolle bei der Mittelstandsfinanzierung einnehmen. Allerdings hätten sie Wettbewerbsnachteile gegenüber großen Banken hinzunehmen, weil die Kosten der Regulierung die kleinen und mittleren Banken besonders belasteten. „Dass die Länderkammer diese Ungleichbehandlung nun beseitigen will, ist richtig“, sagte GVB-Präsident Jürgen Gros in München. „Denn die überbordende Regulierung behindert diese Institute bei der Erfüllung ihrer Aufgabe.“

Umsetzung von Basel III

Der GVB unterstützt ausdrücklich das erklärte Ziel des Bundesrats, wonach die finale Umsetzung von Basel III die Finanzierung der Realwirtschaft in Deutschland nicht erschweren und verteuern dürfe. „Wenn Bankenregulierung die Realwirtschaft ausbremst, leiden darunter Wachstum und Beschäftigung“, warnt Gros.

„Die Länderkammer unterstreicht mit ihrer Initiative die Besonderheiten und die Vielfalt des deutschen Bankensektors und die Bedeutung der Regionalbanken für die mittelständische Wirtschaft“, kommentiert Jürgen

Flexible Förderangebote

Dr. Jürgen Gros, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), ergänzt: „Mit ihren flexiblen Förderangeboten ermöglicht es die LfA der bayerischen Wirtschaft, zukunftsorientierte Investitionen zu attraktiven Konditionen zu verwirklichen. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken im Freistaat als Hausbanken vieler Unternehmer sind fest in der Region verwurzelt und nah an ihren Kunden. Dadurch tragen sie maßgeblich dazu bei, dass die Fördermittel ihre gewünschte Wirkung entfalten und die Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Betriebe verbessern. Die bewährte Kooperation von LfA und genossenschaftlichen Hausbanken stärkt den Wirtschaftsstandort Bayern, sichert Arbeitsplätze und schafft neue Stellen.“

Die LfA ist seit 1951 die staatliche Spezialbank zur Förderung des Mittelstands in Bayern. Die Förderkredite werden grundsätzlich bei den Hausbanken der Unternehmen beantragt und über diese ausgereicht. Um den Wirtschaftsstandort Bayern zu stärken, unterstützt die LfA auch Infrastrukturvorhaben. Informationen zu den Finanzierungsmöglichkeiten unter www.lfa.de

Gros, Präsident des GVB, die Bundesratsentscheidung.

Überfällige Entlastungen

„Der Bundesrat sendet das richtige Signal an Brüssel.“ Für die Entlastung kleiner Banken sei in der letzten Banken-Novelle schon viel passiert, aber noch nicht genug. Weitere Entlastungen seien daher überfällig, mahnte Gros. Der GVB-Präsident hofft nun darauf, dass sich die EU-Kommission die Argumentation der deutschen Bundesländer zu eigen macht. Die oberste europäische Behörde bereitet derzeit einen Gesetzesvorschlag vor, mit dem der zweite Teil des Basel III-Regelwerks in europäisches Recht übertragen werden soll.

Der Genossenschaftsverband Bayern e.V. (GVB) vertritt seit mehr als 125 Jahren die Interessen bayerischer Genossenschaften. Zu seinen 1.212 Mitgliedern zählen 227 Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie 985 Unternehmen aus Branchen wie Landwirtschaft, Energie, Handel, Handwerk und Dienstleistungen. Sie bilden mit rund 50.000 Beschäftigten und 2,9 Millionen Anteilseignern eine der größten mittelständischen Wirtschaftsorganisationen im Freistaat (Stand: 31.12.2019).

Bayertourismus als Stabilitätsanker:

Erstmals mehr als 100 Millionen Übernachtungen in Bayern

Aiwanger: „Interesse an nachhaltigen Angeboten steigt“

Zum zehnten Mal hintereinander wächst der Tourismus in Bayern gegenüber dem Vorjahr. Bayerns Wirtschafts- und Tourismusminister Hubert Aiwanger: „Der Bayertourismus ist ein Stabilitätsanker. Mit 100,9 Millionen Übernachtungen konnte 2019 der Rekordvorjahreswert um nochmals 2,2 Prozent gesteigert werden. Bei den Gästeankünften war es ein Plus von 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr.“ Insgesamt gab es erstmals über 40 Millionen Ankünfte von Gästen in Bayern im Jahr 2019.

Aiwanger weiter: „Wir nehmen diese Beliebtheit zum Anlass, die Nachhaltigkeit unserer Tourismuspolitik zu stärken, damit wir unsere Vorreiterrolle auch in Zukunft behalten. Das Interesse an nachhaltigen Angeboten steigt. Das bietet erhebliche Potenziale für die Weiterentwicklung des Tourismus in der Fläche. Der Tourismus soll noch mehr regionale Wertschöpfung und hochwertige Arbeitsplätze im ländlichen Raum schaffen und von der Bevölke-

rung akzeptiert werden.“ Zudem veränderten die Digitalisierung und die steigende Mediennutzung die Geschäftsmodelle im Tourismus massiv. Auf Dauer könne die Querschnittsbranche Tourismus nur bestehen, wenn nicht nur ökonomische, sondern auch soziale und ökologische Aspekte stärker thematisiert würden. Tourismus in Bayern könne nur im Einklang mit Mensch und Natur funktionieren, machte Aiwanger deutlich.

Um das Tourismusland Bayern in der digitalen Welt noch stärker zu präsentieren und die bayerischen Akteure im Tourismus fit für die Digitalisierung zu machen, müsse man Innovation, digitale Infrastruktur und Information voranbringen. Die für dieses Jahr geplante Gründung der „by.TM Kompetenzstelle Digitalisierung“ in Waldkirchen setzt hier an. Aiwanger: „Der Bayertourismus soll nachhaltig und zukunftsfähig sein, deswegen schalten wir den digitalen Turbo ein.“

Im Rahmen der High-Tech Agenda Bayern werden für den Bereich Tourismus 30 Millionen Euro an zusätzlichen Mitteln veranschlagt, die Haushaltsverabschiedung durch den Landtag ist für April geplant.

Hotel und Gastronomie als regionale Wirtschaftsmotoren

„Hotellerie und Gastronomie sind die regionalen Wirtschaftsmotoren, sie sind Garanten einer positiven ländlichen Entwicklung“, erläutert DEHOGA Bayern-Präsidentin Angela Inselkammer, „doch obwohl die Umsätze steigen, sinkt aufgrund der überproportional gestiegenen Personalkosten in vielen Betrieben die Umsatzrendite.“ Aus diesem Grund fordert Inselkammer eine Entlastung der Gastronomiebetriebe: „Den reduzierten Mehrwertsteuersatz auch in diesem Bereich einzuführen, würde die Betriebe wirtschaftlich rentabler werden lassen, sie könnten in den Substanzerhalt investieren, die Investitionen kämen direkt der Wirtschaft zugute und der Ort würde sofort an Lebensqualität gewinnen. Wie gut das funktioniert, hat man bei der Hotellerie gesehen. Das sage übrigens nicht ich, das sagt auch der aktuelle Betriebsvergleich für Hotellerie und Gastronomie in Bayern“, so Inselkammer. „Wenn dann noch ein weniger bürokratisches Umfeld geschaffen werden würde, dass wieder mehr selbstverantwortliches Handeln zuließe und das Arbeitszeitgesetz an die Lebenswirklichkeit angepasst werden würde, wäre der Branche extrem geholfen“, sagt Inselkammer.

Heilbäderverband als starker Partner

Der Bayerische Heilbäder-Verband (BHV) geht mit soliden Zahlen und mit Fußballweltmeister Philipp Lahm als starkem Partner in das neue Tourismusjahr. Rund 5,7 Millionen Ankünfte bedeuteten 2019 ein Plus von 0,7 Prozent, rund 24,3 Millionen Übernachtungen eine Zunahme um 0,2 Prozent. Philipp Lahm, Kapitän des deutschen Weltmeister-Teams und Unternehmer, ist nicht nur das Gesicht einer groß angelegten Marketingkampagne unter dem Hashtag #gesundkannjeder. Gemeinsam mit seinem Expertenteam und dem BHV entwickelt Lahm Gesundheitsprogramme, die nur in den bayerischen Heilbädern und Kurorten angeboten werden.

„Wir stärken mit dieser Kooperation die Bekanntheit und das Image der einzelnen Heilbäder und Kurorte unter dem Dach unserer Marke ‚Gesundes Bayern‘“, so der BHV-Vorsitzende Klaus Holetschek. „Ziel der Kooperation ist es, das Image der Heilbäder und Kurorte zu verjüngen und neue Zielgruppen zu gewinnen.“ Die Gesundheitsprogramme sollen die Menschen für einen gesunden Lebensstil begeistern, die Bekanntheit der Heilbäder und Kurorte und der Marke Gesundes

Bayern steigern. Die Programme werden derzeit entwickelt, der Start für buchbare Pakete ist für Sommer 2020 geplant.

„Bayern ist und bleibt Urlaubsland Nummer 1. Potenziale sehen wir aber noch im Bereich Haupturlaub. Mit unserem Kommunikationsschwerpunkt Urlaub am Wasser greifen wir ein wichtiges Entscheidungskriterium für den Haupturlaub auf und wollen so das Segment der Reisen ab fünf Tagen ausbauen und gleichzeitig die touristische Wertschöpfung vor allem in den ländlichen Räumen stärken“, sagt Barbara Radomski, Geschäftsführerin der BAYERN TOURISMUS Marketing GmbH (by.TM). „Der Fokus auf den Nahurlaub am Wasser kommt zudem der steigenden Nachfrage nach nachhaltigen Angeboten im Tourismus nach. Ein Thema, das wir in den kommenden Jahren noch stärker in unserer Strategie verankern werden“, so Radomski.

Mit einer integrierten Kampagne wird die by.TM daher ab 2020 Bayern als perfekte Destination für den Sommerurlaub und somit für die Haupturlaubsreise positionieren. Seen und Flüsse prägen das Landschaftsbild im Freistaat und bieten perfekte Bedingungen für unterschiedliche Freizeitaktivitäten. „Wichtig ist uns dabei, die Einzigartigkeit des Urlaubserlebnisses aufzuzeigen, denn bei uns tauchen Gäste nicht nur in die bayerischen Seen und Flüsse, sondern auch ins bayerische Lebensgefühl ein. Mit den persönlichen Tipps unserer Bayern-Botschafter für ihre Lieblingsorte und Aktivitäten an den Gewässern ihrer Heimat zeigen wir die ganze Vielfalt der Möglichkeiten für einen Urlaub am Wasser in Bayern“, sagt Radomski abschließend. □

Kultur- und Kreativunternehmen:

Taktgeber für die Wirtschaft

Wirtschaftsminister Aiwanger stellt Branchenreport vor

Bayerns Kultur- und Kreativwirtschaft hat in den vergangenen Jahren einen großen Schritt nach vorne gemacht. Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Unsere Wirtschaft kann beides: große Ingenieurskunst und kreative Höchstleistungen. Es ist ein starkes Zeichen, dass sich die Kultur- und Kreativwirtschaft in Zeiten des Umbruchs so dynamisch entwickelt hat. Fast 30 Prozent mehr Wertschöpfung und 24 Prozent mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte seit 2013 sprechen für sich. Die Softwareschmiedern, Medienunternehmen und Designbüros sind Taktgeber für die Wirtschaft mit großem Einfluss auf andere Branchen. Solche Impulse sind notwendig denn je.“

Aiwanger hat im Rahmen der neunten Munich Creative Business Week den neuen Kultur- und Kreativwirtschaftsbericht für den Freistaat vorgestellt. Die wichtigsten Teilbranchen sind in Bayern die Software- und Gamesindustrie, die Rundfunkwirtschaft sowie der Presse- und Werbemarkt. Im ganzen Sektor, der aus elf Teilmärkten besteht, wurden insgesamt 37,5 Milliarden Euro umgesetzt. Damit stammen rund 22 Prozent aller bundesweiten Umsätze der Kultur- und Kreativwirtschaft aus Bayern.

Positives Stimmungsbild

„Dieses positive Stimmungsbild ist nicht dem Zufall geschuldet, sondern auch das Ergebnis unserer Politik. Über den „Film-FernsehFonds Bayern“ unterstützt die Staatsregierung mit ihren Partnern die bayernweit bedeutenden Bereiche „Games“ und „Film“ mit mehr als 40 Millionen Euro jährlich. Außerdem fördern wir die Munich Creative Business Week als Highlight der deutschen Designszene mit einem Millionenbetrag und sorgen mit „bayern kreativ“ in Nürnberg

als Anlaufstelle für alle Kreativen in Bayern dafür, dass die Branche professionelle Unterstützung erhält und sich vernetzen kann“, betont Wirtschaftsminister Aiwanger.

Eine starke und gut aufgestellte Kultur- und Kreativbranche sei schließlich im Interesse der Staatsregierung, so Aiwanger. „Bayerns Kultur- und Kreativbetriebe müssen auch den europäischen Vergleich nicht scheuen. Sie behaupten sich neben den anderen Spitzenstandorten wie beispielsweise Île-de-France, Niederlande oder Dänemark. „Dennoch dürfen wir uns nicht auf den Lorbeeren ausruhen und müssen unsere Förderung weiter verbessern. Gerade im ländlichen Raum gibt es noch viel Potential zu heben.“

Der Kultur- und Kreativwirtschaftsbericht für Bayern ist nach 2012 zum zweiten Mal erschienen und wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie in Auftrag gegeben. Die Studie wurde vom Bayerischen Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft und der Prognos AG durchgeführt. □

Sparkassen halten die Finanzinfrastruktur aufrecht

Die Sparkassen stehen laut Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, auch in einer verschärften Corona-Krise für eine stabile Bargeldversorgung und Zahlungsverkehrsinfrastruktur. „Auf die 64 bayerischen Sparkassen in den bayerischen Regionen ist Verlass. Alle wichtigen Finanztransaktionen können weiter wie immer abgewickelt werden. Das gilt z.B. für Bargeldverfügungen und Überweisungen.“

Die Corona-Krise sei für uns alle eine Herausforderung. Die Sparkassen als Hausbanken arbeiten bereits im Hochbetrieb, um sich darauf vorzubereiten, dass sie die Mittel aus dem Förderprogramm für Liquiditäts- und Kredithilfen für ihre betroffenen Gewerbe- und Firmenkunden schnell und reibungslos weitergeben können, sobald die Umsetzung startet.

Netzer erläuterte, dass die 64 Sparkassen dabei den Betrieb ihrer 2.195 personenbesetzten Geschäftsstellen nicht überall vollständig aufrechterhalten können. Wo Mitarbeiter wegen fehlender Kinderbetreuung oder z.B. als Urlaubsrückkehrer wegen vorbeugender Quarantänemaßnahmen ausfallen, müssten bei wenigen Sparkassen auch einzelne Geschäftsstellen geschlossen werden. Bislang ist das aber der Ausnahmefall. Die 553 Selbstbedienungsfilialen laufen flächendeckend im Normalbetrieb.

Netzer dazu: „Wenn eine Geschäftsstelle vorübergehend geschlossen ist oder ihre Öffnungszeiten eingeschränkt hat, heißt das nicht, dass man seine Bankgeschäfte nicht tätigen kann. In Zeiten, in denen wir alle die per-

sönlichen Kontaktpunkte reduzieren, gewinnt das Onlinebanking an Bedeutung. Auch unsere Kundenservicecenter für das Telefonbanking haben ihre Kapazitäten aufgestockt. Zudem werden bereits viele Beratungen telefonisch durchgeführt – auch aus dem Homeoffice der Mitarbeiter heraus.“

Gesicherte Bargeldversorgung

Überall dort, wo noch persönlicher Kundenkontakt stattfindet, achten die Sparkassen auf die nötige Distanz- und Hygienemaßnahmen. Was das Bezahlen vor Ort angeht, ergänzte Netzer: „Die Bargeldversorgung ist weiterhin gesichert. Doch gerade jetzt empfehlen wir auch Kartenzahlungen bzw. sogar das kontaktlose Bezahlen mit der SparkassenCard, mit einer Kreditkarte oder mit dem Smartphone.“

Kontaktlose Kartenzahlungen sind bis 25 Euro ohne PIN-Eingabe am Terminal möglich, mobile Zahlungen mit Hilfe des Fingerabdrucks bzw. der Face ID am eigenen Smartphone – und damit unter besonders hygienischen Bedingungen machbar. □

Spielbank Bad Kötzing feiert 20-jähriges Bestehen

„Vor 20 Jahren am 25. Februar 2000 wurde die Spielbank Bad Kötzing eröffnet. Sie bereichert das kulturelle Leben vor Ort und ist ein Alleinstellungsmerkmal des jüngsten Kneippheilbad Bayerns“, freute sich Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich der Jubiläumsfeier der Spielbank in Bad Kötzing. „Seit der Gründung haben bereits rund 820.000 Besucher ihr Glück im Spiel versucht“, stellte Füracker fest.

Mit der „Boarischen Late Night Show“ ist die Spielbank ein fester Bestandteil im Kulturkalender der Stadt geworden. Auch in der Region ist sie stark vernetzt. Es besteht eine Kooperation mit dem Konzerthaus Blaubach und eine Partnerschaft mit dem FC Kötzing. Spielangebot wie auch die Raumgestaltung werden immer wieder an die sich ändernden Kundenwünsche angepasst. So wurde 2009 die Dachterrasse zu einem Eventbereich ausgebaut.

„In den letzten zwei Jahrzehnten hat die Spielbank alle Herausforderungen gemeistert. Ich bin zuversichtlich, dass die Spielbank Bad Kötzing auch künftig

Anlass zur Freude geben wird. Der Freistaat wird keine Zweifel an dieser Zukunft aufkommen lassen“, betonte Füracker.

Die Spielbank Bad Kötzing ist eine von neun Spielbanken in Bayern und mit 57 Mitarbeitern ein wichtiger Arbeitgeber in der Region. Sie wird von der Staatlichen Lotterieverwaltung betreut, die zum Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat gehört. Der Spielbetrieb findet im sogenannten „Blauen Edelstein“ statt. Das Gebäude wurde von der Stadt Bad Kötzing im Jahr 2000 errichtet und ist an die Spielbank vermietet. □

BESTENS ABGESICHERT

BVK Zusatzversorgung

PlusPunktRente - die freiwillige Altersvorsorge der BVK Zusatzversorgung

Bestens abgesichert im Alter - zusätzlich zu Ihrer Betriebsrente

Die PlusPunktRente bietet allen Arbeitnehmer_innen im kommunalen öffentlichen Dienst in Bayern attraktive Möglichkeiten

- ✓ STAATLICH GEFÖRDERT
- ✓ FLEXIBLE BEITRAGSGESTALTUNG
- ✓ SICHERE VERSORGUNG AUS EINER HAND

Fordern Sie unverbindlich ein Angebot an - mit dem QR-Code oder über www.pluspunktrente.de



 **BVK** Bayerische Versorgungskammer

Führungsunterstützungsnetzwerk für Katastrophenschutzeinheiten

Auftakt der neuen VKB-Veranstaltungsreihe „Fachtagung FUNKE“ in München

Bei Großschadenslagen ist es unabdingbar, dass die verschiedenen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) an einem Strang ziehen, um den Einsatz erfolgreich zu bewältigen. Damit es gelingt, gemeinsam in Extremsituationen zu agieren, müssen neben den Einheitsführern der bayerischen freiwilligen Hilfsorganisationen, der Feuerwehren, des THW, der Polizei und der Bundeswehr auch die Unterstützungs-, Fach- und Führungsgruppen der verschiedenen Blaulichtsorganisationen und Behörden Hand in Hand zusammenarbeiten. Mit der Fachtagung FUNKE bot die Versicherungskammer Stiftung erstmals eine Plattform zum fachlichen Diskurs und Netzwerken für die Führungsunterstützungskräfte von Katastrophenschutzeinheiten. Knapp 300 Teilnehmer waren in der VKB-Zentrale in München zu Gast.

Begleitet wurde die Veranstaltung von einer Fachaussstellung im Innen- und Außenbereich. Vor dem Eingang der W30 konnten die Teilnehmer erstmals Einsatz- und Führungsfahrzeuge verschiedener Rettungs- und Hilfsorganisationen im Betrieb begutachten, ergänzt durch diverse Aussteller, die im Innenbereich Einsatz-Softwarelösungen, Kommunikations- und Alarmierungstechnik sowie weiteres (technisches) Equipment für Sondereinsatzlagen präsentierten.

Verbesserte BOS

In ihrer Begrüßung unterstrichen Bayerns Innenminister Joachim Herrmann und der Vorstandsvorsitzende der Versicherungskammer Bayern, Dr. Frank Walthes, wie wichtig es ist, die Führungsunterstützung weiterzuentwickeln. Herrmann verwies in diesem Zusammenhang auf das sich am nächsten Tag zum vierten Mal jährende Zugunglück von Bad Aibling. An diesem Unglücksfall zeigte er die hervorragende Zusammenarbeit zwischen allen BOS in Bayern, aber auch über die Landesgrenzen Bayerns hinweg auf. Herrmann zufolge haben sich die BOS sowohl in der Ausstattung als auch in der Zusammenarbeit in den vergangenen 20 Jahren verbessert.

Wie der Minister erläuterte, stehen im Rahmen des Investitionsprogramms „Katastrophenschutz Bayern 2030“ im Haushaltsjahr 2020 insgesamt 17,1 Millionen Euro zur Verfügung, 2019 waren es bereits 16,2 Millionen Euro. In den kommenden Jahren sollen die Leistungen des Freistaats Bayern für den Katastrophenschutz noch weiter ausgebaut werden: „Wir finanzieren mit den staatlichen Mitteln wichtige Ausrüstungsgegenstände für die Feuerwehren, den Sanitäts- und Betreuungsdienst und die Wasserrettung, die für Hochwasser oder bei Schneekatastrophen, einem Stromausfall

oder einem Massenansturm von Verletzten benötigt werden.“

Die Errichtung und den Betrieb des Bayerischen Zentrums für besondere Einsatzlagen im oberpfälzischen Windischeschenbach werde der Freistaat im Gesamtvolumen von voraussichtlich über 20 Millionen Euro zu einem Fördersatz von 90 Prozent unterstützen, machte der Minister zudem deutlich. Dort sollen Einsatzkräfte organisationsübergreifend auf das Verhalten bei komplexen Einsatzszenarien vorbereitet werden.

Starkes System

Darüber hinaus hob Herrmann die Bedeutung des reibungslosen Zusammenwirkens der verschiedenen Einsatzorganisationen im Katastrophenfall hervor: „Der heutige Tag trägt dazu ganz entscheidend bei, indem sich Mitglieder der Hilfsorganisationen bei Fachvorträgen fortbilden und in Diskussionsforen kennenlernen können“, betonte der Minister und sprach sich für eine Fortsetzung dieses Formats aus.

Generell ist in Bayern aus seiner Sicht ein starkes System aus Katastrophenschutzbehörden und Einsatzorganisationen geschaffen worden, das hervorragend zusammenarbeitet. „Mein großer Dank gilt allen, die sich dazu entschieden haben, im Katastrophenfall für andere da zu sein“, so Herrmann.

Wie Dr. Frank Walthes darlegte, sieht die VKB ihre Aufgabe darin, Bayern eine Plattform für diesen Austausch zu bieten. „Aus Leidenschaft und Tradition“ führe die Versicherungskammer Bayern diese neue Veranstaltungsreihe durch. Seit 100 Jahren fungiere die VKB als Partner der Feuerwehren; deshalb sei es selbstverständlich, das bayerische Ehrenamt zu unterstützen und darauf zu achten, dass Sicherheit nicht nur mit Blick auf die versicherungstechnische Komponente, sondern vor allem für

die Menschen gewährleistet ist.

Diverse Forschungsprojekte seien in der Lage, Vorhersagen für Naturereignisse zu treffen und Schadenbilder abzuleiten, fuhr Walthes fort. KATWARN beispielsweise, ein ergänzendes Warnsystem, das in Zusammenarbeit von Fraunhofer FOKUS und der Versicherungskammer Bayern entwickelt wurde, warnt per App, SMS oder E-Mail nicht nur vor Großbränden, sondern auch vor anderen Katastrophen wie schweren Unwettern oder Bombenfundeln.

Schadenlast minimieren

Jederzeit könnten Sondereinsatzlagen entstehen, die Schadenregulierer seien hier bestens vorbereitet. Ehrenamtliche Hilfskräfte stellten sicher, dass die Schadenlast für den Versicherer minimiert wird. Dienste für die Schadenregulierung würden auch am Wochenende geleistet. „Aus unserer Sicht ist es eine vorbildliche Aufgabe, nicht nur im Hauptamt, sondern auch im Nebenamt für die Gesellschaft tätig zu sein. Eine bürgerliche Zivilgesellschaft erfordert auch, dass sich die Menschen in besonderen Einsatzlagen sowohl am Arbeitsplatz als auch im Ehrenamt über Gebühr engagieren. Die VKB unterstützt dies“, betonte Walthes. Allen Einsatzkräften sprach er seinen Dank dafür aus, im Katastrophenfall für andere da zu sein.

„Die Sicherstellung der Kommunikationsfähigkeit ist höchstes Ziel bei einer Katastrophe“, stellte Brandamtmann Jochen Gawenda, Staatlichen Feuerwehrschule Geretsried, in seinem Fachvortrag zum Thema „Informations- und Kommunikationsstrukturen (luK) bei Flächenlagen“ fest.

TETRA-Digitalfunk

Der bundesweit eingeführte TETRA-Digitalfunk spricht für sich und verspricht in der Entwicklung weiterer Dienste einen hohen Nutzen für verschiedenste Einsatztaktische Lagen. Die Ressourcen stehen allen BOS zur Verfügung und werden je nach Grundbedarf oder Lage zugewiesen:

Das TETRA-Funknetz hat in Bayern eine Netzverfügbarkeit von über 99,96 %. Rund 1000 TETRA-Basisstationen, ein Fünftel aller bundesdeutschen Stationen, stehen im Freistaat Bayern. Rund 130.000 Endgeräte buchen sich in Bayerischen Netzabschnitten ein,

Tendenz steigend. Die Endgeräte zur Alarmierung sind noch nicht eingerechnet.

Wichtigste Maßnahme, die derzeit umgesetzt wird, ist die flächige unterbrechungsfreie Betriebsfähigkeit bis zu 72 Stunden über das gesamte TETRA-Funknetz der BOS. Wie dieses System genutzt wird, entscheidet sich in der Einsatzvorbereitung aber auch im laufenden Einsatz. Entsprechende taktische Einsatz-Konzepte wurden erarbeitet.

Je besser Einsatzkräfte ausgebildet und im Umgang mit luK-Technik, am Telefon, am Funk und an IT-Systemen beübt und erfahren sind, umso höher ist die Effizienz eines Gesamtsystems. Dies sollte in kommunaler Zuständigkeit, insbesondere jedoch überregional durch eine luK-Fachkraft in der Einsatzvorbereitung und in der Stabsfunktion S6 als Aufgabenpaket betrachtet und begleitet werden.

Dies bedeutet aber auch, dass bei Bedarf in Ausbildung, Übung und Einsatz durch Führungskräfte regelnd eingegriffen werden muss, um ein komplexes menschlich-technisches Kommunikationssystem optimal nutzen zu können.

GeoKAT im Katastrophenfall

Regierungsrat Andreas Vilim vom Bayerischen Ministerium des Innern, für Sport und Integration schilderte im Anschluss, wie das Geografische Katastrophenschutzinformationssystem GeoKAT im Katastrophenschutz genutzt wird. GeoKAT ist das zentrale Werkzeug zur Koordination und Organisation von Einsätzen in Katastrophenfällen. Damit können bayernweit die für den Einsatz erforderlichen Ressourcen und sonstigen notwendigen Informationen in kürzester Zeit vor Ort abgerufen werden.

Eine breite Themenpalette wurde in den darauffolgenden Diskussionsforen erörtert. Dr. Gesine Hofinger, Autorin und Herausgeberin des „Handbuchs Stabsarbeit“ lud ein zum Workshop „Kommunikation und Kooperation in der Stabsarbeit“, während das Virtual Operation Support Team (VOST) über „Informationsgewinnung für Führungsstäbe aus den digitalen Medien“ informierte. VOST ist eine neue digitale Unterstützungseinheit, die aktuell durch das Technische Hilfswerk erprobt wird.

Unter Leitung der Bergwacht wurde das Forum „Virtual Reality und ELA Alpin 3D als digitale Führungsunterstützung“ durchgeführt und im Workshop „Parallelensatz von UG ÖEL und UG FwEL“ insbesondere die interdisziplinäre und interorganisationale Zusammenarbeit erörtert.

Die Aktivierung von Abschnittsführungsstellen bei Flächenlagen und die damit verbundenen Erfahrungen während der Schneekatastrophe waren Gegenstand des letzten Diskussionsforums. Vertreter der Kreisbrandinspektion Berchtesgadener Land erklärten die spezielle Aufteilung des Landkreises in vordefinierte Abschnitte und Abschnittsführungsstellen, die es ermöglichen sollen, Großschadenslagen und Katastrophen besser zu bearbeiten.

Hochkomplexe Einsatzlage

In der abschließenden Diskussionsrunde berichteten Mitglieder verschiedener Führungsstellen von einem beeindruckenden Einsatzgeschehen bei der Detonation bei Bayernoil im Landkreis Pfaffenhofen an der Ilm. Sie schilderten, wie sich die schnelle Zusammenarbeit in dieser hochkomplexen Einsatzlage gestaltete und welche Prozesse und Funktionen koordiniert wurden. Von allen Seiten wurde bestätigt, wie wichtig es sei, in der Krise die Köpfe der jeweiligen Organisationen und Behörden zu kennen. So könne im Fall der Fälle auf vertrauensvoller Ebene intensiv und zur schnellen, unkomplizierten Bewältigung der Extremlage beigetragen werden. **DK**



V. l.: Christian Krams (Versicherungskammer Bayern), Innenminister Joachim Herrmann, Franz Kränzler (Versicherungskammer Stiftung), Dr. Frank Walthes (VKB-Vorstandsvorsitzender), Wolfgang Reif (Versicherungskammer Stiftung). Bild: Bayerisches Innenministerium

Zunehmend höhere Kosten bei Unwettern

Versicherungskammer zieht nach Orkantief Sabine Bilanz und bringt modernste Drohnentechnik zum Einsatz

Das Orkantief Sabine sorgte insbesondere am 9. und 10. Februar in ganz Deutschland für hohe Sachschäden. Besonders Bayern hat es stark getroffen. Drei Wochen nach dem Sturmereignis geht die Versicherungskammer von einem Gesamtschadensaufwand zwischen 70 und 90 Millionen Euro aus. „Das Orkantief Sabine ist damit eines der großen Unwetterereignisse für die Versicherungskammer“, erklärt Christian Krams, Leiter Konzern Schaden für die Unternehmen im Konzern Versicherungskammer und Vorstand bei der BavariaDirekt.

Sabine hat das gesamte Geschäftsgebiet des Konzerns Versicherungskammer betroffen, besonders heftig hat der Orkan in Niederbayern und im Allgäu gewütet. Dies kann man auf der Wetterkarte der Deutschen Rück gut erkennen. Zudem gab es viele gemeldete Schäden in den Landkreisen Ansbach, Augsburg und Kaiserslautern. Bei den Schäden handelt es sich größten Teils um Gebäudeschäden, wie zum Beispiel abgedeckte Dächer oder zerstörte Fassaden.

Extremwetterlagen nehmen in den vergangenen Jahren, bedingt durch den Klimawandel, zu und führen immer stärker zu höheren Kosten. „Bereits im Juni 2019 zog der Pfingst Hagel über Bayern und sorgte für das bisher größte Schadenereignis im Konzern Versicherungskammer seit dem Münchner Hagel von 1984“, so Krams. Und die Sturmtiefs lassen nicht nach: Seit Sabine zogen bereits mehrere Tiefs, wie zum Beispiel Xanthippe, Yulia oder Bianca, über Deutschland.

Gebäudeschäden bei Kirchen und Burgen

Auch kirchliche und kulturelle Einrichtungen wurden von Sabine getroffen. So fegte der Orkan über eine Kirche in Bad Griesbach im Rottal und beschädigte das Dach. Ebenso hat es eine über 800 Jahre alte Buranlage in Passau erwirkt. Vor allem die Turmdächer sind in Mitleidenchaft gezogen worden.

Für mehr Sicherheit in schwierigen Gefahrenlagen

Ein Mehrfamilienhaus ist einsturzgefährdet. In einem Altenheim ist ein Brand mit großer Rauchentwicklung entfacht. Weil eine Fliegerbombe aus dem zweiten Weltkrieg entschärft werden muss, muss ein ganzer Straßenzug evakuiert werden. Für Rettungskräfte ist es in solchen Situationen nicht immer leicht, den Überblick zu behalten.

Um den Rettungskräften die Arbeit zu erleichtern, hat der Landkreis München jetzt 130 Kennzeichnungstaschen für die Landkreisfeuerwehren beschafft. Mit deren Hilfe soll ein einheitliches System zur Kennzeichnung und zur Dokumentation bereits abgesuchter Bereiche eingeführt werden.

Jede Tasche enthält zehn Tür-

Die Drohne, der Helfer aus der Luft

Nach dem Unwetter heißt es nun für die Versicherungskammer, die verursachten Schäden zu besichtigen und möglichst zügig zu regulieren. Der Konzern setzt dabei auch Drohnen für die Begutachtung der Schäden ein. Die Drohnentechnologie ermöglicht mit Hilfe sehr guter Bildaufnahmen eine rasche und umfangreiche Schadenerfassung, insbesondere, wenn Gutachter die Dächer und Gebäude nicht ohne weiteres begehen können.

Schadenregulierung auf Hochtouren

Ein großer Teil der Schäden aus den vergangenen Sturmtiefs wurde online dem Konzern Versicherungskammer gemeldet. Angesichts der Vielzahl an Eingaben bittet Krams die Versicherten um Verständnis, dass es zu Verzögerungen in der Bearbeitung kommen kann. Dennoch ist Krams überzeugt: „Trotz der herausfordernden Situation können wir unser Versprechen als Serviceversicherer und kompetenter Gebäudeversicherer gut einhalten. Die Versicherungskammer ist in den betroffenen Regionen vor Ort und verfügt über ein bewährtes Dienstleistungsnetzwerk und kann ihren Kunden dadurch im Schadenfall schnell zur Seite stehen. Gemeinsam mit unseren Vertriebspartnern sind wir für betroffene Kunden da.“ **□**

Baywatch Donau-Ries:

Rettungsschwimmer für die Sommersaison gesucht

Zusammen mit dem von Landrat Stefan Röble initiierten Bädernetzwerk Donau-Ries sucht der DLRG und die Wasserwacht nach ausgebildeten Rettungsschwimmern. Diese sollen unter anderem in den zahlreichen Freibädern im Donau-Ries eingesetzt werden. Der Landkreis wird hierzu einen unbürokratischen „Rettungsschwimmer-Pool“ schaffen. Die Kommunen können dann, je nach Bedarf, Kontakt zu den eingetragenen Rettungsschwimmern aufnehmen.

Im neu gegründeten Bädernetzwerk schließen sich die Kommunen und Initiativen von Hallen- und Freibädern, sowie von Badeseen und Flussfreibädern zusammen. Die Teilnehmer arbeiten gut zusammen, durch das Netzwerk ergeben sich schon jetzt Vorteile für alle Beteiligten und Kosten können gesenkt werden. Ein wichtiges Ziel des Netzwerkes ist die Optimierung des Personaleinsatzes der Bäder. Daraus ist ein konkretes Projekt entstanden, betont Landrat Stefan Röble: „Mit dem Einsatz von Rettungsschwimmern wollen wir gewährleisten, dass alle Bäder in der Region geöffnet sind und unsere Kinder schwimmen lernen und üben können.“

Immer wieder wird in der öffentlichen Diskussion gefordert, der Landkreis müsse für die Bäder Geld in die Hand nehmen“. Nach der geltenden Rechtsprechung stellen Bäder jedoch keine Landkreisaufgabe dar, womit eine Finanzierung von Baumaßnahmen seitens des Landkreises ausgeschlossen ist. Dieser sucht daher nach anderen Möglichkeiten, um den Kommunen hier unter die Arme greifen zu können. Neben der mittlerweile deutlich aufgestockten Zahlungen des Landkreises für die Bädernutzung durch die weiterführenden Schulen ist die Einrichtung des Rettungsschwimmerpools nun ein weiteres Beispiel für eine konkrete – und vor allem

rechtlich zulässige Unterstützung des Landkreises beim Bädertema.

Zusammen mit der DLRG und der Wasserwacht möchte das Landratsamt ausgebildete Rettungsschwimmer in der Region animieren, bei der Sommersaison Dienst zu leisten. Dabei können sich die ausgebildeten Rettungsschwimmer unter rettungsschwimmer@lra-donau-ries.de mit ihrer eigenen E-Mailadresse eintragen und sind dann im Rettungsschwimmerpool des Landkreises gelistet. Sofern eine Kommune eine Aufsichtsperson für ein Freibad benötigt, sendet diese eine Anfrage an alle eingetragenen Rettungsschwimmer. Diese können sich bei der Kommune melden und ihre Dienste anbieten. Die Konditionen werden dann zwischen der Kommune und dem Rettungsschwimmer geklärt. Dieser Service funktioniert auch in Notfällen am Wochenende, da die Weiterleitung der Anfrage automatisiert erfolgt. **□**



Der Präsident des Bayerischen Handwerkstages Franz-Xaver Peteranderl, der Initiator der Zusammenarbeit und stellvertretende DWA-Landesverbandsvorsitzende Dr.-Ing. Andreas Rimböck, der DWA-Landesverbandsvorsitzende Prof. Dr.-Ing. F. Wolfgang Günthert, die Präsidentin der Bayerischen Architektenkammer Christine Degenhart und der Präsident der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau Prof. Dr.-Ing. Norbert Gebbeken kurz nach der Unterzeichnung der gemeinsamen Absichtserklärung Bild: DWA

Wassersensible Stadtentwicklung:

Hilfestellung für Kommunen und Planer

Unterzeichnung der Verbändekooperation

Die Frage, wie wir unsere Städte im Angesicht des Klimawandels sowohl gegen Starkregen, aber auch zunehmend gegen Hitze und Dürre rüsten und daneben noch ein lebenswertes Umfeld schaffen, wird immer bedeutender.

Im August 2019 wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr eine Arbeitshilfe veröffentlicht. Damit soll die Bauleitplanung substantiell verbessert werden, vor allem im Hinblick auf die „Wasserrisiken“. Diese bestehen in Form von lokalen Starkregenereignissen nahezu überall, auch fern von Bächen und Flüssen.

Konkrete Hilfestellung

Mit dem Hochwasserschutzgesetz II und seinem bauleitplanerischen Abwägungsgebot für Belange des Hochwasserschutzes auch außerhalb von Überschwemmungsgebieten entstand in der Praxis teilweise Verunsicherung. Wie soll diese Abwägung aussehen? Was muss man als Kommune oder Planer tun, um dem gesetzlichen Auftrag Genüge zu tun? Die Arbeitshilfe soll genau hier konkrete Hilfestellung für den Planungs- und den Abwägungsprozess geben.

Grundsätzlich gilt, je früher die Problemstellungen in der Planung erkannt werden, desto

größer und kostengünstiger ist das Spektrum an Lösungsmöglichkeiten.

Die Arbeitshilfe besteht aus folgenden vier Teilen:

- Risikomanagement in der Bauleitplanung: Einführung in die Ziele und Akteure zur Risikoreduktion
- Hilfestellung für den Planungs- und Abwägungsprozess: Wegleitung durch unterschiedliche Aspekte und Gefahren (in Form eines Fragebogens), als Basis für eine umfassende abschließende Wertung
- Vorschläge für Festsetzungen und Hinweise im Bebauungsplan: Erläuterung des Grundprinzips „Vermeiden, Ausweichen, Widerstehen, Nachgeben“, sowie Bereitstellung konkreter Textbausteine für Bebauungspläne
- Anhang: Darstellung des Rechtsrahmens und Literaturhinweise

Neue Wege der Kommunikation

Bewusst hat man sich bei der Arbeitshilfe vom klassischen Vorschriftentwurf entfernt und will den Kommunen und Planern helfen, alle relevanten Aspekte zu berücksichtigen, die richtigen Fra-

gen zu stellen, zutreffende Antworten zu finden und so eine umfassende Abwägung durchführen zu können.

Um in der Bauleitplanung die unterschiedlichsten Anforderungen „unter einen Hut“ bringen zu können, müssen die Anforderungen rechtzeitig konkret für den betreffenden Planungsraum identifiziert werden.

Die Randbedingungen unterscheiden sich von Fall zu Fall und die lokalen Erfahrungen und Kenntnisse müssen einfließen. Hier gibt es in der Regel kein eindeutiges „schwarz“ oder „weiß“. Ziel der Arbeitshilfe ist somit die Unterstützung sowohl der Kommune, aber auch der von den Kommunen beauftragten Planungsdienstleister.

Vermeidung von Risiken

Insgesamt steht in der Arbeitshilfe der vernünftige und umfassende Umgang mit den Risiken im Mittelpunkt. Bei allen Überlegungen sollte an erster Stelle die Vermeidung der Risiken z.B. durch die Freihaltung der gefährdeten Bereiche von sensiblen Nutzungen stehen. Oft sind solche Flächen jedoch für weniger sensible Nutzungen durchaus geeignet, z.B. Grün- und Freizeitflächen, Straßen oder Plätze.

Die Arbeitshilfe wurde gemeinsam mit Praktikern erstellt. Weitere Anregungen und Verbesserungsvorschläge werden ausdrücklich begrüßt und berücksichtigen wir gerne in einer überarbeiteten Version.

Ausblick: Nur wenn wir von Anfang an MIT dem Wasser (und zwar als Lebensgrundlage, aber auch als -bedrohung) und nicht dagegen planen, können wir gemeinsam zukunftsfähige, nachhaltige und lebenswerte Lösungen finden. Dazu wäre eine feste „Installation“ eines Planungsauftragsgesprächs mit allen Beteiligten in der sog. „Planungsphase 0“ sicherlich hilfreich.

Neben den Risiken aus „zu viel Wasser“ müssen natürlich auch die Risiken aus Dürre und Hitze betrachtet werden, wobei mit den konzeptionellen Ansätzen des „Schwammstadt-Prinzips“ häufig beide Risikogruppen wirkungsvoll verringert werden können.

Links:
www.hochwasserinfo.bayern.de/aktiv_werden/kommunen/vor_dem_hochwasser/index.htm
www.stmu.v.bayern.de/themen/wasserwirtschaft/hochwasser/kommunen.htm
Dr. Ing. Andreas Rimböck,
 Stellvertretender Vorsitzender
 DWA-Landesverband Bayern

Güteschutz Kanalbau und GLT schließen gegenseitige Mitgliedschaft ab

Gemeinsam für mehr Qualität

Mit dem Ziel, die Qualität im Kanal- und Leitungsbau auch miteinander abgestimmt zu fördern, haben Gütegemeinschaft Kanalbau und Gütegemeinschaft Leitungstiefbau e.V. (GLT) eine gegenseitige Mitgliedschaft abgeschlossen. Im Rahmen des 34. Oldenburger Rohrleitungsforums unterzeichneten der Vorstandsvorsitzende der Gütegemeinschaft Kanalbau, Dipl.-Ing. MBA Ulf Michel, und der Präsident der GLT, Willi Thomsen, die Mitgliedsanträge.

Die Gütesicherung im Kanal- und Leitungsbau wird auch durch die Qualität der Arbeiten im Tiefbau und Oberflächenschluss nach der Verlegung beeinflusst. Wenn hierbei normative Vorgaben nicht eingehalten werden, werden in der Straße und im Graben häufiger Leitungen angetroffen, deren Vorhandensein die Ausführungsqualität bei späteren Arbeiten gefährden kann.

Qualitätssicherung

Bei der gemeinsamen Arbeit am Thema Qualität im Kanal- und Leitungsbau ergeben sich im Engagement der beiden RAL-Gütegemeinschaften gemeinsame Ansatzpunkte und Schnittmengen. Gemeinsam kann der Forderung nach Qualität im Kanal- und Leitungstiefbau und damit auch im Tiefbau und Oberflächenschluss insbesondere bei Straßenbau-Lastträgern, Auftragsgebern, Behörden und Institutionen noch mehr Nachdruck verliehen

werden. Darüber hinaus kann sich die Ausführungsqualität beider Gewerke gegenseitig beeinflussen.

Vor diesem Hintergrund ist in Zukunft ein engerer Austausch der beiden RAL-Gütegemeinschaften vorgesehen, um in Bezug auf solche Themen eine gemeinsame Vorgehensweise abzustimmen. Grund genug für die Beteiligten, den zusätzlichen Ansatz für mehr Qualität durch eine gegenseitige Mitgliedschaft zu untermauern. □



V. l.: Gegenseitige Mitgliedschaft für ein gemeinsames Anliegen: Gütegemeinschaft Kanalbau-Geschäftsführer Dr.-Ing. Marco Künster, Gütegemeinschaft Kanalbau-Vorstandsvorsitzender Dipl.-Ing. MBA Ulf Michel, GLT-Präsident Dipl.-Ing. Willi Thomsen und GLT-Geschäftsführerin Dipl.-Ing. Susanne Hake. □

Nitratbelastung:

Bayerische Wasserversorger nehmen Bund und Freistaat in die Pflicht

Pellkofer: „Auch der Staat soll seiner Verantwortung für Grundwasserschutz gerecht werden“

In der Diskussion um erhöhte Nitratwerte im Grundwasser und die Weiterentwicklung der deutschen Düngeverordnung nimmt das Wasser-Info-Team (WIT) Bayern die Staats- und Bundesregierung in die Pflicht. „Es geht nicht allein um die Landwirtschaft. Der Staat ist für den flächendeckenden Grundwasserschutz zuständig. Darum soll er auch seiner Verantwortung gerecht werden“, sagt Josef Pellkofer, scheidender Bürgermeister der Stadt Dingolfing und aktuell Vorsitzender des WIT, das die Interessen der bayerischen Wasserversorger vertritt.

Konkret schlägt er zum Beispiel die Einführung staatlicher Zuschüsse für Landwirte beim Kauf von sensorgestützten Düngesystemen vor. „Die moderne Technik macht es möglich, dass während der Düngung auf dem Feld der Nährstoffgehalt im Boden gemessen wird. Je nach Ergebnis wird dann automatisch nur noch die Menge an Dünger ausgebracht, die notwendig ist, um die Pflanzen optimal zu versorgen“, erklärt Pellkofer.

„Nur muss diese Technologie, die derzeit noch relativ teuer ist, auch flächendeckend zum Einsatz kommen. Damit sich mehr bäuerliche Betriebe möglichst schnell an diese Investition herantrauen, sollte der Staat im Sinn des Grundwasserschutzes finanzielle Hilfe leisten.“ Ein solcher Zuschuss wäre laut Pellkofer eine

von mehreren sinnvollen Maßnahmen, die Staats- und Bundesregierung nun vorantreiben



Josef Pellkofer. □

sollten. „Wichtig ist, dass schnell für ganz Deutschland gehandelt wird. Dafür braucht es praxisna-

he und pragmatische Maßnahmen, die Landwirte wirtschaftlich arbeiten und überleben lassen und gleichzeitig das Grundwasser schützen.“ Die derzeitige Debatte über die Anzahl der Grundwasser-Messstellen helfe da nur bedingt weiter. Das WIT sei zwar bereit, den Ausbau des Messstellennetzes zu unterstützen, indem bestehende Messstellen der Wasserversorger in die amtliche Analyse der Nitratbelastung einbezogen werden können, um noch mehr Transparenz zu schaffen. Aber das Messstellen-Thema lenke vom eigentlichen Problem ab, dass nur so viel gedüngt werden dürfe, wie die Pflanzen und Böden tatsächlich aufnehmen können. „Darum wollen wir Politik und Landwirtschaft gleichermaßen beim Wort nehmen, dass die Düngung in den Griff bekommen werden muss“, betont Pellkofer. „Die bayerischen Wasserversorger stehen für einen konstruktiven Dialog zur Verfügung, um gemeinsam die besten Werkzeuge für wirksamen Grundwasserschutz zu entwickeln. Damit auch die nächsten Generationen unser wichtigstes Lebensmittel nutzen können“, sagt Pellkofer. □

Sondertreffen der Agrarminister zur Düngeverordnung

Kaniber: Viele Fragen sind offen geblieben!

München/Berlin – Bayerns Landwirtschaftsministerin Michela Kaniber nutzte das Sondertreffen der Agrar- und Umweltminister der Länder in Berlin, um bei ihren Länderkollegen nochmals für Anpassungen in der Düngeverordnung zu werben: „Wir setzen die Vorgaben der Nitratrichtlinie nicht nur mit der Düngeverordnung um, sondern dokumentieren auch mit der Milliardenhilfe des Bundes und der Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes, wie ernst wir den Gewässerschutz nehmen.“

Wie Kaniber weiter ausführte, „muss dieses Gesamtpaket die Kommission doch positiv würdigen! Deshalb muss es auch möglich sein, die Düngeverordnung im Bundesrat noch dort zu verändern, wo es wissenschaftlich begründet und fachlich gerechtfertigt ist. Nur so können wir letztlich ein gut ausbalanciertes Gesamtpaket schnüren, das Bayern mittragen kann“, sagte die Ministerin nach der Sitzung. „Heute sind viele Fragen offen geblieben. Nicht nur Bayern, sondern auch viele andere Länder drängen auf deren Klärung vor der Bundesratsitzung am 3. April, insbesondere für die Ausweisung der roten Gebiete. Die Aussage des

Bundes, dass für den Bundesrat kein Handlungsspielraum besteht, kann ich so nicht nachvollziehen und schon gar nicht akzeptieren“, sagte Kaniber.

Zwischenfrüchte als Beitrag zum Umweltschutz

Um die Belange des Gewässerschutzes und der bäuerlichen Landwirtschaft in Einklang zu bringen, forderte Kaniber die bedarfsgerechte Düngung aller Zwischenfrüchte zu ermöglichen. Nur wenn die Zwischenfrüchte gut entwickelt sind können sie vor Erosion schützen. Das ist ein wichtiger Beitrag zum Umweltschutz. Die Frist zur Aufzeichnung

der erfolgten Düngung innerhalb von zwei Tagen sei weder praxisgerecht noch notwendig, so Kaniber. „Hier bin ich mit meinem Kollegen in Baden-Württemberg einig, den Landwirten in der oft angespannten Arbeitssituation während der Vegetationszeit eine Frist von vier Wochen zu ermöglichen.“

Rechtssicherheit für die Landwirte

Außerdem forderte die bayerische Landwirtschaftsministerin: „Wir brauchen bis zur Ausweisung der neuen roten Gebiete Rechtssicherheit für die Landwirte.“ Daher sollten die vorgesehene neuen Pflichtvorgaben für die Landwirte erst gelten, wenn die Überprüfung der Ausweisung der roten Gebiete durch die Länder abgeschlossen ist. Anschließend müssten die Landwirte ausreichend Zeit erhalten, mit notwendigen baulichen Maßnahmen auf die neue Situation zu reagieren. □



Qualität fordern, Werte schaffen

www.kanalbau.com

Smarte Ideen für mehr Wohnraum

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum treibt viele Kommunen um. Der Ideenwettbewerb der oberbayerischen Gemeinde Hebertshausen gilt dabei als Vorbild für andere Kommunen. Die Gemeinde erhält als Impulsgeber zudem auch finanzielle Unterstützung. Auch in diesem Jahr soll die Wohnraumförderung im Freistaat unter der neuen Bauministerin Kerstin Schreyer auf hohem Niveau fortgeführt werden.

Der Siedlungsdruck in und um die bayerischen Ballungsräume wächst. Auch in der oberbayerischen Gemeinde Hebertshausen im Landkreis Dachau führt die Lage im Einzugsbereich der Landeshauptstadt München dazu, dass dort immer mehr Menschen nach Wohnraum suchen. Diese Herausforderung will Hebertshausen gezielt angehen und auf innerörtlichen Brachflächen ein nachhaltiges Wohngebiet mit einem breiten Angebot an Wohnformen verwirklichen. Hierfür schreibt die Gemeinde einen Ideenwettbewerb aus, wofür sie nun Unterstützung des Freistaats Bayern erhält.

Ziel des Ideenwettbewerbs ist es, ein umwelt- und klimabewusstes Wohngebiet in unmittelbarer Nähe zum Ortskern zu entwickeln. Statt ein Neubaugebiet auf der grünen Wiese auszuweisen, setzt die Gemeinde also auf Innenentwicklung und aktiviert vorhandene Brachflächen in unmittelbarer Nähe zum Ortskern um so ihre gesamte Ortsentwicklung zu stärken. Dieses Engagement unterstützt das Bauministerium mit einer Förderung in Höhe von 120.000 Euro.

Naturräume aufwerten

Bereits im Jahr 2018 hat Hebertshausen ein „Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept“ (ISEK) mit dem Schwerpunkt Innenentwicklung erstellen lassen. Darauf aufbauend möchte die Gemeinde nun die bestehenden Flächenpotenziale aktivieren. Ein städtebaulicher und landschaftsplanerischer Wettbewerb soll unter anderem aufzeigen, inwieweit das Areal der ehemaligen Kartonnagenfabrik neu geordnet und wie auch das Gelände der alten Holzschleiferei zukünftig genutzt werden kann. Außerdem sollen die Naturräume des Mühlbaches und der Amper aufgewertet und zum Teil freigelegt werden.

Der Freistaat übernimmt die Hälfte der Kosten für den Ideen-

Bayerischer Bauindustrieverband.

Deutschland braucht endlich schnelle Genehmigungsverfahren!

„Deutschland muss endlich davon wegkommen, bei großen Bauprojekten jahrzehntelang nicht vorwärts zu kommen oder sie aus nichtigen Gründen zu verzögern. International blamieren wir uns da mittlerweile ständig. Wirtschaftsminister Altmaier will das jetzt für seinen Bereich angehen. Dabei hat er meine volle Unterstützung“, kommentiert Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, das Vorhaben des Bundeswirtschaftsministers, als Reaktion auf die Querelen um die Tesla-Fabrik in Brandenburg noch vor der Sommerpause des Bundestages einen Gesetzesentwurf zur Beschleunigung der langwierigen Planungs- und Genehmigungsverfahren vorlegen zu wollen.

Negativbeispiele gibt es ja fast täglich, so Schmid: Die fristgerechte Fertigstellung des Ceneri-Basistunnels in der Schweiz kommentiert die NZZ heute mit dem Vorwurf „Deutschland ist der Bremschuh im Alpenrasi“. Gelobt werden Italien und Frankreich. Die Schweiz könne sich nicht einmal mehr auf einen Staatsvertrag mit Deutschland verlassen. Ähnlich schlimm sieht es beim Brennerbasistunnel aus, so Schmid weiter. „Italien und Österreich bauen ihn, wir in Deutschland haben uns noch nicht einmal darüber geeinigt, ob und wie wir unsere Bahntrassen ausbauen wollen. Die nächste Blamage ist uns sicher.“

Was zu tun ist, wissen wir ja, so Schmid: „Die früheren Bundesminister Ramsauer und Dörmann haben mit dem Innovations-

wettbewerb. Gefördert wird das Projekt mit Planungszuschüssen des Landes für modellhafte städtebauliche Planungen und Forschungen, die von allgemeinem Interesse sind. Sie werden unter anderem für energieeffiziente, flächensparende und klimagerechte Siedlungskonzepte gewährt. Die geförderten Projekte werden dokumentiert und Regierungen, Gemeinden und Planern zur Verfügung gestellt, um bei ähnlichen ortsplannerischen Problemstellungen als Beispiel und Impulsgeber dienen zu können.

„Lückenfüller“ willkommen heißen

Auch beim Landeswettbewerb für Wohnungsbau Ende Januar in München stand das Flächensparen beim Bauen im Fokus. Prämiiert wurden Neubauten, die sich erfolgreich in den Bestand einfügen, Umnutzungen oder Erweiterungen und Aufstockungen. Die Präsidentin der Bayerischen Architektenkammer Christine Degenhart sagte: „Beim Wohnungsbau gilt es, bewusst in Qualität zu investieren, Vorhandenes zu nutzen und Flächen behutsam zu verdichten.“

Hans Maier, Verbandsdirektor des VdW Bayern (Verband bayerischer Wohnungsunternehmen e.V.) ergänzte: „Angesichts der hohen Grundstückspreise sind Nachverdichtungsmaßnahmen für viele Wohnungsunternehmen der einzige Weg, städtebaulich aktiv zu werden. Doch die „Lückenfüller“ sind in der Nachbarschaft oft nicht willkommen. Die Wohnungswirtschaft spricht inzwischen vom ergänzenden Bauen, um das Unwort Nachverdichtung zu vermeiden. Deshalb danken wir der Bayerischen Staatsregierung für den Themenschwerpunkt des Landeswettbewerbs 2019. Der Wohnungsbau im Bestand ist ein zentraler und wertvoller Baustein für das Leben in unseren Städten.“

Die Bauprojekte sind in den Jahren 2014 bis 2019 errichtet wor-

forum Planungsbeschleunigung wertvolle Vorarbeit geleistet. Für die Verkehrsinfrastruktur hat Bundesverkehrsminister Scheuer bereits 2018 ein entsprechendes Gesetz umgesetzt. Das nächste steht an. Mitte Februar hat der Bundesrat einem Gesetzesentwurf zugestimmt, der insbesondere den Kommunen helfen soll, ihre Verkehrswege und vor allem den Nahverkehr schneller umweltfreundlich auszubauen.“

„Allerdings ist es mit den Gesetzen allein auch nicht getan. Wir brauchen wieder mehr Bewusstsein für das Gemeinwohl. Gewünschte politische Vorhaben wie die Energiewende oder die Verkehrswende sind im Kern Bauaufgaben. Wer das eine will, muss eben auch das Bauen dafür unterstützen und nicht behindern“, so Schmid abschließend. □

den. Eine siebenköpfige Jury unter Leitung des Münchner Architekten Amandus Samsøe Sattler hat aus den insgesamt 56 eingereichten Projekten zwölf prämiert. Die Wahl der Jury einigte sich bei der Auszeichnung Ende Januar auf die Projekte Mehrfamilienhaus Zieblandstr. 28 in München (Heim Kuntscher Architekten und Stadtplaner BDA, München), Pilotprojekt „Azubiwohnen“ am Innsbrucker Ring in München (03 Architekten, München mit verde Landschaftsarchitektur, Freising), Barrierefreies Wohnen und Bauhütte am Marktplatz von Perlesreut (Andreas Schmöller und Arbeitsgruppe Planung und Bau, Grafenau), Projekt „alle unter einem Dach“ (Arc Architekten, Bad Birnbach mit Valentien+Valentien Landschaftsarchitekten, München), Neubau Quartier Johannis in Nürnberg (Blauwerk Architekten, München), Seniorengerechtes Wohnen in einer ehemaligen Scheune in Kemnath, (Karlheinz Beer Büro für Architektur und Stadtplanung, Weiden) und Wohnsiedlung München-Sendling, Energieische Sanierung und Erweiterung (Maier.Neuberger.Architekten mit realgrün Landschaftsarchitekten, München).

Fünf weitere Anerkennungen gingen an die Projekte Studie-

Verleihung des Deutschen Bauherrenpreises 2020:

Von Modernisierung bis zur Quartiersentwicklung

Bei einer festlichen Preisverleihung im Rahmen der Berliner Baufachmesse bautec wurden die Preise des Wettbewerbs zum Deutschen Bauherrenpreis vergeben. Unter 33 Nominierten zeichnete die Jury elf Beiträge, darunter zwei aus Bayern, mit einem Preis aus.

Gewürdigt wurden herausragende Wohnungsbauprojekte, die sowohl von hoher Qualität sind als auch zu tragbaren Kosten realisiert wurden. Wie konstruktiv diese Aufgabe umgesetzt wurde, zeigt die hohe Zahl der Bewerbungen: Mit 230 Projekten wurden so viele hochwertige, innovativ und thematisch vielfältige Wohnbauten wie noch nie eingereicht.

„Wohnungsbau ist und bleibt die mit Abstand wichtigste Bauaufgabe in Deutschland. Dies gilt umso mehr, als derzeit nicht im gewünschten Maße auf die wachsende Wohnungsnachfrage reagiert werden kann. Mit diesem Wettbewerb machen wir deutlich, dass das Augenmerk nicht nur auf die bloße Anzahl, sondern auch auf die Qualität gerichtet werden muss. Mit den vielen herausragenden und ausgezeichneten Projekten zeigen wir, dass dieser Spagat möglich ist“, erklärten die Auslober Axel Gedaschko, Präsident des GdW, Susanne Wartzeck, Präsidentin des Bund Deutscher Architekten und Markus Lewe, Vizepräsident des Deutschen Städtetages.

Der Preis in der Kategorie „Neue Wohngebiete“ ging an die wbg Nürnberg GmbH für das Projekt „Neues Wohnen Sünderbühl“. Das Projekt, das mit der Planungsgemeinschaft NWS GdBR und ganzWerk, Nürnberg, realisiert wurde, trägt auf überzeugende Art und Weise dem sozialen Anspruch an ein generationenübergreifendes, altersgemischtes neues Wohngebiet mit bezahlbarem Wohnraum Rechnung. Entstanden ist ein neues Quartier mit 94 zum Teil geförderten Mietwohnungen.

Vier fünfgeschossige Baukörper bilden eine aufgelöste Blockrandbebauung. Sie vermitteln zwischen der angrenzenden Zeilenbebauung der Nachkriegsjahre und den Blockstrukturen aus der Gründungszeit. Die Gebäude gruppieren sich um einen zentralen, weitgehend lärmgeschützten Gemeinschaftshof. Markant ist die achtge-

rendenwohnheime Internationales Haus und Adelheidstraße 15 in München (Geier Maass Architekten mit Stefan Bernard Landschaftsarchitekten und Phillip Sattler, Berlin), Neubau von zwei Wohnhäusern in Forstried auf Garagenhöfen (Breining Buchmaier Architekten mit CL Map und Heide-Marie Eitner Landschaftsarchitektur, München), Nachverdichtung an der Bray- und Versailles Strasse in München (Palais Mai Gesellschaft von Architekten und Stadtplanern, München mit Grabner Huber Lipp Landschaftsarchitekten und Stadtplaner, Freising), Die Neue Gerberau (Goetz Castorph Architekten und Stadtplaner mit realgrün Landschaftsarchitekten, München) und Revitalisierung in Kraiburg (Josef Anglhuber, Kraiburg).

Die neue Bauministerin Kerstin Schreyer folgte Anfang Februar auf Dr. Hans Reichhart. Das Ministerium plant die Wohnraumförderung für bezahlbaren Wohnraum auch in diesem Jahr auf hohem Niveau fortzuführen. Im Jahr 2019 hat der Freistaat Bayern im Rahmen des Bayerischen Wohnungsbauprogramms, des Kommunalen Wohnungsbauprogramms, des Bayerischen Zinsverbilligungsprogramms und des Bayerischen Modernisierungsprogramms insgesamt 10.708 Wohnungen gefördert. Damit konnte das Rekordniveau des Vorjahres um 4,4 Prozent übertroffen werden (2018: 10.252 Wohnungen). red

Ein Musterbeispiel für ökologisches Bauen:

Neue Holzkapelle in Iphofen

Wald und Holz helfen bei der Bewältigung des Klimawandels. Ein wichtiger Aspekt ist dabei die Nutzung heimischen Materials. Mit gutem Beispiel geht hier die unterfränkische Stadt Iphofen voran. Davon konnten sich die Mitglieder des Forstausschusses des Bayerischen Städtetags sowie mehrere Bürgermeister der interkommunalen Allianz „7/22 südost“ an Ort und Stelle überzeugen.

Bürgermeister Josef Mend nutzte die Gelegenheit, die Gäste in die neue Holzkapelle des Iphöfer Altenbetreuungsentrums zu führen. Das verwendete Holz ist in Iphofen gewachsen und wurde ausschließlich von Firmen im



V.l.: Stadtförster Rainer Fell, Bürgermeister Josef Mend, Architekt Matthias Prell und Zimmerer Bernd Hartmann. Bild: Daniela Röllinger

Landkreis geschnitten, gesägt, getrocknet und verbaut.

Die Kapelle verfügt über viel Freiraum, damit die Bewohner, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind, an den Gottesdiensten und Begegnungen teilnehmen können. Beim Treffen des Forstausschusses nahm allerdings ein großes hölzernes Konstrukt, der Klima-Holzwürfel, breiten Raum ein. Mit seiner Kantenlänge von einem Meter ist der auf der Spitze stehende Würfel ein auffälliges Symbol für die existenzielle Herausforderung durch den Klimawandel.

„Mehr Holz = mehr Sauerstoff + weniger CO2“ rechnet der Holz-Klimawürfel vor: In einem Kubikmeter Holz wird eine Tonne CO2 gebunden, gleichzeitig setzt dieser eine Kubikmeter Holz 300 Kubikmeter Sauerstoff frei. Erst unlängst schlugen Forscher der Yale University in einem Fachartikel vor, neue Häuser vor allem aus Holzverbundstoffen zu bauen und auf diese Weise in einen riesigen CO2-Speicher zu verwandeln.

Mit dem Würfel werben die Initiatoren – die Vertreter der Bayerischen Forstwirtschaft und das Zentrum „Wald-Forst-Holz“ in Weihenstephan – dafür, den Wald auf den Klimawandel vorzubereiten und ihn durch gezielte forstliche Maßnahmen planvoll auszubauen. Darüber hinaus weisen sie auf die Bedeutung von Holz im Bau: Wer Holz aus nachhaltiger, bestenfalls aber aus hei-

materialsprache und baukörperliche Ausformung ein regionaltypisches Erscheinungsbild. Bemerkenswert ist der differenzierte Einsatz des Baustoffes Holz, um kostengünstig und zugleich materialgerecht zu konstruieren.

Die Beheizung trägt über ein Blockheizkraftwerk plus Gasbrennwertkessel zur positiven Energiebilanz bei. Diese Anlage versorgt über ein Nahwärmenetz auch das örtliche Pflegeheim und mehrere Gewerbetribunen. Der Ansatz einer quartiersübergreifenden Energieversorgung wird als vorbildlich erachtet.

mischer Forstwirtschaft für seinen Neu- oder Altbau, für sein Unternehmen oder als Gemeinde für seine öffentlichen Einrichtungen nutzt, setze auf „ein Naturprodukt mit eingebauter Zukunft“.

Seit Jahren nutzt die Stadt Iphofen als Eigentümerin von rund 2.200 Hektar Wald Holz für ihre Bauprojekte. So findet sich in der Karl-Knauf-Halle Roteiche aus dem Stadtwald, zudem wurden der neue Kindergarten vollständig in Holzbauteile und zwei Schulerweiterungen in Holzständerbauweise errichtet. Holz zu verwenden, so Rathauschef Mend, sei in Iphofen überall dort, wo es machbar sei, Standard. Nur an ein mehrstöckiges Gebäude habe man sich bislang nicht herangewagt.

Wie modernes Bauen mit Holz funktionieren kann, zeigt sich in der Kapelle des Altenbetreuungsentrums. Sowohl außen als auch innen kam Eichenholz zum Einsatz. Dies ist kaum verwunderlich, sind in Iphofen doch überwiegend gemischte Laubwälder zu finden, wobei die Eiche mit einem Flächenanteil von über 60 Prozent dominiert.

Acht Prozent der Fläche ist mit Nadelbäumen bestockt, wobei Stadtförster Rainer Fell diesen Anteil relativierte. „Wir hatten mal acht Prozent Nadelholz, aber die verabschieden sich mit großen Schritten.“ Schädlinge und die Trockenheit setzten den Nadelbäumen stark zu.

Holzbau auf dem Vormarsch

Wie Fell berichtete, habe die Stadt beim Bau der Kapelle Architekt Matthias Prell vorgegeben, mit Holz, vor allem aber mit Eiche, zu arbeiten. So sei die Idee entstanden, die Außenverschalung mit Holz zu gestalten. Die Arbeit mit Holz sei auch für ihn noch längst kein Alltag, erklärte Prell, aber Holzbau sei auf dem Vormarsch, „und das ist gut so“. Die Arbeit mit einem Bauherrn, der solche Vorgaben mache, sei speziell gewesen und habe ihm Freude bereitet. Das Projekt sei gemeinsam entwickelt und geplant und anschließend ausgeschrieben worden.

Auch bei den Besuchern fand die Gestaltung der Kapelle großen Anklang. Die schmale Seite der Holzbretter an der Fassade zeigt nach außen, wenige Zentimeter voneinander entfernt sind sie angeordnet, bis hoch hinauf unter das Dach, die Fassade ist dabei leicht geschwungen. Obwohl kaum zu sehen, sind die Fenster unter der lichten Holzverkleidung wichtiger Teil der Gestaltung. Am Abend verleiht die Beleuchtung dem Gebäude besonderes Flair. DK

Die Jury würdigte insbesondere die sozialen und nachhaltigen Aspekte der Seniorenwohnanlage in Schechen, die zudem in einem angemessenen Kostenrahmen verwirklicht wurde. Auch die Initiative der Gemeinde, ein eigenes Angebot für Senioren und Menschen mit Behinderung anzubieten und dieses mit einem Gemeindezentrum für die ganze Gemeinde zu kombinieren, ist wegweisend. Sie ist eine zeitgemäße Antwort auf den demografischen Wandel und die Notwendigkeit, ländliche Gemeinden zukunftsfähig zu gestalten. DK

Bauen mit Holz – nachhaltig und ein Beitrag zum Klimaschutz

Dass Bauen mit Holz eine stärkere Lobbyarbeit benötigt war Grundtenor des Tagessymposiums „Mit Holz bauen – Zukunft aktiv gestalten“, das die Bayerische Ingenieurekammer-Bau gemeinsam mit C.A.R.M.E.N. e.V. durchführte. Knapp 100 Besucher waren in die Zentrale der Bayerischen Staatsforsten nach Regensburg gekommen.

In seiner Begrüßung rief der Vizepräsident der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau, Dr.-Ing. Werner Weigl, dazu auf, möglichst alle Aspekte anzusprechen, die beim nachhaltigen Bauen mit Holz zu bedenken sind.

Auf die Frage „Warum der Wald jetzt Holznutzung braucht“, versuchte Reinhardt Neft, Vorstand der Bayerischen Staatsforsten, eine Antwort zu geben. „Wir brauchen einen gesunden, leistungsfähigen Wald. Holznutzung und Waldbewirtschaftung sind aktiver Klimaschutz“, betonte er. In Bayern werden von 18 Millionen Kubikmeter Waldzuwachs zehn bis zwölf Millionen genutzt. Für die Klimaentwicklung von Bedeutung ist die Bindung von CO₂ durch das Holz.

Waldumbau und Waldverjüngung

Trockenheit, Hitze und geringe Niederschläge setzen dem Wald sehr zu. Waldumbau und Waldverjüngung sollen mittelfristig zu klimatoleranten Mischwäldern führen. Dass sich die Staatsforsten für den Holzbau einsetzen sei allerdings auch „eine emotionale Entscheidung“.

Den Faktor Nachhaltigkeit stellte Diplom-Forstwirt Alexander

Schulze von C.A.R.M.E.N. e.V. in den Mittelpunkt seines Vortrags. Nachhaltigkeit umfasst Ökologie, Ökonomie und Soziales. Bauen ist für Schulze grundsätzlich eine Frage der Nachhaltigkeit. Hier sei das Holz ein Material, das wie fast kein anderes für Nachhaltigkeit steht. Anhand mehrerer Beispiele in Kommunen (Schulen, Kindergärten, Gemeindezentren, Bauhof, Haus der Vereine, Sporthallen usw.), Kirchen und Konversionsprojekten in alten Industrieanlagen zeigte Schulze die vielfältigen Möglichkeiten des Holzbaus auf.

Nachhaltigkeit, ökologische Verantwortung, überschaubare Kosten

Ein konkretes Projekt, die neue Sporthalle in Rötz, stellte Bürgermeister Ludwig Reger vor. Nachhaltigkeit, ökologische Verantwortung und überschaubare Kosten waren für ihn die wichtigsten Aspekte. In einer Bauzeit von nur zehn Monaten konnte gemeinsam mit Gruber Objektbau die vor allem mit Holz gebaute Halle realisiert werden. Rund 2,5 Mio. Euro betragen die Baukosten (500.000 Euro für die Außenanlagen).

Aus der Kommunalpolitik be-

richtete auch der Regensburger Bürgermeister Jürgen Huber. Er wies auf die schon lange bekannte Problematik im Kontext CO₂, Klima und Erwärmung hin und stellte fest, dass 40 Prozent des CO₂ bzw. des Mülls im Bau anfallen. Daher gelte es, die CO₂-Senke im Holz zu nutzen. Vor dem Hintergrund der Ressourcenverknappung, der Klima- bzw. Erderwärmung und der zunehmenden Urbanisierung müssten, so Huber, die Rahmenbedingungen für den Holzbau verbessert werden – die Lobbyarbeit, aber auch der Vorfertigungsgrad.

Über das Vergaberecht sprach Dipl.-Ing. (FH) Reinhold Grünbeck von der Stadt Regensburg. Er machte deutlich, dass ein klares Bekenntnis des Bauherrn zum Bauen mit Holz den Vergabeprozess erleichtert. Grünbeck empfahl baubegleitende Planung und „Teamarbeit von Architekten, In-

genieuren und Holzbauplanern von Anfang an“.

Stark in die Praxis ging Dr.-Ing. Norbert Burger (BBI Ingenieure GmbH) mit seinem Vortrag zur Nachverdichtung. Er zeigte Beispiele aus den Bereichen Aufstockung, Anbau, Umnutzung, Revitalisierung und Lückenschluss und nannte Aspekte, die hier rechtlich und technisch mit hineinspielen.

Neue Richtlinien

Derzeit beraten werden neue Richtlinien zum Holzbau. Darüber informierte Dipl.-Ing. (FH) Thomas Herbert von der Oehmke + Herbert Planungsgesellschaft im Bauwesen mbH. Er zeigte angelegte Überlegungen der neuen Musterholzbau-Richtlinie auf, nach der künftig auch eine Massivholzbauweise sowie Holzwerkstoffe bei Gebäuden der Gebäudeklasse 4 und 5 zulässig sein sollten. Doch seien andere Aspekte (z.B. Flächen für Feuerwehr) vor allem im städtischen Bereich eher nachteilig für Holzbaulösungen.

Markus Bauer



Der Trend beim Wohnungsbau im Landkreis Regensburg zeigt wieder nach oben, Landrätin Tanja Schweiger (Mitte) stellte gemeinsam mit Oberbürgermeisterin Sanja Glaser und dem Geschäftsführer der Wohnbaugenossenschaft für den Landkreis Regensburg, Reinhold Niklas, die Bilanz für 2019/2020 vor.

Bild: LRA Regensburg, Beate Geier

Wohnungsbau im Landkreis Regensburg:

Trendwende geschafft

Zahlen gehen nach oben – auch im Sozialen Wohnungsbau Regensburg (R/L). Die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt stellt eine der größten Herausforderungen für die Region Regensburg dar. Dies gilt insbesondere auch für den Sozialen Wohnungsbau. Landrätin Tanja Schweiger stellte vor kurzem gemeinsam mit Oberbürgermeisterin Sanja Glaser, Leiterin der Bauabteilung im Landratsamt Regensburg, sowie Reinhold Niklas, Geschäftsführer der Gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft im Landkreis Regensburg, nicht nur die Wohnungsbaubilanz 2019/2020 für den Landkreis Regensburg vor, sondern bezog in ihre Analyse auch die Entwicklung seit 2014 mit ein. Das Fazit, das die Landrätin ziehen konnte, war ein höchst erfreuliches.

„Die Trendwende im Wohnungsbau ist geschafft. Es wird wieder mehr gebaut, und zwar nicht nur im Stadtumlandbereich, sondern in allen Landkreisgemeinden. Besonders wichtig ist, dass auch im sozialen Wohnungsbau die Zahlen wieder nach oben gehen, und zwar deutlich. Mein großer Dank gilt unseren 41 Landkreisgemeinden, die sich dieser Herausforderung gestellt haben und mit ihrem großem Engagement diese Trendwende mit herbeigeführt haben“, so Schweiger.

Wie die Landrätin erläuterte, stieg die Zahl der genehmigten Wohnungen von 824 im Jahr 2014 auf 1.518 im Jahr 2019. Der ebenfalls gestiegene Quotient – wie viele Wohnungen pro Gebäude errichtet werden – zeige, dass auch im Landkreis zunehmend mehrgeschossiger gebaut werde. Wurden im Jahr 2014 in 521 Gebäuden noch 824 Wohnungen errichtet, waren es im vergangenen Jahr 1.518 Wohnungen in 773 Gebäuden. Dies entspreche einer Erhöhung des Quotienten von 1,58 auf 1,96. Der Trend zur zunehmenden Mehrgeschossigkeit bestätigte sich auch im Anteil der Gebäude mit drei und mehr Wohnungen. Betrug dieser in 2014 noch 32 Prozent, erhöhte er sich in 2019 auf 39 Prozent.

„Die Trendwende im Wohnungsbau ist geschafft. Es wird wieder mehr gebaut, und zwar nicht nur im Stadtumlandbereich, sondern in allen Landkreisgemeinden. Besonders wichtig ist, dass auch im sozialen Wohnungsbau die Zahlen wieder nach oben gehen, und zwar deutlich. Mein großer Dank gilt unseren 41 Landkreisgemeinden, die sich dieser Herausforderung gestellt haben und mit ihrem großem Engagement diese Trendwende mit herbeigeführt haben“, so Schweiger.

Wie die Landrätin erläuterte, stieg die Zahl der genehmigten Wohnungen von 824 im Jahr 2014 auf 1.518 im Jahr 2019. Der ebenfalls gestiegene Quotient – wie viele Wohnungen pro Gebäude errichtet werden – zeige, dass auch im Landkreis zunehmend mehrgeschossiger gebaut werde. Wurden im Jahr 2014 in 521 Gebäuden noch 824 Wohnungen errichtet, waren es im vergangenen Jahr 1.518 Wohnungen in 773 Gebäuden. Dies entspreche einer Erhöhung des Quotienten von 1,58 auf 1,96. Der Trend zur zunehmenden Mehrgeschossigkeit bestätigte sich auch im Anteil der Gebäude mit drei und mehr Wohnungen. Betrug dieser in 2014 noch 32 Prozent, erhöhte er sich in 2019 auf 39 Prozent.

„Die Trendwende im Wohnungsbau ist geschafft. Es wird wieder mehr gebaut, und zwar nicht nur im Stadtumlandbereich, sondern in allen Landkreisgemeinden. Besonders wichtig ist, dass auch im sozialen Wohnungsbau die Zahlen wieder nach oben gehen, und zwar deutlich. Mein großer Dank gilt unseren 41 Landkreisgemeinden, die sich dieser Herausforderung gestellt haben und mit ihrem großem Engagement diese Trendwende mit herbeigeführt haben“, so Schweiger.

Wie die Landrätin erläuterte, stieg die Zahl der genehmigten Wohnungen von 824 im Jahr 2014 auf 1.518 im Jahr 2019. Der ebenfalls gestiegene Quotient – wie viele Wohnungen pro Gebäude errichtet werden – zeige, dass auch im Landkreis zunehmend mehrgeschossiger gebaut werde. Wurden im Jahr 2014 in 521 Gebäuden noch 824 Wohnungen errichtet, waren es im vergangenen Jahr 1.518 Wohnungen in 773 Gebäuden. Dies entspreche einer Erhöhung des Quotienten von 1,58 auf 1,96. Der Trend zur zunehmenden Mehrgeschossigkeit bestätigte sich auch im Anteil der Gebäude mit drei und mehr Wohnungen. Betrug dieser in 2014 noch 32 Prozent, erhöhte er sich in 2019 auf 39 Prozent.

Regenstau hat die meisten neuen Wohnungen

Im Zeitraum 2014 bis 2018 seien die meisten Wohnungen in Regenstau (470) entstanden, gefolgt von Schierling mit 314, Hemau mit 310, Sinzing mit 281 und Neutraubling mit 276 Wohnungen. In Relation zur Einwohnerzahl zeige sich, dass auch kleinere Gemeinden – mit Obertraubling als 8.500 Einwohner-Gemeinde – auch eine größere – durchaus ihren Beitrag leisteten zur Entspannung des Wohnungsmark-



Prof. Dr. Ferdinand Wollenschläger und Kammerpräsidentin Christine Degenhart. Bild: ByAKR

„Wie wird das Leitbild der VgV in der Praxis gelebt?“

Die Bayerische Architektenkammer hat nach einem Beschluss der Vertreterversammlung die Universität Augsburg mit einer Begleitforschung 2020 für die Vergabe von Planungsleistungen der öffentlichen Hand in Bayern beauftragt.

Die Vergaberechtsnovelle 2016 strebt für Auftraggeber und Bewerber Erleichterungen bei der Vergabe von Planungsleistungen an. So verlangt die Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV), dass die von den Bewerbern geforderten wirtschaftlichen, finanziellen, technischen und beruflichen Kriterien in einem angemessenen Verhältnis zur Aufgabe stehen. Die Kriterien sind bei geeigneten Aufgaben zudem so zu fassen, dass kleinere Büroorganisationen und Berufsanfänger am Verfahren beteiligt werden können. Es herrscht der Eindruck, dass viele Auslober die Eignungskriterien so verstehen und nutzen, dass sich diese allein auf quantitative Elemente wie Bürogröße und Umsatz und gerade nicht auf die konkrete Aufgabenstellung beziehen.

Die Bayerische Architektenkammer hat deshalb nach einem Beschluss der Vertreterversammlung Prof. Dr. Ferdinand Wollenschläger, den Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Europarecht und Öffentliches Wirtschaftsrecht an der Juristischen Fakultät der Universität Augsburg, und sein Team beauftragt, Vergaben der öffentlichen Hand in Bayern zu evaluieren.

Neben allgemeinen Verfahrensdaten werden die von den Auslobern geforderten Eignungskriterien wie Jahressumme, Mitarbeiterzahl sowie Referenzprojekte erfasst. Untersuchungszeitraum ist vom 1. Februar 2020 bis 31. Januar 2021.

Mehr als 400 Verfahren können auf diese Weise ausgewertet und die Ergebnisse in weitere Gespräche mit öffentlichen Auftraggebern eingebracht werden. „Von der Evaluierung erwarten wir uns eine klare Aussage, wie das in der VgV aufgestellte Leitbild in der Vergabepaxis gelebt wird. An die Auswertung werden sich weitere Fragen anschließen: Auf welche Weise können für vergleichbare Aufgaben angemessene Auswahlkriterien definiert werden? Wie können wir langfristig eine kooperative und rechtssichere Verfahrenskultur etablieren? Die VgV ist bei diesen Fragen lösungsoffen. Sie bietet Handlungsspielräume, die die Vielfalt im Bewerberfeld und damit auch die Vergabe- und Baukultur in Bayern stärken“, erläutert Kammerpräsidentin Christine Degenhart. Ansprechpartner zur Begleitforschung 2020 im Vorstand der Bayerischen Architektenkammer sind Architekt und Stadtplaner Karlheinz Beer (Vizepräsident) sowie Landschaftsarchitekt und Stadtplaner Franz Damm.

tes. So habe etwa die Gemeinde Pielenhofen in 2018 mit 1,86 (Wohnungen pro 100 Einwohner) den höchsten Wert erreicht, gefolgt von Pettendorf (1,53), Obertraubling (1,36), Brunn (1,09) und Aufhausen (0,98).

Anstieg beim Sozialwohnungsbau

Der Sozialwohnungsbau im Landkreis habe mit 1.369 Wohnungen im Jahr 1999 seinen Höchststand erreicht. In den nächsten 15 Jahren sei dieser Bestand kontinuierlich zurückgegangen auf zuletzt 843 Wohnungen im Jahr 2014. Weil die für die gesamte Region Regensburg so wichtige Trendumkehr gerade bei den Sozialwohnungen aufgrund vielfältiger Ursachen – wie lange Vorlaufzeiten durch Bauleitplanungen oder durch Klärung der Fördermodalitäten – so schwierig war, sei es eine besonders gute Nachricht, dass genau in diesem Segment dies erreicht werden konnte, so die Landrätin. Dank des Engagements der Gemeinden und vieler privater Investoren sei es gelungen, von 2015 bis zu den Prognosezahlen von 2020 einen Nettozuwachs um 159 Sozialwohnungen zu erreichen. Dies bedeute eine Erhöhung um 18,9 Prozent, ausgehend vom Bestand von 843 So-

zialwohnungen in 2014 zu 1.002 Sozialwohnungen, wie sie für den 31.12.2020 prognostiziert werden. Wären in diesem Zeitraum nicht 134 Wohnungen aufgrund des festgelegten Förderendes aus der sogenannten Wohnungsbindung gefallen, wäre der Bestandszuwachs um 293 Wohnungen oder 34,8 Prozent noch deutlicher ausgefallen.

Wohnen ist ein Grundrecht

„Der Landkreis“, so die Landrätin abschließend, „ist beim Wohnungsbau jetzt wieder auf einem guten Weg. Aber die Anstrengungen müssen unvermindert weitergehen. Denn die Bevölkerungszahl des Landkreises steigt weiter – bis zum Jahr 2038 auf 209.500, was eine Zuwachsrate von 8,2 Prozent bedeutet. Die Schaffung von Wohnraum wird daher auf unserer Agenda weiterhin ganz oben stehen.“ Grundsätzlich seien aber auch Bund und Land weiterhin gefordert, wenn es beim Sozialwohnungsbau aber auch generell um die Rahmenbedingungen zur Förderung von bezahlbarem Wohnraum gehe. „Denn Wohnen ist für mich ein Grundrecht. Und jede Bürgerin und jeder Bürger muss so wohnen können, dass daraus keine Armutgefährdung entsteht.“

Landrat Leo Schrell:

Keine sinnvolle Alternative zur kommunalen Trägerschaft der Kreiskliniken

Ein klares Bekenntnis zur kommunalen Trägerschaft der Kreiskliniken hat Landrat Leo Schrell beim Informationsgespräch mit dem Kolpingwerk Bezirk „Mittel Donau“, den Kolpingfamilien Dillingen, Lauingen, Höchstädt, Gundelfingen und Wertingen, abgegeben. Dazu begrüßte Schrell neben den rund 30 interessierten Kolpingwestern und -brüdern u.a. den Regionalbeauftragten im Kolpingwerk, Jakob Kehrl aus Höchstädt, sowie den Bezirksvorsitzenden Gebhard Hummel aus Lauingen.

Kehrl und Hummel betonten unisono, dass sich die Kolpingmitglieder auf allen politischen Ebenen von der Kommunal- bis zur Bundespolitik auf der Basis der Werte des Kolpingwerkes aktiv einbringen und dabei die Gesundheitsversorgung vor dem Hintergrund der sozialen Verantwortung den Menschen gegenüber ein sehr wichtiges Thema sei. Deshalb sei für die Kolpingmitglieder die zukunftsfähige und vor allem wohnortnahe medizinische Versorgung von großer Bedeutung. Dabei dürfe an der kommunalen Trägerschaft, die Gestaltungsspielraum eröffne, nicht gerüttelt werden, so Kehrl.

Landrat Leo Schrell betonte, dass die jährlichen Fehlbeträge der Kreiskliniken in hohem Maße den von der Bundespolitik gesetzten Rahmenbedingungen geschuldet seien. Schrell bezeichnete die Kliniken im Landkreis als unverzichtbare Einrichtung der Daseinsvorsorge, die vor allem im ländlichen Raum eine flächendeckende medizinische Versorgung und damit gleichwertige Lebensverhältnisse gewährleisten.

Kritik übte der Landrat deshalb an der jüngsten Studie der Bertelsmann-Stiftung, nach deren Ansicht mehr als jedes zweite der knapp 1.400 Krankenhäuser in Deutschland geschlossen werden sollte, damit die Versorgung der Patienten verbessert werden kann. „Danach würde im Landkreis Dillingen dann rechnerisch kein Krankenhaus mehr bestehen, obwohl es im Landkreis Dillingen derzeit pro ca. 300 Einwohner nur ein Krankenhausbett gibt“, sagte Schrell und machte

deutlich, dass die Studie inhaltlich für ihn völlig inakzeptabel sei. Bundesweit sei derzeit eine wesentlich höhere Bettendichte zu verzeichnen, nämlich pro ca. 180 Einwohner ein Bett. „Der Landkreis Dillingen hat demnach seinen Beitrag zum Abbau der Betten bereits geleistet“, betonte der Landrat.

Fraktionsübergreifendes Einvernehmen

Zudem machte der Landrat deutlich, dass im Kreistag fraktionsübergreifend Einvernehmen darüber bestehe, dass Vorteil einer kommunalen Trägerschaft sei, das medizinische Angebot bedarfsgerecht ausrichten zu können. „Dabei hat die Sicherstellung einer wohnortnahen Patientenversorgung oberste Priorität“, so Schrell. So würden sich rein gewinnorientierte Kliniken in privater Trägerschaft weder eine Notfallambulanz noch eine Geburtshilfe leisten. Auch könnte für die Region ohne die Kreiskliniken kaum ärztlicher Nachwuchs im Bereich der niedergelassenen Ärzte sowie der Fachärzte gewonnen werden. Diese seien für die Sicherstellung der haus- und fachärztlichen Versorgung jedoch elementar wichtig, so Schrell.

Er nannte in diesem Zusammenhang das an der Kreisklinik in Dillingen von der Chefärztin für Innere Medizin, Dr. med. Ulrike Bechtel, entwickelte und etablierte Weiterbildungskonzept. Dadurch konnten bereits mehrere junge Nachwuchsmediziner für die Region gewonnen und ausgebildet werden.

CSU-Themenabend mit Dr. Thomas Geppert:

Dorfwirtschaften braucht das Land!

„Das Dorfwirtschaften ist die Seele im Land und Synonym für bayerische und fränkische Gemütlichkeit“, so der Landesgeschäftsführer des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA), Dr. Thomas Geppert, bei einer von der CSU initiierten Diskussionsrunde im mittelfränkischen Trautskirchen. Die Gastronomie mit ihren Dorfwirtschaften sei nicht nur die zweitwichtigste Leitökonomie nach der Industrie, sie böte mit ihren „öffentlichen Wohnzimmern“ auch Plattformen zur Kommunikation und nicht selten sogar „psychologische Hilfestellung“. Sie zählten somit „zu den wichtigsten sozialen Institutionen einer Ortsgemeinschaft“.

Interessante Zahlen konnte Dr. Geppert nennen: Mit 447.000 Erwerbstätigen sei jeder 17. Arbeitsplatz in der Gastronomie angesiedelt, er gebe derzeit 111 Berufsbilder und 10.000 Auszubildende zu „Dienstleistungsprofis“. Hotellerie und Gastronomie seien Hauptleistungsträger des

stark wachsenden Tourismus auch in Franken und damit regionale Wirtschaftsmotoren.

„Genehmigungsfreundliche Handhabung“

Auch die Kommunen könnten mit entsprechendem Verwaltungshandeln und vielfältigen Maßnahmen zur Unterstützung der örtlichen Gastronomie beitragen, damit das Ausbluten mancher Innenorte verhindern und ihren eigenen Standort stär-

Landkreis Tirschenreuth:

Startschuss für innovatives Kulturprojekt

Neue Kunst- und Kulturstätte im Badehaus Maierreuth

Ein leerstehendes Badehaus wird Kunstprojekt: Im ehemaligen Bade- und dem Kurmittelhaus in Neualbenreuth entstehen Ausstellungs- und Bühnenflächen, Arbeitsräume und Ateliers für Künstler. Laut Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber, die den Startschuss gab, wird das Projekt im Rahmen der Förderoffensive Nordostbayern vom Amt für Ländliche Entwicklung Oberpfalz mit rund 1,6 Millionen Euro gefördert.

„Mit Ihrem Projekt ‚Kunst & Kultur im ehemaligen Badehaus Maierreuth‘ setzen Sie hier in der nördlichen Oberpfalz ein außergewöhnliches kulturelles Highlight“, betonte Kaniber. Das Projekt zeige eindrucksvoll, wie durch unternehmerisch denkende Menschen und passgenaue Förderung wichtige Impulse für die Entwicklung dieser ländlichen Region gegeben werden könnten.

Michaela Kaniber übergab Bürgermeister Klaus Meyer den Förderbescheid für den Umbau des lange leerstehenden ehemaligen Badehauses. Erklärtes Ziel ist es nach ihren Worten, die kulturellen Initiativen auch von Laien und Amateuren aus der Region einzubinden. Hier in Maierreuth sei-

ken. Profitieren würde der örtliche Handel, das Handwerk und viele weitere Dienstleister. Personalintensive und zumeist familiengeführte Individualgastronomie ist für Dr. Geppert eine Grundvoraussetzung für flächendeckenden Tourismus besonders im ländlichen Raum. Flexible Sperrzeitenregelungen und weniger Auflagen für die Außen-gastronomie wie auch für Um- und Ausbauten zählte er zur insgesamt „genehmigungsfreundlichen Handhabung“.

Beim Abbau übertriebener Vorgaben seien aber alle politischen Ebenen gefragt. Vor allem die Bundesregierung müsse für „mehr Netto vom Brutto“ sorgen, und zwar in allen Bereichen für die Unternehmen wie die Mitarbeiter. Dr. Geppert forderte faire Wettbewerbsbedingungen und eine deutliche Flexibilisierung des Arbeitsmarktes nicht nur für die Gastronomie sondern den Mittelstand insgesamt. Erstaunlich sei, dass gerade die „Grünen“, die ansonsten für mehr Regionalität eintreten würden, „mit immer neuen Forderungen dafür sorgen, dass eben diese Regionalität ka-



v.l.: Sandra Winkelspecht und Bernd Raucher aus Emskirchen, ehem. Karpfenkönigin Katrin Uano, Dr. Thomas Geppert, Landrat Helmut Weiß, Werner Ströbel aus Trautskirchen, MU-Kreisvorsitzender Gerd Scheuenstuhl und MdL Hans Herold

Text und Bild: pmw

putt gemacht wird“. Aber die Gesellschaft als Ganzes müsse die Dienstleistungen „von Mensch zu Mensch“ wieder mehr wertschätzen.

Gastronomen sorgen für regionale Wertschöpfung

Der Abgeordnete im Bayerischen Landtag und CSU-Kreisvorsitzende Hans Herold war sich mit Landrat Helmut Weiß darin einig, dass die Dorfwirtschaftler nicht nur „reale Kulturstätten“ seien, sondern auch einen wesentlichen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung und qualifizierte Arbeitsplätze im ländlichen Raum darstellen.

Wie wichtig das Thema sei, zeige, dass das bayerische Gaststätten-Modernisierungsprogramm der Staatsregierung in wenigen Minuten vergriffen war. Herold versprach, sich für eine Neuaufgabe in 2021 einzusetzen. Die touristischen Highlights des Landkreises Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim, der sich werbewirk-

sam „MehrRegion“ nennt, seien gemeinsam mit der örtlichen Gastronomie entwickelt worden, so Landrat Weiß. Die erfolgreiche mittelfränkische Bocksbeutelstraße und die Bierstraße würden ergänzt durch einen ansässigen großen Brunnenbetrieb, die Aischgründer Karpfenschmecker- und die Wildbretwochen.

Sieben Prozent Umsatzsteuer für Essen

Im Beisein von Hans Schneider, Vorsitzender des DEHOGA-Berufsausschusses in Bayern und Gastronom aus Neulhof a.d. Zenn sowie Kreisvorsitzendem Herbert Krönert entwickelte sich eine rege Diskussion. Auch die anwesenden Verbraucher zeigten sich verständnislos angesichts unterschiedlicher Umsatzbesteuerung bei Lebensmitteln zum Mitnehmen und örtlichem Verzehr. Dr. Thomas Geppert verwies auf die Aktion seines Verbandes unter dem Motto „Reduzierung der Umsatzsteuer

für Essen auf einheitlich sieben Prozent, egal, wo und wie“.

Gastronomen prangerten besonders die „völlig überzogene Bürokratie“ und den „Kontrollwahn“ an, wo selbst vor verdeckten Ermittlungen nicht zurückgeschreckt werde. Eine ganze Branche werde einem „Generalverdacht“ ausgesetzt, es entwickle sich allmählich ein staatliches Misstrauen gegen die Bürger und vor allem diejenigen, die etwas unternehmen. Die zahlreich anwesenden Kommunalpolitiker sprangen den Gastwirten zur Seite.

Landrat Helmut Weiß meinte, „die Politik muss mehr Mut haben, nicht allen Strömungen hinterherzulaufen“ und Landtagsabgeordneter Hans Herold ergänzte: „Der Abbau der Bürokratie muss von ganz oben beginnen“.

pmw

Brandl zur Flüchtlingskrise

Bitte kein neues Jahr 2015!

Die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung wäre geringer

„Angesichts der Bilder von verzweifelter Menschen an der türkisch-griechischen Grenze stellt sich die Frage: erleben wir ein weiteres Jahr 2015?“ sagte Gemeindegeschäftsführer Dr. Uwe Brandl in München. „Bayerns Gemeinden, Märkte und Städte hoffen, dass es nicht wieder zu einem Massenansturm von Migranten nach Deutschland kommt. Zwar wären die Kommunen für diesen Fall besser gerüstet als damals; Unterbringungsmöglichkeiten und das Engagement von Integrationshelfern wären gegeben, auch Fragen der Finanzierung würden sicherlich schneller und effizienter gelöst. Aber es bleibt die große Frage: wäre die Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung im gleichen Maße vorhanden wie damals?“ Brandl wies darauf hin, dass auch jetzt noch zahlreiche Personen, die 2015 nach Bayern gekommen sind, in staatlichen und kommunalen Einrichtungen leben und auf das Ergebnis ihrer Asylanträge warten. Außerdem sei die Integration noch bei weitem nicht abgeschlossen. „Wir erwarten von der Bundesregierung und der neuen EU-Kommission, die aktuelle Situation diesmal anders zu lösen als im Jahr 2015.“

en Kunst und Kultur keine elitäre Veranstaltung, sondern eine Einladung an alle.

Für Rathauschef Meyer war der Festakt ein Meilenstein in der Geschichte von Bad Neualbenreuth. Vor über 30 Jahren sei hier der Spatenstich für den Grundstein des heutigen Heilquellenkurbetriebs Sibyllenbad gelegt worden. „Damals wie heute waren Künstler vor Ort“, erinnerte sich der Bürgermeister.

Ein Ort für Kunstschaffende

Besucher, Teilnehmer und Kunstschaffende werden die Erinnerung an das einst gut frequentierte Badehaus in vielfältiger Weise aufrechterhalten. Das Badehaus Maierreuth soll auch ein

Ort für professionelle Kunstschaffende sein, die in der nördlichen Oberpfalz konzentriert an ihren Projekten arbeiten können: Hier treffen Künstler und Schriftsteller aufeinander, vernetzen sich und stehen im Austausch mit Bevölkerung, Touristen und Kurgästen.

Die Region weiter beleben

Weiteres Ziel ist, auch anderen Besuchern die nördliche Oberpfalz als attraktiven Standort sichtbar zu machen und damit die Region weiter zu beleben. Das Publikum erwartet ein interdisziplinäres und spartenübergreifendes Programmangebot: Ausstellungen, Theater und Workshops. In diesem Badehaus darf jeder Kraft schöpfen, Ideen entwickeln, experimentieren und über sich hinauswachsen. Durch die Mitwirkung an der Vernetzung verschiedener kultureller Initiativen im Landkreis Tirschenreuth tragen diese in den entsprechenden künst-

lerischen Sparten zur Sicherung wichtiger fachlicher Impulse bei. Dabei bleibt der Fokus auf künstlerisches Schaffen im ländlichen Raum gerichtet, eng eingebunden in eine dörfliche Struktur, die mit urbaner Kunst und internationalen Künstlern angereichert wird.

Auf den Weg gebracht wurde das Kulturprojekt über die Initiative HeimatUnternehmen. Kern dieser Initiative der Ländlichen Entwicklung ist es, unternehmerische Menschen auf dem Land zusammenzubringen und zu begleiten und damit gezielt ihre Potenziale für die Entwicklung der Region in Wert zu setzen. Der Markt Bad Neualbenreuth profitiert bei dem Umbau von den erhöhten Fördersätzen der Förderoffensive Nordostbayern. Die Staatsregierung unterstützt damit ländliche Kommunen bei der neuen Nutzung von Leerständen in Landkreisen, die vom demografischen Wandel besonders betroffen sind. DK

Jugendarbeit in einer vielfältigen Gesellschaft:

Bezirk fördert Projekte

Augsburg (pm). Wie gestaltet sich das Zusammenleben in einem Land der Vielfalt? Wie geht man miteinander gut und gleichberechtigt um? Solche Fragen stellen sich auch im Schulalltag. Schülerinnen und Schüler, die sich intensiver damit auseinandersetzen wollen, können sich dem bundesweiten Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SOR-SMC) anschließen. An dem Netzwerk beteiligen sich bislang über 3000 Schulen in Deutschland, im Bezirk Schwaben sind es aktuell 74 Schulen.

Um das Projekt noch bekannter zu machen, fördert der Bezirk Schwaben nun die SOR-SMC-Regionalkoordination, die an der Schwäbischen Jugendbildungs- und Begegnungsstätte Babenhäuser angesiedelt ist, mit 10.000 Euro. „Unsere Gesellschaft verändert sich, wird vielfältiger“, betont dazu Bezirkspräsident Martin Sailer. „damit in der Zukunft ein gutes Zusammenleben gelingt, ist es wichtig, bereits jetzt die Jugend an Bord zu holen.“ Dies soll einerseits durch das Schulprojekt geschehen, darüber hinaus unterstützt der Bezirk dabei aber auch

den Bezirksjugendring Schwaben in dessen Aktivitäten. Dort wurde nun eine Projektstelle für „Jugendarbeit in der Migrationsgesellschaft“ eingerichtet. Haupt- und Ehrenamtliche in der Jugendarbeit selbst sollen für das Thema sensibilisiert werden und den Jugendverbänden entsprechendes Know-how im Umgang mit Jugendlichen aus anderen Nationen und Kulturen vermittelt werden. „Wir können und müssen noch viel voneinander lernen“, so Claudia Junker-Kübert, Geschäftsführerin des Bezirksjugendrings beim jüngsten Jugendausschuss im Bezirk Schwaben. □

Ganz Bayern in einer Stunde

TV BAYERN LIVE

samstags 17:45 Uhr auf RTL
& sonntags auf allen 14 bayerischen Regional-TV-Sendern

www.tvbayernlive.de



Empfangbar im Kabel, über Magenta TV & via Satellit auf RTL Bayern

BAYERISCHE Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chef/in vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Tourismus in Franken:

Qualität zahlt sich aus

Zum siebten Mal in Folge sind die Besucher- und Übernachtungszahlen in Franken gestiegen. Wie der Tourismusverband Franken beim Jahresgespräch in Nürnberg mitteilte, haben 2019 knapp 23 Millionen Gäste in Franken übernachtet, wobei noch die Zahlen aus den nichtbayerischen fränkischen Gebieten fehlen. Der Verbandsvorsitzende, Bayerns Kommunalminister Joachim Herrmann, rechnet damit, „dass wir erneut die Marke von 25 Millionen Übernachtungen übertreffen werden“. 10,3 Millionen Gästekünfte bedeuteten ein Plus von 1,0 Prozent im Vergleich zu 2018. „Ein gesundes und stetiges Wachstum“, wie Herrmann attestierte.

Auf ein äußerst erfolgreiches Jahr blickt vor allem Oberfranken zurück. Im Fichtelgebirge nahmen die Übernachtungen um 3,9 Prozent, im Frankenwald sogar um 6,2 Prozent zu. Den größten Verlust verzeichnete das Nürnberger Land mit einem Minus von 11,2 Prozent.

Zugpferd im fränkischen Tourismus ist nach wie vor der Städte- und Kultur-Tourismus, was sich in der Bilanz der Arbeitsgemeinschaft „Die Fränkischen Städte“ niederschlägt. Überproportionale Zuwächse verzeichneten hier bei den Übernachtungen Forchheim (plus 64,8 Prozent), Kulmbach (plus 16,7 Prozent), Fürth (plus 12,6 Prozent) und Aschaffenburg (plus 10,4 Prozent). Etwas geringer als 2018 fiel das Interesse an Nürnberg aus (minus 1,4 Prozent), das aber nach wie vor die mit Abstand größte Attraktion unter den Städten in Franken darstellt.

Destinations- und Themenmarketing

Erfreulich ist Herrmann zufolge auch die Entwicklung in den Heilbädern und Kurorten im „Gesundheitspark Franken“. Spitzenreiter bei den Übernachtungen sind Treuchtlingen (plus 11,7 Prozent), Bad Alexandersbad (plus 5,8 Prozent) und Bad Königshofen (plus 4,5 Prozent). In Summe weist die Tourismusbilanz für die

fränkischen Kurorte allerdings bei den Übernachtungen einen leichten Rückgang um 0,2 Prozent aus.

Die hervorragende Position des fränkischen Tourismus basiert laut Herrmann insbesondere auf der stimmigen Kommunikationsstrategie des Verbandes. Sie konzentriert sich auf die Säulen „Qualität“, „Destinations- und Themenmarketing“ sowie „Jahresthemen“. Als einen Höhepunkt für das Jahr 2020 kündigte der Verbandschef den 300. Jahrestag der Grundsteinlegung der Würzburger Residenz an. Der Geburtstag dieses barocken Gesamtkunstwerks, das zum UNESCO-Welterbe zählt, wird mit einer Jubiläumswoche im Mai gefeiert.

Ein für Franken bedeutender touristischer Meilenstein ist zudem das Jahr 1950, als mit der „Romantischen Straße“ die erste Ferienstraße Deutschlands ins Leben gerufen wurde. Mittlerweile zählt sie zu den weltweit bekanntesten Ferienrouten. Im Jubiläumsjahr werden unter anderem Wandertage, Oldtimer-Ausfahrten und Dampfzugfahrten angeboten.

Geburtstag feiert auch der „Musikzauber Franken“ als gemeinsame Initiative des Tourismusverbandes Franken und des Bayerischen Rundfunks - Studio Franken, der 2020 in seine 25. Saison geht. Eine feste Größe ist

der Radweg „Liebliches Taubertal - Der Klassiker“, der heuer 40 Jahre alt wird. Zahlreiche Aktionen sind auch hier zu erwarten.

50 Jahre ist es her, dass der Bayerische Landtag beschloss, durch den Bau großer Stauseen den trockenen Norden Bayerns besser mit Wasser zu versorgen. Im Zuge dieses Jahrhundertprojekts entstand das Fränkische Seenland, das mit insgesamt 19 Quadratkilometern Wasserfläche viele Möglichkeiten für aktive Erlebnisse am und im Wasser bietet. Joachim Herrmann empfahl in diesem Zusammenhang die Lektüre des neuen Urlaubsmagazins „Freu' Dich auf Franken“ mit einem umfassenden Überblick über die Angebote der Saison 2020.

Zunehmende Digitalisierung

Nach Herrmanns Worten nimmt das Thema Digitalisierung in der Arbeit des Verbandes immer breiteren Raum ein, weshalb zum Beispiel Printprodukte wie das Urlaubsmagazin crossmedial verwendet werden. Außerdem führe der Tourismusverband Franken in den 16 fränkischen Tourismusgebieten sogenannte InstaMeets durch: „Bei diesen Events kommen gut vernetzte Instagrammer zusammen. Die Fotos, die sie auf ihren Instagram-Kanälen veröffentlichen, machen die fränkischen Urlaubsgebiete in den sozialen Medien sichtbarer und erhöhen Fränkens Bekanntheitsgrad als Reiseziel.“

Einen ungebrochenen Trend im Nutzerverhalten stelle außerdem das Bewegtbild dar. Auf seinem YouTube-Kanal präsentiert der Verband mittlerweile über 70 Videos zu verschiedenen fränkischen Reisetemen, die bereits über 500.000 Mal aufgerufen wurden. Herrmanns Fazit: „Der fränkische Tourismus ist sehr gut aufgestellt – er ist und bleibt ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Franken!“ DK

Gemeinsamer Pflegestützpunkt

Landrat Niedergesäß und Bezirkstagspräsident Mederer unterzeichnen Gründungsantrag

Im Beisein von Oberbayerns Bezirkstagspräsident Josef Mederer hat der Kreistag von Ebersberg die Weichen für die Gründung eines Pflegestützpunktes gestellt. Damit kann im Landkreis Ebersberg die erste wohnortnahe, umfassende und unabhängige Beratung zu allen Themen rund um die Pflege auf der Basis des neuen bayerischen Rahmenvertrags entstehen. Der Bezirk Oberbayern beteiligt sich daran finanziell sowie ergänzend mit einer Vor-Ort-Beratung zu seinen Hilfeangeboten für Menschen mit Behinderungen.

„Erstmals wird das vielfältige Wissen zum Thema Pflege gebündelt. Für die Bürgerinnen und Bürger ist die angestrebte Kooperation von Pflege- und Krankenkassen sowie Landkreis und Bezirk ein Riesengewinn“, sagte Bezirkstagspräsident Mederer. „Es freut mich deshalb sehr, dass der Kreistag Ebersberg für den ersten Pflegestützpunkt Bayerns nach dem neuen Rahmenvertrag

grünes Licht gegeben hat. Wir danken dem Landkreis für die gute Zusammenarbeit. Der Bezirk Oberbayern bringt sich ergänzend mit seiner hochkompetenten Beratung zu Hilfeangeboten für Menschen mit Behinderungen und allen Leistungen der Eingliederungshilfe ein.“

Landrat Robert Niedergesäß: „Ich freue mich sehr und bin stolz darauf, dass der Landkreis

Ebersberg eine Vorreiter-Rolle bei diesem wichtigen Thema einnimmt. Pflege ist für die Menschen, die sie brauchen, lebenswichtig und die Anzahl derer, die auf Unterstützung angewiesen sind, wird in Zukunft wachsen. Davor sollten wir nicht die Augen verschließen, sondern tatkräftig handeln. Auch die Angehörigen brauchen unsere Unterstützung. Ich danke dem Bezirk, dass er dem Landkreis dabei hilfreich und partnerschaftlich zur Seite steht.“

Den formalen Beschluss fasste der Ausschuss für Soziales, Familie und Bildung des Kreistags einstimmig. Ebersbergs Landrat Niedergesäß und Bezirkstagspräsident Mederer unterzeichneten im Anschluss den Antrag zur Errichtung des Pflegestützpunktes. Damit üben sie ihr kommunales Initiativrecht aus und verlangen von den Pflege- und Krankenkassen, dass eine Vereinbarung zur Errichtung eines Pflegestützpunktes getroffen wird.

Gemeinsame Trägerschaft

Die Pflege- und Krankenkassen sowie der Landkreis Ebersberg und der Bezirk Oberbayern sind gemäß § 7c SGB XI Träger des gemeinsamen Pflegestützpunktes. Die Kosten übernehmen zu zwei Dritteln die Pflege- und Krankenkassen; das verbleibende Drittel teilen sich jeweils zur Hälfte Landkreis und Bezirk. Der Pflegestützpunkt wird im Angestelltenmodell mit dem Landkreis als Anstellungs- und Betriebsträger arbeiten. Der Hauptsitz befindet sich in der Kreisstadt Ebersberg. Darüber hinaus sind drei weitere Anlaufstellen in den Gemeinden Glonn, Poing und Vaterstetten geplant.

Erklärtes Ziel des Pflegestützpunktes ist es, die Vielzahl von Be-

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Es ist ein gutes Gefühl, mit einer so großen Mehrheit wiedergewählt zu werden. Man spürt das Vertrauen, aber auch die Verantwortung. Gerade in schwierigen Zeiten wie jetzt.“ Mein Chef, der Bürgermeister, war einfach nur glücklich, so viel Zustimmung aus der Wählerschaft erlangt zu haben.

Trotzdem war letzten Sonntag alles anders als die Jahre davor. Keine große Wahlparty mit fiebriger Erwartung und großem Jubel. Keine Umarmungen, kein Schulterklopfen, kein Haarewuscheln. Auch heute im Büro kein Händeschütteln, um dem Chef zu gratulieren. Die Runde der engsten Mitarbeiter ausgedünnt um die, die in den letzten zwei Wochen in Tirol waren (einige) oder die zu Hause die Kinder wegen der Schul- und Kindergartenschließungen

Diese Krise macht uns stärker!

betreuen müssen. Einige sind per Videokonferenz zugeschaltet, aber das macht echt keinen Spaß, wenn man eigentlich voll Elan in eine neue Amtszeit mit vielen Ideen starten wollte und die Bilder dauernd flackern, weil das Netz überlastet ist.

Mit Lichtgeschwindigkeit verändert sich unsere Welt. Wir gehen zu Bett mit der Frage, ob auch unser Regionalligaverein seine Spiele ohne Zuschauer austragen soll. Wir wachen auf und der Spielbetrieb ist eingestell. Wir erfahren um 12:57 Uhr in der Radiowerbung alles über die Vorzüge eines Mega-Skigebiets in Tirol und hören um eins in den Nachrichten, dass Österreich alle Hotels, Restaurants und Skilifte schließt. Befreundete Bürgermeister aus Euregionen zu Tschechien, deren Orte seit 15 Jahren mit den Nachbarn regen Austausch pflegen, wurden gebeten, nicht mehr einzureisen und sogar wir schließen unsere Grenzen. Zu Österreich!

Ausgangssperren in Italien und Spanien, Einreiseverbote für Deutsche in die USA, Türkei und Indien. Der Pass mit dem Bundesadler, der uns einmal das Reisen in 160 Länder der Welt ermöglichte, wurde gleich mit infiziert von einem Virus, das uns mehr Angst zu machen scheint als HIV, SARS, die Vogel- und Schweinegrippe zusammen.

Als Laie kann man ja nur hoffen, dass die Be-

sonnenen, durchdachten und überzeugenden Maßnahmen der Staatsregierung den gewünschten Effekt haben und die Verbreitung des Virus eindämmen werden.

Fürs Erste kann man aber mal wieder schön beobachten, wie solche Krisensituationen aus ganz normalen Menschen sowohl den Dr. Jeckyll, als auch den Mister Hyde herauslocken können. Stichwort: Hamsterkäufe. Ich kannte den

Begriff von meiner Mutter aus der unmittelbaren Nachkriegszeit. Ich kannte auch leere Regale in Supermärkten von Reisen in die UdSSR und Rumänien vor 1990. Aber dass ich am Samstag um 11 Uhr im Supermarkt meines Vertrauens weder Toilettenpapier, noch Küchenrollen, noch Nudeln (außer den glutenfreien, die beim Kochen zusammenpappen), noch Reis vorfinde, hat mich schockiert. Toilettenpapier! Geht's noch?

Mr. Hyde: Eine unheimliche Solidarität, vor allem mit alten Nachbarn, denen Leute, von deren Existenz sie bisher kaum wussten, auf einmal anbieten, für sie mit einzukaufen oder was im Onlineshop zu bestellen. Vielleicht kommt es ja auch bei uns noch so wie Italien, wo begabte oder auch weniger begabte Musiker Konzerte auf ihren Balkonen geben, um die Leute ringsum zu erfreuen und aufzumuntern.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist sich sicher, diese Krise, wie auch alle vorherigen, wird uns stärker machen – als Individuen, vor allem aber als Gesellschaft. Gut, wir müssen uns einschränken, können nicht jedes Wochenende zum Skifahren nach Tirol oder zum Wandern in den Böhmerwald.

Wir werden zu Hause arbeiten und mehr Zeit mit unseren Kindern verbringen. Wir werden Oma Skype einrichten und sie damit näher an die Welt ihrer Enkel heranrücken. Vielleicht werden wir uns sogar mehr Zeit zum Nachdenken nehmen, etwa über den Satz des belgischen Schriftstellers Phil Bosmans: „In Zeiten des Krieges können Menschen auf alles verzichten. Warum bringt der Frieden die Menschen nicht dazu, auch nur auf etwas zu verzichten?“

Allen, die am letzten Sonntag ihr angestrebtes kommunales Mandat errungen haben, gratuliere ich herzlich. Und viel Glück denen, die in die Stichwahl müssen!

Ihre Sabriul

Wanderleitsystem Fränkische Schweiz

Landrat Johann Kalb stellt zusammen mit Bürgermeister Kötzner die erste LEADER-geförderte Kulturinventartafel innerhalb des Landkreises Bamberg auf

Im Rahmen des LEADER-Kooperationsprojektes „Wanderleitsystem Fränkische Schweiz“ sollen den Wanderern bis 2023 neben der vielfältigen Kulturlandschaft auch geschichtliche und bauliche Besonderheiten im Landkreis Bamberg nähergebracht werden. Hierfür errichten der Landkreis Bamberg unter der Projekträgerschaft des Landkreises Forchheim und den Partnerlandkreisen Lichtenfels, Bayreuth und Kulmbach rund 180 der sog. Kulturinventartafeln, 50 alleine innerhalb des Landkreises Bamberg.

Den Auftakt hier bildete die Aufstellung der ersten Kulturinventartafel am ehemaligen Zisterzienserkloster Schlüssellau (Gemeinde Frensdorf). Vor der einmaligen Kulisse der unter dem Bamberg Fürstbischof Johann Philipp von Gebattel wieder aufgebauten Anlage versammelten sich aus diesem Anlass Landrat Johann Kalb, der Frensdorfer Bürgermeister Kötzner, die Autorin der Tafel und Kreisheimatpflegerin Annette Schä-

fer. Von Seiten der für die LEADER-Förderung zuständigen Lokalen Aktionsgruppen waren Jochen Strauß und Alexandra Baier zusammen mit Anton Eckert (Forchheim) vor Ort. 1280 von dem Bamberg Fürstbischof Johann Philipp von Gebattel wieder aufgebauten Anlage versammelten sich aus diesem Anlass Landrat Johann Kalb, der Frensdorfer Bürgermeister Kötzner, die Autorin der Tafel und Kreisheimatpflegerin Annette Schä-

fer. Von Seiten der für die LEADER-Förderung zuständigen Lokalen Aktionsgruppen waren Jochen Strauß und Alexandra Baier zusammen mit Anton Eckert (Forchheim) vor Ort. 1280 von dem Bamberg Fürstbischof Johann Philipp von Gebattel wieder aufgebauten Anlage versammelten sich aus diesem Anlass Landrat Johann Kalb, der Frensdorfer Bürgermeister Kötzner, die Autorin der Tafel und Kreisheimatpflegerin Annette Schä-

fer. Von Seiten der für die LEADER-Förderung zuständigen Lokalen Aktionsgruppen waren Jochen Strauß und Alexandra Baier zusammen mit Anton Eckert (Forchheim) vor Ort. 1280 von dem Bamberg Fürstbischof Johann Philipp von Gebattel wieder aufgebauten Anlage versammelten sich aus diesem Anlass Landrat Johann Kalb, der Frensdorfer Bürgermeister Kötzner, die Autorin der Tafel und Kreisheimatpflegerin Annette Schä-

Bürgerfreundlichkeit und den Erholungsfaktor

Der 350 Seelen große Ortsteil markiert aber nicht nur den westlichsten Punkt innerhalb des Projektgebietes, das sich vom Mainbogen im Norden, über die Linie Bayreuth-Gräfenberg im Osten bis nach Erlangen im Süden erstreckt. Mit den Edelfreien von Schlüsselberg ist auch ein unmittelbarer Anknüpfungspunkt zum Kerngebiet der Fränkischen Schweiz gegeben, wo das Ge-

schlecht reich begütert war. Dieser Aspekt liegt Eckert sehr am Herzen, und Landrat Johann Kalb freut sich über die Bürgerfreundlichkeit und den Erholungsfaktor dieses Wanderwegeprojekts. An den Gesamtkosten in Höhe von 1.260.000 Mio. Euro beteiligt sich der Landkreis Bamberg bzw. die LAG Region Bamberg daher mit 19.500 Euro. Dass das Geld gut angelegt ist, zeigt auch die Idee einzelne Schilder als Rettungspunkte anzulegen, womit bei Unfällen verletzte Personen schnell aufgefunden werden.

Hohe Benutzerfreundlichkeit

Hinzu kommt die hohe Benutzerfreundlichkeit: So ermöglicht das zukünftige routingfähige Wegeportal dem Wanderer eine digitale Planung. D.h. er kann sich seine Tour hinsichtlich sportlichem Anspruch, Wegequalität und landschaftlicher Attraktivität selbst zusammenstellen und optimieren. Höhenprofil, Länge und Wegebeschaffenheit werden damit auf Knopfdruck für die individuelle Auswahl zusammengestellt, ausgedruckt und im GPS-Format zur Verfügung gestellt. Außerdem sollen Wegeverlegungen und -sperrungen abrufbar sein. Innerhalb des Landkreises Forchheim ist dieser Service bereits nutzbar unter: www.kulturerlebnis.info. Die Gesamtprojektlaufzeit ist 2016-2022. □



Vorne v.l.: Landrat Robert Niedergesäß und Bezirkstagspräsident Josef Mederer unterschreiben den Vertrag für die Pflegestützpunkte im Landkreis. Mit dabei v.l.: Kreisrätin Christa Stewens, ehemalige Bayerische Sozialministerin, Christian Salberg, Leiter der zuständigen Abteilung im Landratsamt, die Landtagsabgeordneten Thomas Huber (CSU) und Doris Rauscher (SPD), Jochen Specht, Leiter des Teams „Demografie“ im Landratsamt sowie die Bezirks- und Kreisrätin Susanne Linhart (CSU).
Bild: Landratsamt Ebersberg

Exzellenzzentrum wirkt Fachkräftemangel entgegen

Einweihung der Lernfabrik 4.0 an der Staatlichen Berufsschule Lauingen

Absolut realitätsnah und praxisorientiert wurde die Lernfabrik 4.0 an der Staatlichen Berufsschule Lauingen offiziell in Betrieb genommen. „Damit erreicht die Berufsschule Lauingen einen weiteren wichtigen Meilenstein auf dem Weg der fortschreitenden Digitalisierung“, betonte Landrat Leo Schrell bei der offiziellen Einweihung des Exzellenzzentrums. Dafür hat der Landkreis rund 560.000 Euro investiert.

Anschaulich vermittelt wurden die Inhalte, indem Landrat Leo Schrell im Webshop eine personalisierte Powerbank bestellte, die wenige Minuten später zur Auslieferung bereitstand. Die beiden Landtagsabgeordneten Georg

Winter und Johann Häusler arbeiteten mit einer Virtual-Reality-Brille, während die Vertreter der zuständigen Stellen, Dr. Andreas Lenz, Leiter des Geschäftsbereichs Umwelt und Technik an der BVS, Dr. Marc Lucassen, Hauptge-

schäftsführer der IHK Schwaben, Volker Zimmermann, Stellvertretender Hauptgeschäftsführer der HWK Schwaben, interaktiv mit dem kollaborativen Roboter verbunden waren.

Herzstück des Exzellenzzentrums für Digitalisierung stellt die Lernfabrik 4.0 dar. Mit dieser werden die Schüler ab sofort in die zukünftigen digitalisierten Prozesse in ihren Ausbildungsberufen eingearbeitet. Die Lauinger Bildungseinrichtung ist eine der wenigen mit einer Smart-Factory-Anlage für Ausbildungszwecke. „Wir sind stolz, eine solch fortschrittliche Anlage im Landkreis zu wissen, an der unsere zukünftigen Facharbeiter so bestens auf die digitale Zukunft vorbereitet werden“, so Landrat Leo Schrell in seiner Begrüßung. Mit einem durchdachten, plausiblen und zukunftsweisenden Konzept bekam die Berufsschule Lauingen den Zuschlag

für das Exzellenzzentrum und die damit verbundenen Förderungen. So hat der Freistaat Bayern aus den Förderprogrammen „Exzellenzzentrum“ und „Integrierte Fachunterrichtsräume“ insgesamt 415.000 Euro bereitgestellt.

Zukunftsorientierte Ausbildung

„Die hohe staatliche Förderung stellt eine Investition in die zukunftsorientierte Ausbildung junger Menschen in der Region sowie die nachhaltige Sicherung des Berufsschulstandortes dar“, dankte Schrell den beiden Abgeordneten Georg Winter und Johann Häusler. Schulleiter Gottfried Göppel erklärte zudem: „Mit dem Einzug der Digitalisierung in alle Ausbildungsberufe der Lauinger Berufsschule müssen wir uns mit unserem Lehrprogramm zwingend entsprechend aufstellen.“ Somit waren die Anforderungen an die Lernfabrik 4.0 auch sehr vielfältig.

Außerdem konnte die Schule im Rahmen dieses Projektes ein multifunktionales Raumkonzept umsetzen. Der Schulleiter erklärt: „Der Einbau eines Deckensystems und der Einsatz eines flexi-



Landrat Leo Schrell (3.v.l.) bei der offiziellen Einweihung des Exzellenzzentrums.
Bild: Peter Hurler/LRA Dillingen a.d. Donau

blen Möbelprogramms ermöglichen, den Raum innerhalb kürzester Zeit umzubauen und auch unterschiedliche Themenschwerpunkte in ein und demselben Raum zu unterrichten.“

Die nunmehr zur Verfügung stehende Hardware bietet ein komplettes Qualifizierungskonzept. Ergänzend zur Anlage hat die Schule die passende Software, Lernprogramme, didaktische Unterlagen und Fortbildungen erhalten und kann somit durchgängig von den Grundlagen bis hin zu anspruchsvollen Wirtschaft 4.0-Themen die vorgegebenen Lerninhalte

vermitteln. „Im Bereich der Robotik wurden kollaborative Roboter ausgewählt, die sich durch ihre intuitive Bedienung und das bereits vorhandene E-Learning-Angebot auszeichnen“, ergänzte der kommissarische Fachbetreuer des Fachbereichs Elektrotechnik, Rainer Müller.

„Für die Zukunft ist angedacht, dass das Exzellenzzentrum neben dem Schulbetrieb auch für Weiterbildungen von Facharbeitern mittelständischer Unternehmen und der Lehrerfortbildung dient“, so die stellvertretende Schulleiterin Anja Behnke. □

Vorschau auf GZ 7

In unserer Ausgabe Nr. 7, die am 2. April 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT · eGovernment · Breitband · Mobilfunk
- Umwelttechnologien · Ressourcenschutz
- Abfall · Entsorgungsmanagement · Technische Lösungen
- Kommunalfahrzeuge · Kommunalen Fuhrpark
- Fachliteratur für Kommunalpolitiker und Kommunalverwaltungen · Kommunale Rechtsfragen

LIEFERANTEN



NACHWEIS

Abzeichen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Fahnenmasten / Fahnen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com



Qualität aus Deutschland

FAHNEN KÖSSINGER

Am Gewerberg 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-kossinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

GZ auf folgenden
Social Media Kanälen:



Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner
für die Gebäudereinigung

seit 1910



Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß • 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Gewerbepbau



Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Masing
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Hydraulik Hochdruckreinigung



POWERED BY
HYDRAULICS

Hydraulische Hochdruckwasserpumpen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Generatoren, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitspumpen

PT-Hydraulik Vertrieb OHG

Untereggenstr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Informationssicherheit und Datenschutz



Wir leben Datenschutz und Informationssicherheit.
Für öffentliche Verwaltungen. Unsere Spezialisten beraten nicht nur. Sie packen auch an - zuverlässig, schnell und preiswert.
Sprechen Sie uns an! Tel. 089 - 58 80 839-0 oder info@insidas.de

www.insidas.de

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.

Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

www.schweitzer-online.de



Kommunale Immobilienentwicklung



Ihr starker Partner rund um die
kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de



Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

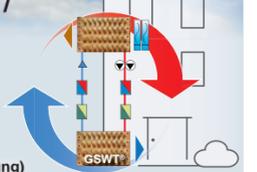
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung



Kosteneinsparung
und Energiewende
unter einem Dach

mit der Wärme- /
Kälterückgewinnung
von SEW® für Ihre
Lüftungs- und
Klimaanlagen
(ab 3.000 m³/h Luftleistung)



- Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- Kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- Keimfreie Rückgewinnung - hygienisch einwandfrei
- Neubau oder Sanierung im Bestand
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (siehe 42. BImSchV)

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):

Augsburg: Klinikum • Aschaffenburg: Fachhochschule • Bamberg: Klinikum • Bayreuth: Klinikum • Ingolstadt: Saturn Arena • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • Murnau: BG Unfallklinik • Regensburg: Universität • Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus • Würzburg: Universität • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Notify-Newsletter

Aktuelle Infos über kommunale
Neuigkeiten mit unserem Notify-
Newsletter – direkt auf Ihr Handy.



Recyclingbaustoffe



www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER
Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelwerk
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER

Telefon 08171.9307-12

steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL

Telefon 08171.9307-10

hassel.theresa@gemeindezeitung.de

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN



Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.

juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 ·
energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER

Telefon 08171.9307-12

steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL

Telefon 08171.9307-10

hassel.theresa@gemeindezeitung.de